

NOVEMBER 2021 / AUSGABE 3

JOURNALIST

POST

FREE MEDIA
CANNOT BE
SILENCED

FREE MEDIA
PLATFORM

Die Programmkoordinatorin des CPS für
Europa und Zentralasien Gulnoza Said:

**JOURNALISTEN IN DER
TÜRKEI LEIDEN SCHWER
UNTER DER AUTORITÄT
VON ERDOĞAN 16**



dju.

**Freiheiten sollten nicht
verhandelt werden 24**

PETER FREITAG
VIZEPRÄSIDENT DER DJU

DFC

**Ein kurdischer
Journalist zu sein 6**

DİCLE MÜFTÜOĞLU CO-VORSITZENDE
DER JOURNALISTENVEREINIGUNG DİCLE-FIRAT

Freiheit für Belarus

Journalismus ist kein Verbrechen - journalism is no crime

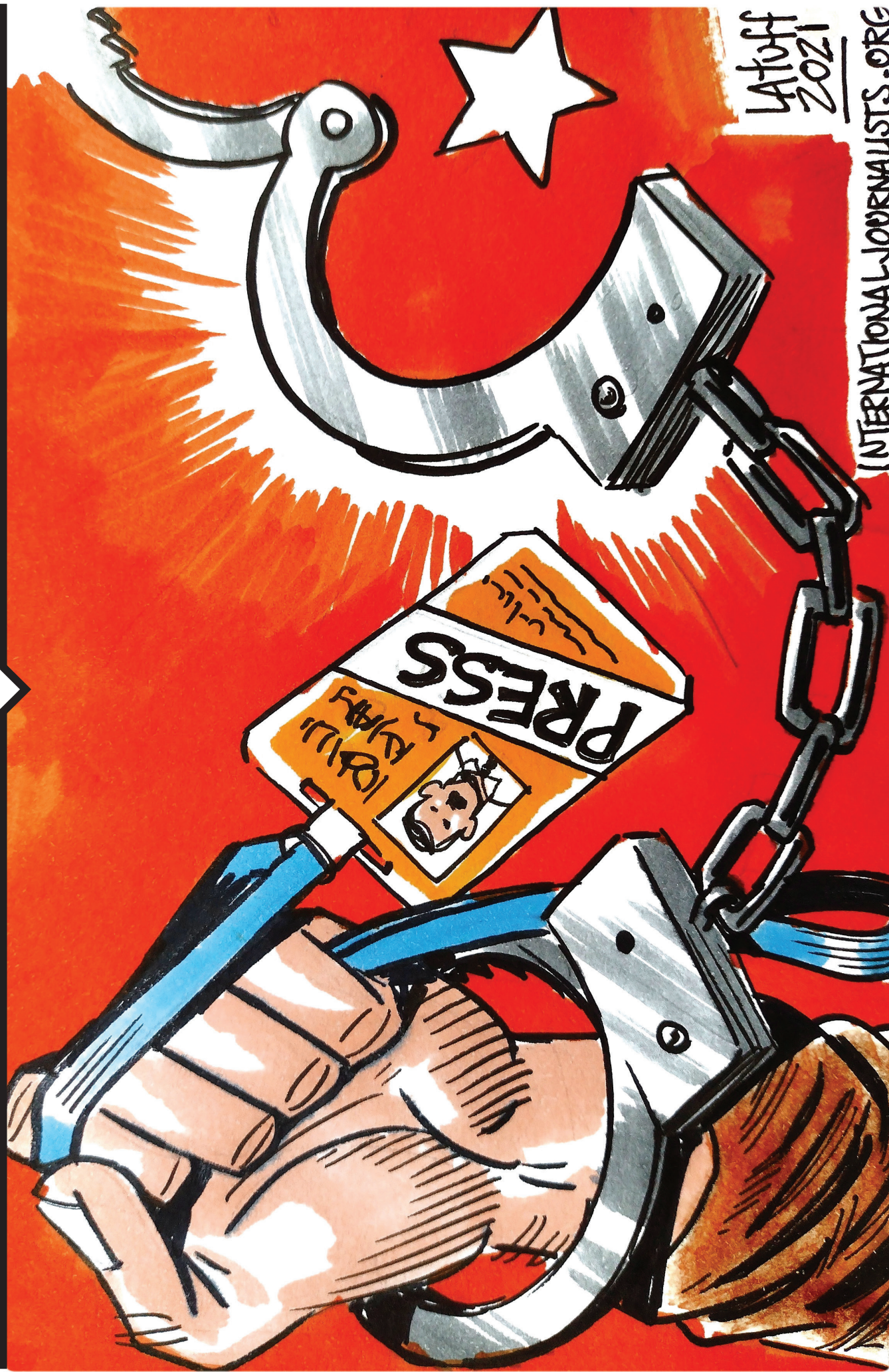


**Mutige Journalist:innen wurden ermordet
oder ins Gefängnis gesteckt**

Künstler:innen:
Gokhan Bozkus
Huriye Genc
Christina Hermann
Susanne Köhler
Christine Krahé
Ernestine Kuger-Hoberg

WAHRHEITS KÄMPFER  **PORTRAITS**
ermordeter und inhaftierter
JournalistInnen
www.wahrheitskaempfer.de
Mahnmal der Pressefreiheit

Künstler:innen:
Lucia Makelis
Steff Murschetz
Thomas Ormond
Udo Reckmann
Achim Ripperger
Verena Rossow



LATUFF
2021

INTERNATIONAL JOURNALISTS.ORG

inhalt

FOTO: MUSTAFA ÖZER, AFP

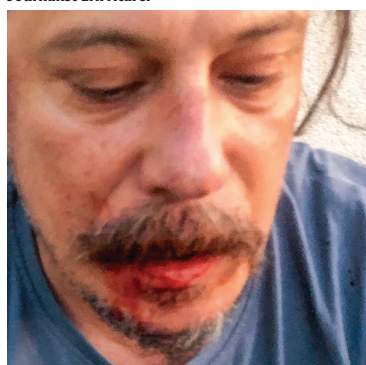


- CARLOS LATUFF **3**
- **KURDISCHER JOURNALIST IN DER TÜRKEI ZU SEIN, BEDEUTET LEBENSGEFAHR!** DİCLE MÜFTÜOĞLU **6**
- **JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI LEIDEN SCHWER UNTER DER AUTORITÄT VON ERDOĞAN** TÜRKMEN TERZİ **16**
- **OKTAY: ICH WURDE ZWEIMAL EINER LEIBES-VISITATION UNTERZOGEN** HASAN CÜCÜK **22**
- **JOURNALISTEN FREIHEIT SOLLTE NICHT VERHANDELN MIT TAYYİP ERDOĞAN** ERKAN PEHLİVAN **24**
- **FÜR JOURNALISTEN IST DAS ÜBERLEBEN GENAUSO WICHTIG WIE NACHRICHTEN** ENGİN SAĞ **26**
- **LEIDER SIND WIR WEIT ENTFERNT VON FRIEDEN** SHABNAM DAWRAN **28**
- **DIE JOURNALISTINNEN WAREN DIE ERSTEN OPFER DER TALIBAN** HAMİDULLAH SADIK **30**
- **NACH DER ERMORDUNG DES NIEDERLÄNDISCHEN JOURNALISTEN PETER R. DE VRIES** BASRİ DOĞAN **32**
- **DER PREIS, DIE WAHRHEIT ZU SAGEN** RANJENI MUNUSAMY **34**
- **BELARUS: EINE GNADENLOSE NIEDERLAGE UND DAS JAHR DES AUFERSTEHENS** BORIS GORETSKIY **36**
- **JOURNALISMUS IN DER PANDEMIEZEIT** SERHIY ŞTURHETSKIY **38**
- **WIR SCHREIBEN, BIS BESSERE ZEITEN KOMMEN** HADEER MEKAWY **40**
- **GEWALT GEGEN JOURNALISTEN IN BRASILIEN** CILENE VICTOR **42**
- **FOLTER VON JOURNALISTINNEN IN DER TÜRKEI** ERKAN PEHLİVAN **45**
- **ANGRIFFE AUF MEDIENSCHAFFENDE IN DER TÜRKEI MÜSSEN BEENDET WERDEN** DR. KAMAL SIDO **46**
- **MEDIENFREIHEIT UNTER DEM ERDOĞANREGIME** PROF. DR. VEDAT DEMİR **48**

ES GIBT JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI

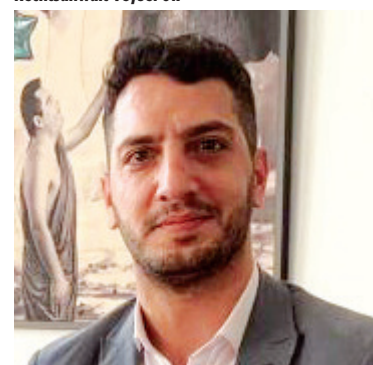
Eine Handvoll Journalisten gehen allem Druck und allen Drohungen zum Trotz mutig ihrer Profession nach und berichten weiterhin die Wahrheit. Auch wenn sie im Gefängnis landen oder ins Ausland müssen, erinnern sie mit ihren Schreibstiften an Demokratie, Gleichberechtigung und Recht. In diesem Dossier lesen Sie, welchen Preis diese Journalisten gezahlt haben, die die Wahrheit schreiben und die Ehre ihrer Stifte nicht beschmutzen. **8**

Journalist Erk Acarer



SIND TÜRKISCHE JOURNALISTEN IN EUROPA NOCH SICHER? 20

Rechtsanwalt Veyssel Ok



GERICHTE IN DER TÜRKEI FÄLLEN „COPY-PASTE“ ENTSCHEIDUNGEN! 14

HERAUSGEBER:
INTERNATIONAL
JOURNALISTS
ASSOCIATION e. V.

VERTRETEN DURCH:
MUSTAFA KILIÇ

EDITOR:
YÜKSEL DURGUT

REDAKTION:
ENGİN SAĞ
ERKAN PEHLİVAN
SELVİ ÇELEBİ
ŞEMİ AÇIKGÖZ
TUNCAY YAVUZARSLAN
İSMAİL SAĞIROĞLU
HASAN CÜCÜK
NECDET ÇELİK
RAMİS KILIÇARSLAN
TÜRKMEN TERZİ

LAYOUT:
KEMAL KAHVECİ

COVER PHOTO BY:
OZAN KÖSE, AFP

ANSCHRIFT:
Poststraße 2-4, 60329
Frankfurt am Main, Deutsch-
land

Tel: +49 069 84846306
GSM: +49 179 1385035

E-Mail: [journalistpost@
internationaljournalists.org](mailto:journalistpost@internationaljournalists.org)

[www.internationaljourna-
lists.org](http://www.internationaljournalists.org)

SPENDENKONTO:
IBAN: DE29 5065 2124
0004 1249 13

PayPal: [paypal@internatio-
naljournalists.org](mailto:paypal@internationaljournalists.org)

Patreon: [info@internatio-
naljournalists.org](mailto:info@internationaljournalists.org)



YÜKSEL DURGUT EDITOR

Keine Auszeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Gefoltert wird nicht nur mit herkömmlichen Methoden. Gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention stellen sowohl Tod aufgrund von Folter und Misshandlung, als auch psychische und körperliche Verletzungen sowie andere Härten eine Verletzung des Rechts auf Leben als auch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar. Die Ereignisse, über die in unserem Titeldossier berichtet wird, machen deutlich, dass diese Verbrechen in der Türkei begangen wurden. Für solche Straftaten gibt es jedoch keine Verjährungsfrist.

In dieser letzten Ausgabe der Journalist Post für dieses Jahr werden Sie über Formen von Unterdrückung, Gewalt und Rechtsverletzungen lesen, der viele meiner journalistischen Freunde in der Türkei ausgesetzt sind. Was ich Ihnen im Folgenden kurz erzählen werde, wird in die Geschichte eingehen, genau wie die dunklen Tage, die viele meiner Kollegen durchlebten und noch durchleben.

Am 1. September 2016 stand ich nach 22 Jahren Tätigkeit als Journalist vor einem Richter. Als ich den Gerichtssaal betrat, stellte mir der Richter die Frage: „Wie viele Kinder hast du?“ Ich stand noch halb im Flur, als ich antwortete, dass ich zwei Söhne habe. Ohne weitere Fragen zu stellen, schickte der Richter mich wieder raus. Als ich erneut in den Saal gerufen wurde, sagte der Richter, seine Robe schon über den Arm geworfen: „Du kommst ins Gefängnis!“ Daraufhin verließ er den Saal. Nach nur einer einzigen Frage musste ich 13 Monate ins Gefängnis.

Da ich an einer chronischen Herzerkrankung litt, musste ich mich einer Bypassoperation unterziehen. Aufgrund fehlender Dokumente ging es zwischen Krankenhaus und Gefängnis immer wieder hin und her. Erst nach Monaten bekam ich einen Arzt zu Gesicht. In dem Krankenhaus, in das ich zur Operation kam, verbrachte ich die erste Nacht

in polizeilichem Gewahrsam auf einer Station, in der sich auch zwei wegen Drogen verurteilte Häftlinge aufhielten.

Als ich von der Intensivstation in den polizeilichen Gewahrsam zurückgebracht wurde, kam ich in ein kleines dunkles Zimmer. Auf den Betten im Zimmer waren Blutflecken. In jener Nacht hatte ich kaum in Auge zugetan, nicht einmal meine Notdurft konnte ich verrichten. Wegen der Nähte in meiner Brust und der Schmerzen konnte ich nicht einmal das Personal um Hilfe rufen.

Die Krankenschwester, die morgens zur Kontrolle kam, sagte, sie hätten mich in die Abteilung für Häftlinge mit Hepatitis gesteckt.

Der Verband, der nach der Bypassoperation täglich gewechselt werden sollte, wurde erst nach drei Tagen erneuert. Der Arzt, der mich operiert hat, kam gegen Ende des dritten Tages zur Kontrolle und wurde fast verrückt, als er das erfuhr.

Der Staatsanwalt, der einem Drogendealer nach der Operation eine Betreuungsperson zugestanden hatte, erlaubte meiner Familie nicht einmal, mich zu besuchen.

Ist es keine Folter, wenn man nach einer Bypassoperation – nach der man viel Wasser trinken soll, aber nicht einmal eine Wasserflasche halten kann – keine Begleitperson zugestanden bekommt?

Wenn ich nicht erst Mitte 40 gewesen wäre, hätte ich die Schwierigkeiten und Strapazen der Operation kaum überstanden. Denn was Sie hier gelesen haben, ist nur eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse ...

*

In der Hoffnung, dass unsere Kolleginnen und Kollegen, die nicht nur in der Türkei, sondern auch in anderen Ein-Mann-Regimen überall auf der Welt einfach nur ihre Arbeit tun, so schnell wie möglich ihre Freiheit wiedererlangen, wünschen wir Ihnen gute Lektüre. ■



DICLE MÜFTÜOĞLU CO-VORSITZENDE DER JOURNALISTENVEREINIGUNG DICLE-FIRAT

Kurdischer Journalist in der Türkei zu sein, bedeutet Lebensgefahr!

Es ist sehr schwierig, ein kurdischer Journalist in der Türkei zu sein. Neben alltäglichem Druck, Belästigung, Zwang zur Spionage sind wir immer mit dem Tod konfrontiert. Zum Beispiel den Unfall (!), den wir erlebten, als ein Polizeiauto in Zivil unser Auto blockierte, während wir zu einer Berichterstattung nach Şırnak fuhren ... Ich konnte mein Haus während meiner Behandlung wegen eines gebrochenen Nackenknochens bei dem Unfall ein Jahr lang nicht verlassen ...

Der Journalismus in diesen Ländern ähnelt der Mission der Dengbêjs (Sprechsänger) in der Vergangenheit – sie haben heute noch dieselbe Bedeutung. Die Aufgabe der Dengbêjs war es, der Öffentlichkeit Ereignisse zu vermitteln, die niemand kennt oder hört bzw. nicht hören möchte. Dengbêjs arbeiteten wie die mündlichen Literaten oder Journalisten dieser Zeit. Sie erzählten die Ereignisse und Geschichten, die sie erlebten, auf melodische Weise und reisten entsprechend den Bedingungen des Tages von Dorf zu Dorf. Obwohl Journalismus im Allgemeinen als die Verbreitung von Nachrichten auf der ganzen Welt definiert wird, wird er in diesen Ländern zu einer etwas schwierigeren Aufgabe – das gilt für alle Orte, an denen ein ähnlicher Druck ausgeübt wird. Wie die Dengbêjs in alten Zeiten unternehmen kurdische Journalisten eine Mission, um der ganzen Welt Krieg, Schmerz, Unterdrückung und Widerstand zu verkünden.

Ich habe dieses Abenteuer in Istanbul begonnen. Nach der „KCK-Presseraktion“ und dem Roboski-Massaker wurde mir jedoch klar, dass ich in diese Länder kommen und hier journalistisch tätig werden musste. Es war mit der journalistischen Ethik unvereinbar, eine Berichterstattung zu akzeptieren, welche zum Roboski-Massaker 13 Stunden lang geschwiegen hat und erst nach den Äußerungen von Staatsbeamten die ersten Nachrichten

veröffentlicht wurden. Als ich nach Diyarbakır kam, hatte ich das Gefühl, an der Hauptnachrichtenquelle gelandet zu sein. Kurz nach meiner Arbeit in der Region habe ich persönlich erlebt, wie es ist, hier journalistisch tätig zu sein. Am 28. August 2012 wurde unser Fahrzeug von einem Polizeifahrzeug in Zivil eingeklemmt, als wir für eine Berichterstattung nach Şırnak fuhren. Wir hatten einen Unfall, weil unser Reporterfreund, der der Fahrer war, aus diesem Grund die Kontrolle über das Lenkrad verlor. Ich wurde wegen einer Halswirbelfraktur (C2) bei dem Unfall etwa 1 Jahr lang behandelt und konnte das Haus nicht verlassen. Obwohl die gesundheitlichen Probleme nach dem Unfall noch zu spüren sind, hat die Liebe zum Journalismus nie aufgehört. Als jemand, der diese Realität der Gewalt persönlich erlebt hat, wäre es nicht anders möglich gewesen.

Während meiner Arbeit wurden Dutzende von Ermittlungen und Klageschriften gegen mich eingereicht, da ich als verantwortliche Redakteurin der Dicle News Agency (DİHA) und von dihaber sowie als Reporterin tätig war. Zusätzlich zu den laufenden Gerichtsverfahren wurde ich in 3 Fällen verurteilt und diese wurden schließlich aufgeschoben (Aufschub der Strafe, d. h. Aufschub um 5 Jahre, ohne die gleiche Straftat zu begehen). Aber die größte Herausforderung für Journalistinnen und Journalisten sind hier leider nicht die Anklageschriften.



Journalisten, die in der Vergangenheit von den Regierungen als gefährlich angesehen wurden, werden nun vollständig ins Visier genommen. So sehr, dass sie leider ihre Identität und ihre journalistische Ausrüstung an jedem Ort verstecken müssen, an dem sie oft vorbeikommen. Wenn sie den Checkpoint am Eingang einer gewöhnlichen Stadt passieren, wenn sie nach ihrem Beruf befragt werden und richtig antworten, wird ihr Fahrzeug genauer durchsucht, ihre GBT (Allgemeine Informationssammlung; staatliches Informationssystem über Personen) abgefragt, und manchmal ist ihr Zugang zur Stadt versperrt. Im Jahr 2016, während die Ausgangssperre in Şırnak andauerte, wurde ich dreimal in der Stadt inhaftiert, in die ich ging, um über die Zeltbewohner in der Region zu berichten. Als ich zum ersten Mal festgenommen wurde, machte die Polizei ein Foto von mir. Ich konnte nicht verstehen, was in diesem Moment vor sich ging, aber als ich zum zweiten Mal von einem Patrouillenteam festgenommen wurde, hieß es: „Wir kennen Sie nicht, aber Ihre Beschreibung wurde uns gemeldet. Es ist Ihnen nicht gestattet ohne die Aufsicht von Panzerwagenteams und ohne die Erlaubnis des Gouverneurs zu berichten“, und dann wurde ich mit meinem Reporterkollegen neben mir mit dem Tode bedroht. Als ich das nächste Mal festgenommen wurde, sagte die Polizei klar und unmissverständlich: „Die Leute in den Zelten sprechen gegen den Staat. Ich werde sie nicht innerhalb der Stadtgrenzen berichten lassen.“

Obwohl dieses Beispiel persönlich ist, ist es zum Alltag kurdischer Journalisten geworden. Genau aus diesem Grund haben wir den Journalistenverband Dicle Fırat gegründet, um unsere Rechte zu verteidigen und die Solidarität der Journalisten in einem Umfeld zu organisieren, in dem die Presse- und Meinungsfreiheit so stark mit Füßen getreten wird. Obwohl unser Verband neu ist, haben wir begonnen, Journalisten in den meisten regionalen Städten zu erreichen. Im Rahmen der Anträge unserer Mitglieder und der von uns bei anderen Presseorganisationen eingeholten Informationen erstellen wir regelmäßig einen monatlichen Bericht über die Verletzungen von Rechten

der Meinungs- und Pressefreiheit.

Das Bild, das wir mit diesen Berichten der Weltöffentlichkeit zu vermitteln versuchen, ist nicht sehr rosig. Laut Augustbericht unseres Vereins stehen noch 63 Journalisten unter Hausarrest. Im August wurden 5 Journalisten festgenommen, 8 angegriffen, einer wurde zur Spionage gezwungen, 211 Nachrichten und 6 Websites wurden gesperrt.

In den Städten der Region herrscht nach wie vor der in der gesamten Türkei vorherrschende Zustand der Blockierung von Journalisten bei der Nachrichtenverfolgung. Journalisten sind erneut die erste Zielscheibe der Polizei, die aufgrund des in den Städten angekündigten Aktions- und Betätigungsverbots in jede gesellschaftliche Aktivität eingreift. Die Polizei, die Journalisten oft mit Schilden den Weg versperrt oder sie aus dem Gebiet entfernt, versucht zu verhindern, dass ihre Gewalt der Weltöffentlichkeit bekannt wird. Journalisten, die auch in Kriegssituationen von beiden Seiten geschützt werden müssen, sind leider entweder der Gewalt ausgesetzt oder werden von den Strafverfolgungsbehörden an ihrer Arbeit gehindert.

Leider ist die Meldung der von Staatsbeamten begangenen Verstöße ein Grund für eine Verhaftung oder Untersuchung in der Türkei. In diesen Fällen werden Journalisten wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ wegen ihrer Nachrichten vor Gericht gestellt. Eines der wichtigsten Beispiele dafür haben wir bei der Helikopterfolter in Van gesehen. Bei dem Vorfall vor einem Jahr wurden 2 Bürger in der Nähe ihres Dorfes festgenommen, gefoltert und dann aus dem Hubschrauber geworfen. Cemil Uğur und Adnan Bilen, Reporter der Mesopotamien Agency, die den Vorfall aufdeckten, sowie die Journalisten Nazan Sala und Şehirban Abi wurden festgenommen. Die Journalisten wurden wegen ihrer Pflichterfüllung sechs Monate inhaftiert, die Verfahren gegen sie laufen noch, aber das Ergebnis der Ermittlungen gegen die Folterer ist nicht bekannt.

Ein weiteres Problem für Journalisten ist der Zwang zur Spionage. Am 28. und 29. Juli wurden die JinNews-Reporter Gülistan Azak und Dilan Babat von Personen bedroht und bespitzelt, die sich als Mitglieder des Geheimdienstes vorstellten. Azak und Babat wurden bedrängt, damit sie Informationen über ihre Nachrichtenquellen durchsickern lassen, was völlig gegen die Prinzipien des Journalismus verstößt.

Trotz dieser Reihe von Verstößen und Gewalt, über die ich nicht zu Ende schreiben konnte, werde ich nicht aufhören, der Welt die Wahrheit zu verkünden, sowohl als Journalistin als auch als DFG-Co-Vorsitzende. Das Prinzip des Journalismus verlangt genau dies. ■

**TROTZ ALLER UNTERDRÜCKUNG,
GEWALT UND DROHUNGEN:**

ES GIBT JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI

Eine Handvoll Journalisten gehen allem Druck und allen Drohungen zum Trotz mutig ihrer Profession nach und berichten weiterhin die Wahrheit. Auch wenn sie im Gefängnis landen oder ins Ausland müssen, erinnern sie mit ihren Schreibstiften an Demokratie, Gleichberechtigung und Recht. In diesem Dossier lesen Sie, welchen Preis diese Journalisten gezahlt haben, die die Wahrheit schreiben und die Ehre ihrer Stifte nicht beschmutzen.



**Gazetecilere
Özgürlük**

GAZETECİLERE
ÖZGÜRLÜK
PLATFORMU
2 0 1 0



ŞEMSI AÇIKGÖZ

Es ist eine berühmte Geschichte: Friedrich der Große, König von Preußen, will in Potsdam auf einem Grundstück, das ihm gefällt, ein Schloss bauen. Ein Müller, dem ein Teil des Grundstücks gehört, weigert sich jedoch, sein Feld zu verkaufen. Als der König den Müller nicht dazu bringen kann, seine Haltung zu ändern, versuchte er ihn zu überzeugen, indem er ihn in seinen Palast rief. Diesmal wurde er wütend und begann zu drohen: „Er weiß, dass ich Ihn die Mühle nehmen kann?“ Der selbstbewusste, mutige und weise Müller antwortete: „Ja, Majestät, wenn der Kammergericht in Berlin nicht wäre!“ Das saß! Der Alte Fritz konnte nichts mehr sagen und ließ sein Schloss auf dem Nachbargrundstück errichten – die Mühle blieb unberührt. Heute erinnern diese beiden historischen Gebäude die ganze Welt daran, dass Recht und Gesetz für alle gelten.

Warum ich diese Geschichte erzähle? Die Türkei erlebt seit 10 Jahren Zeiten der Einschränkung von Freiheiten, Zehntausende Oppositionellen werden ins Gefängnis gesteckt, Eigentum von Geschäftsleuten wird zerstört, Milliarden Dollar an Korruption fließen und aufgrund dessen bricht die Wirtschaft zusammen. In einer solchen Atmosphäre der Angst und trotz der Gefahr, inhaftiert zu werden und trotz Morddrohungen gibt es eine Handvoll mutiger Stifte, die rufen: „Es gibt Journalisten in der Türkei!“

Die Medieninstitutionen im Allgemeinen und die Journalisten im Besonderen haben am meisten unter dem negativen Trend gelitten, der in der Türkei vor allem während der letzten 10 Jahre herrscht. Nach 2016 wurden 34 TV-Sender, 53 Zeitungen, 37 Radiosender, 6 Nachrichtenagenturen, 20 Zeitschriften und 29 Verlage geschlossen. Mehr als 200 Journalisten flohen ins Ausland. 34 ausländische Journalisten wurden abgeschoben, 3804 Presseausweise eingezogen. Dabei wurden mehr als 400 Journalisten festgenommen und vor Gericht gestellt. Derzeit befinden sich mehr als 60 Journalisten in Gefängnissen. Dieser Prozess hat viel Leid mit sich gebracht und der Schmerz hält weiter an. Hier ein Beispiel von vielen: Mevlüt Öztepe. Der Journalist wurde aufgrund seiner Reportagen festgenommen. Während er im Gefängnis war, musste er zweimal operiert werden. Seine Nie-

ren versagten und er bekam Krebs. Die Gerichte lehnten alle Anträge auf Haftentlassung ab. Seine Behandlung wurde hinausgezögert. Als er nach 874 Tagen unter öffentlichem Druck gezwungenermaßen freigelassen wurde, war es zu spät. Er starb 57 Tage nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis.

*

Auf der anderen Seite sank die Auflage der Tageszeitungen, die vor dem Putschversuch vom 15. Juli bei etwa 4 Millionen lag, um 65 Prozent auf heute 1,5 Millionen. Die Regierung Erdoğan hat viele Zeitungsverlage geschlossen (obwohl dies gesetzlich verboten ist). Er sorgte dafür, dass die größten Zeitungen der Türkei von Geschäftsleuten gekauft wurden, die zu seinen Unterstützern zählen. Er kontrolliert 95 % der Medien. Das Vertrauen in die Medien ist verloren gegangen.

Laut dem World Press Freedom Index der Vereinigung Reporter ohne Grenzen (RSF) lag die Türkei 2002 auf Platz 99 von 180 Ländern. Heute liegt sie auf Platz 154. Es ist offensichtlich: Je weiter sich das Land von der Demokratie entfernt, desto rückständiger wird es auf allen Gebieten.

*

Recep Tayyip Erdoğan gab, nachdem er mit absoluter Mehrheit an die Macht gekommen war und allein regierte, seine anfängliche Liebe zur Demokratie auf und bestätigte damit die Aussage „Macht vergiftet, absolute Macht vergiftet absolut“. Er hasst oppositionelle Journalisten, denn was er am meisten fürchtet, sind Worte! Eine Handvoll Journalisten schreiben weiterhin die Wahrheit und verrichten trotz allem Druck und aller Drohungen mutig weiter ihre Arbeit. Auch wenn sie im Gefängnis landen oder ins Ausland müssen, erinnern sie mit ihren Stiften an Demokratie, Gleichberechtigung und Recht. Manche schreiben über die Beziehungen der Regierung zur Mafia, andere über Korruption, wieder andere über Rechtsverletzungen. In diesem Dossier berichten Journalisten aus erster Hand, welchen Preis sie dafür gezahlt haben, die Ehre ihrer Stifte nicht beschmutzt zu haben, sondern die Wahrheit zu schreiben. Sie werden besser verstehen, was sie durchmachen und mit welchen Schwierigkeiten sie konfrontiert sind. Es ist, als ob sie diejenigen Lügen strafen wollen, die sagen: „In der Türkei gibt es keine Unterdrückung und Folter...“ ►

ICH WAR NACKTDURCHSUCHUNGEN AUSGESETZT



ROJDA AYDIN
JİNNEWS

Ich habe 2016 angefangen, bei Jin Haber (JINHA) zu arbeiten. Als JINHA von der Regierung geschlossen wurde, wechselte ich zur Zeitung Şöjün. Aber auch sie wurde geschlossen. Derzeit arbeite ich bei der Nachrichtenagentur JİNNEWS. Die Türkei ist für wahre Journalisten ein riesiges Gefängnis. In der Türkei Journalistin zu sein, insbesondere kurdische Journalistin, ist sehr, sehr schwer. Wenn Sie ein kurdischer Journalist oder eine kurdische Journalistin sind, gelten Sie als „potenzieller Terrorist“. Es ist nicht unwahrscheinlich, im Nachgang zu einer Reportage das Ziel einer Kugel zu werden. Ich wurde wegen meiner Reportagen vier bis fünfmal in Gewahrsam genommen. Im Jahr 2020 war ich gerade zu Recherchen unterwegs, als ich erneut festgenommen und zusammen mit zwei meiner Kolleginnen auf der Polizeiwache trotz all unseres Widerstandes einer Nacktdurchsuchung unterzogen wurde. Die Regierung sagt, dass es in der Türkei keine Nacktdurchsuchungen gäbe. Ich selbst habe es erlebt. Die von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ und „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“ wurden eingestellt. Diesmal wurde jedoch eine Klage mit der Behauptung eingereicht, ich hätte „unbewaffnet an illegalen Versammlungen und Märschen teilgenommen und sie trotz Warnung nicht verlassen“. Dieser Fall ist noch nicht abgeschlossen.

NACH DER OPERATION HAT MAN MICH DEM TOD ÜBERLASSEN

Nach dem Putschversuch vom 15. Juli hat die Polizei bei mir zu Hause eine Razzia durchgeführt, und ich wurde festgenommen, ohne dass die Staatsanwaltschaft mich angehört hätte. Ohne Gerichtsverfahren verbrachte ich zwei Jahre im Gefängnis. Erst nach neun Monaten konnte ich herausfinden, warum ich inhaftiert worden war. Mein Verbrechen? „Berichterstattung in den Medienorganen der Hizmet-Bewegung und Kritik an Gesetzwidrigkeiten.“ Die von mir bei meiner journalistischen Tätigkeit verwendeten Computer, Kameras und Presseausweise wurden als Beweismittel für Straftaten beschlagnahmt. Ich wurde freigelassen, weil sie keine Straftat finden konnten. Aber am nächsten Tag wurde ich unter politischem Druck wieder verhaftet. In der Haft wurde ich gefoltert: Mir wurde das Essen und Trinken verweigert, ich wurde beleidigt und erhielt Morddrohungen. Meine Medikamente wurden mir nicht gegeben, ich wurde nicht zum Arzt gebracht. Meine Nieren versagten schließlich. Ich musste im Gefängnis operiert werden. Nach der Operation wurde ich an einem Wintertag zehn Stunden nackt in einer Haftzelle mit offenen Fenstern dem Tod überlassen. Das, was ich erlebt habe, war nur eines von Hunderttausenden von Beispielen in der Türkei.



TUNCER ÇETİNKAYA JOURNALIST



ES IST EIN VERBRECHEN, IN DER TÜRKIE RECHERCHE ZU BETREIBEN!

Nachdem der Fernsehsender İMÇ TV, für den ich gearbeitet hatte, 2016 geschlossen wurde, wurde ich aufgrund einer Reportage von der 2. Großen Strafkammer in Van zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt. 2018 wurde ich dann bei einer Nacht- und Nebeloperation in meiner Wohnung festgenommen. Als vor Gericht beanstandet wurde, dass die Anschuldigung dieselbe sei wie im vorherigen Fall, wurde der Fall zurückgewiesen. Aber in der Nacht meiner Festnahme wurden mein Handy und die Festplatte mit all meinen Archiven beschlagnahmt. Sie wurden mir immer noch nicht ausgehändigt. Seit 2018 wird fast jeden Monat aufgrund irgendeiner meiner Reportagen ein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet. Sogar diejenigen, die mir Interviews gegeben haben, werden aufgefordert gegen mich auszusagen. Im Januar 2021 wurde wegen eines Fotos, das ich während einer Pressekonferenz aufgenommen hatte, Klage erhoben und eine Freiheitsstrafe von 18 Jahren beantragt. Die Begründung: Ich stehe mit einer Kamera in der Hand vor einer Menschenmenge, die eine Erklärung abgibt. Die Staatsanwaltschaft reichte mit dem Vorwurf, ich würde „die Menge anführen und leiten“ eine Klage wegen „Anführen einer [terroristischen] Vereinigung“ ein. Der Richter nahm diesen Fall an. Dabei war ich nur als Journalist dort.



RUŞEN TAKVA
JOURNALIST



NUR ENER KILIÇ JOURNALISTIN

ICH FREUE MICH ERST, WENN AUCH DIE INHAFTIERTEN JOURNALISTEN FREIKOMMEN

Mein Gefängnisleben, das am 1. März 2017 begann, endete am 21. Februar 2018. Das war nicht der einzige Preis, den ich für die Ermittlungen gegen Erdoğan's Putschversuchs-Theater vom 15. Juli zu zahlen hatte. Die Richter der Erdoğan'schen Ordnung hatten beschlossen, dass ich 7 Jahre meines Lebens im Gefängnis verbringen sollte. Der Klage mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung folgte der Prozess wegen „Propaganda für eine terroristische Vereinigung“. Gegenstand dieses Falls war mein Buch „Drei Gänseblümchen“, das aus Briefen von Gefängnisinsassen besteht. Die Wunden der Handgelenke an meinen Handgelenken waren verheilt, aber der Schmerz des Leids und der Folter konnte nicht aus meinem Gedächtnis gelöscht werden. Als Ehepaar trafen wir, während wir uns in Hausarrest befanden, schließlich die mutige Entscheidung, das Land zu verlassen und zusammen zu leben. Während unserer Reise von der Türkei nach Griechenland musste ich immer an die Journalisten, unschuldigen Frauen und ihre Babys denken, die noch im Gefängnis waren. Als ich aus dem Gefängnis entlassen worden war, sagte ich mir: „Ich bin jetzt zwar raus, aber in dem Haftraum, in dem ich war, sind immer noch ein 30 Tage altes Baby und 6 Kinder. Ich werde mich erst freuen, wenn auch sie freikommen.“ Meine Worte sind in meinem Herzen noch so frisch wie damals; ich freue mich erst, wenn auch diese Babys, all die unschuldigen Frauen und Journalisten frei sind!

ICH KAM INS GEFÄNGNIS, WEIL ICH SO AUFGEREGT WAR



BERİTAN CANÖZER
KORRESPONDENTIN
BEI JINNEWS

2015 wurde ich während einer Reportage festgenommen, weil ich so „aufgeregt“ gewesen sei. Nach vier Tagen in Gewahrsam wurde ich schließlich aufgrund meiner Berichterstattung und meiner Social-Media-Beiträge für vier Monate inhaftiert. Ich habe im Gefängnis viele Rechtsverletzungen mitbekommen und auch selbst erlebt.

Seit 2015 wurden 11 Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet. In einem Fall wurden 15 Jahre Gefängnis gefordert. In einigen der Fälle wurde ich freigesprochen, andere laufen noch. Ich bin nur unter Auflagen auf freiem Fuß und darf nicht ins Ausland reisen.

Allein in den letzten sechs Monaten wurde ich zweimal festgenommen und war acht Tage in Gewahrsam. Vorgeworfen werden mir meine Reportagen und meine Beiträge in den sozialen Medien. Für die kurdische Presse zu arbeiten, eine Kurdin zu sein, eine Frau zu sein, bedeutet natürlich, dass die Unterdrückung doppelt so stark zu spüren ist.

Trotz all des Drucks setzen wir immer noch alles daran, über die Lage zu berichten. Wir wissen, dass Journalismus kein Verbrechen ist. Dutzende unserer Kollegen sind inhaftiert. Es ist kein Verbrechen, zu berichten, der Öffentlichkeit genaue Informationen zu vermitteln, zu kritisieren.



ÖMER ÇELİK REDAKTEUR
DER MEZOPOTAMYA AGENCY

ICH BERICHTETE ÜBER BERAT ALBAYRAK UND KAM FÜR 10 MONATE INS GEFÄNGNIS

Ich habe 2009 bei der Dicle Haber Ajansı (DIHA) mit dem Journalismus begonnen. 2011 wurde ich zusammen mit 32 Journalisten während einer Operation gegen kurdische Presseinstitutionen festgenommen. Die Anschuldigung gegen mich: „Hinter Nachrichten her sein, die den Staat in Schwierigkeiten bringen und ihn in den Augen der Öffentlichkeit demütigen.“ 18 Monate war ich im Gefängnis.

Ein anderer Fall, wegen dem ich vor Gericht stand, betraf die Veröffentlichung von E-Mails von Berat Albayrak, dem ehemaligen türkischen Finanzminister. Ich wurde am 25. Dezember 2016 bei einer Polizeirazzia bei mir zu Hause gefoltert. Nach 24 Tagen in Gewahrsam wurde ich in das Gefängnis überführt, das ich erst zehn Monate später wieder verlassen sollte. Sie haben den Bericht über die Folterungen, die ich erlitten habe, aus meiner Akte entfernt! Für meine Berichterstattung wurden 11 Jahre Gefängnis gefordert! Ein anderes Mal wurde wegen einer Nachrichtenmeldung über den stellvertretenden Generalkommandeur der Gendarmerie, Musa Çitil, der die Militäroperation durchgeführt hatte, die den Bezirk Sur der Stadt Diyarbakır von der Landkarte ausradierte, eine Klage gegen mich eingereicht. Das Gericht hat mich zwar vor Kurzem für nicht schuldig befunden, die Gegenseite kann jedoch noch Berufung einlegen, die Frist ist noch nicht abgelaufen.

ICH ERLEBTE MENSCHENUNWÜRDIGE FOLTER

Das AKP-Regime zerstörte vor dem Genozid, den es in der Türkei begehen wollte, zunächst die Medien. Vor dem 15. Juli wurden alle Zeitungen und Fernsehsender der Opposition zwangsweise geschlossen. Ich arbeitete in der Zeitung Zaman, die auch geschlossen wurde. Ich habe über die illegalen Waffenlieferungen der AKP-Regierung an der syrischen Grenze und ihre Unterstützung vieler illegaler Organisationen, insbesondere des IS und Al-Nusra, berichtet. Ich wurde an der Grenze festgenommen und bedroht. Ich wurde immer wieder ins Visier genommen und verfolgt. Zwei meiner Kollegen, die als Journalisten an der Grenze arbeiteten, wurden getötet.

Eine Woche nach dem Putschversuch am 15. Juli führte die Polizei bei mir zu Hause mit langläufigen Waffen eine Razzia durch und bedrohte meine Familie. Ich habe auf der Polizeiwache Folter erlebt, die unmenschlich war. Ich wurde ohne jegliche Beweise festgenommen und kämpfte 19 Monate lang unter sehr schwierigen Bedingungen im Gefängnis ums Überleben. Ich wurde auf Bewährung entlassen, obwohl ich keine Straftat begangen hatte. In der Türkei wird Journalisten kein Recht auf Leben zugestanden. Deshalb mussten viele meiner Freunde die Türkei verlassen.



ICH SASS WEGEN MEINER REPORTAGEN MONATELANG IM GEFÄNGNIS

Seit 2014 arbeite ich als Journalist. Im Jahr 2016 wurde ich bei einer Recherche festgenommen und inhaftiert. Ich war drei Monate im Gefängnis. Obwohl kein Straftatbestand vorlag, wurde ich wegen meiner Reportagen und meiner Beiträge in den sozialen Medien zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

2020 erfuhr ich, dass zwei Dorfbewohner im Stadtteil Çatak in Van auf der Intensivstation eines Krankenhauses behandelt wurden. Als ich den Vorfall untersuchte, konnte ich anhand von Dokumenten nachweisen, dass diese beiden Dorfbewohner von Soldaten aus einem Hubschrauber geworfen worden waren. Wegen meiner Berichterstattung wurde ich zusammen mit drei meiner Kollegen in Gewahrsam genommen. Sechs Monate verbrachte ich im Gefängnis, weil das Gericht unsere gesellschaftlich relevanten Reportagen als Verbrechen betrachtete.

In den Gefängnissen haben wir keine Rechte. Die Häftlinge befinden sich in völliger Isolation. Und es wird Tag für Tag schwieriger, in der Türkei Journalismus zu betreiben. Aber ich schöpfe Kraft aus Metin Göktepe, Hrnt Dink, Uğur Mumcu und Apê Musa. Was es mich auch immer kosten mag, ich möchte diesen Beruf weiter ausüben.



CEMİL UĞUR
JOURNALIST



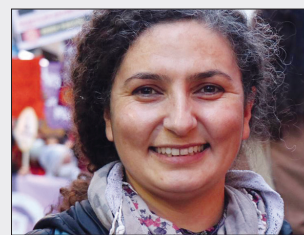
NURULLAH KAYA JOURNALIST

ICH WAR 22 MONATE IM GEFÄNGNIS, OHNE DASS ICH EINES VERBRECHENS ANGEKLAGT WURDE



MEHMET ÖZDEMİR
JOURNALIST

Als ich erfuhr, dass nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016 ein Haftbefehl gegen mich vorliegt, ging ich zur Polizei und stellte mich. Nach acht Tagen schwerem Gewahrsam wurde ich inhaftiert und in den geschlossenen Strafvollzug in Silivri überführt. Meine Anklageschrift kam genau neun Monate später. Wegen „versuchtem Staatsstreich“ und „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ wurden drei lebenslängliche Haftstrafen gefordert. In der 65-seitigen Anklageschrift konnte jedoch kein einziger Beweis für eine Straftat erbracht werden. Es gab nicht einen einzigen Hinweis auf meine Tätigkeit bei der Zeitung als „Redakteur von Seite 1“ und „Verantwortlicher Redaktionsleiter“. Ich fragte die Richter, was mein Verbrechen sei, bekam aber keine Antwort. Der Staatsanwalt reduzierte seine Forderung nach dreimal lebenslänglich auf einmal und forderte, mich nur wegen „Anführen einer terroristischen Vereinigung“ zu bestrafen. Nach 22 Monaten wurde ich freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen. Der Staatsanwalt legte jedoch Revision gegen die Entscheidung ein. Das Kassationsgericht hob den Freispruch auf und verlangte, dass ich erneut vor Gericht gestellt und bestraft werde.



MELİKE AYDIN KORRESPONDENTIN
BEI JİNNEWS İZMİR

GESELLSCHAFTEN ZU ISOLIEREN IST DAS ZIEL

Volksgruppen zu isolieren ist für die Mächtigen in der Türkei eine Art Regierungsmethode. Als kurdische Journalistin kann ich sagen, dass das der Hauptgrund für die Gewalt ist, die ich erlebt habe. Im April 2018 wurde ich festgenommen, als ich von einer Recherche in Aydın zurückkehrte. 2016 war ich aufgrund eines Beitrags in den sozialen Medien zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Ich wurde unter der Bedingung freigelassen, in den kommenden fünf Jahren kein ähnliches „Verbrechen“ zu begehen, sonst müsste ich die doppelte Haftstrafe verbüßen.

Am 11. November 2019 um 5 Uhr morgens stürmte die Polizei aufgrund einer meiner Reportagen meine Wohnung – ein Trauma für meine Familie. In Gewahrsam wurde mir angetragen, Spionage zu betreiben, und mir wurde angedroht, ich würde meinen Job verlieren. Ich werde immer noch verfolgt und belästigt. Im Gefängnis wurde ich gewaltsam einer Nacktdurchsuchung unterzogen. Drei Monate lang konnte ich nicht arbeiten, meine Bücher wurden beschlagnahmt und mir trotz meines Freispruchs nicht zurückgegeben. Ich wurde freigesprochen, aber ich wurde zu einer Journalistin, der gegen ihre Nachrichtenquellen „terrorisiert“ wurde, und einige, insbesondere national-konservative Türken, wandten sich von mir ab.

10) WEGEN MEINER REPORTAGEN DROHEN MIR 28 JAHRE GEFÄNGNIS

2013 habe ich bei der Dicle Haber Ajansı mit dem Journalismus begonnen. Als die Agentur von der Regierung geschlossen wurde, arbeite ich bei DIHABER weiter. Weil wegen meiner Reportagen eine Reihe von Klagen gegen mich eingereicht wurden, musste ich 2017 in den Irak fliehen. Im Irak war ich Nachrichtenredakteur bei RojNews und schrieb Artikel für die Zeitung Yeni Yaşam. Nach drei Jahren, im Dezember 2019, ging ich über den Iran nach Armenien, um nach Europa zu gelangen. Aber ich wurde festgenommen und über den Iran in die Türkei ausgeliefert. 11 Monate war ich im Gefängnis. Mein Prozess geht weiter und mir drohen bis zu 28 Jahre Gefängnis. Wegen einer anderen Reportage wurde ich zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt. Außerdem droht mir in einem anderen Prozess eine Haftstrafe von bis zu zwei Jahren wegen eines Artikels mit dem Titel „Vor 23 Jahren Lice, Jetzt Cizre“. Meine Frau wurde wegen eines Tweets festgenommen, den sie gesendet hatte, während ich im Gefängnis war. Während meine Frau in Gewahrsam war, waren unsere Kinder tagelang ohne Aufsicht. Wir betreiben in der Türkei in einem sehr schwierigen Umfeld unermüdlich Journalismus. Ich versuche, der Öffentlichkeit die Wahrheit zu vermitteln, und ich möchte, dass die ganze Welt erfährt, was hier passiert.



AZİZ ORUÇ JOURNALIST



22 MONATE MEINES LEBENS WURDEN MIR GESTOHLEN

Ich bin auch einer der Journalisten, deren Weg nach Silivri führte. Zuerst wurde für die Nachrichtenagentur Cihan, bei der ich arbeitete, ein Treuhänder eingesetzt, woraufhin ich entlassen wurde. Ich wurde dann Partner in einem Medienunternehmen. Allerdings wurde auch dort ein Treuhänder eingesetzt, weil es mit Cihan in Verbindung stand. So war ich zum zweiten Mal in einem Jahr arbeitslos. Ich begann, für ausländische Medienorganisationen zu arbeiten – bis 10 Tage nach dem Putsch, also bis zum 26. Juli. Um 06:00 Uhr morgens führte die Polizei mit automatischen Waffen eine Razzia bei mir zu Hause durch. Gewahrsam, Gericht ... und schließlich das Gefängnis in Silivri. Genau 22 Monate in einer 30 Quadratmeter großen Zelle. Dann wurde, da es keine anderen Beweise gab, außer dass ich als Journalist gearbeitet hatte, auf Freispruch entschieden – ohne ein Wort der Entschuldigung. Aber wer übernimmt die Verantwortung für die 22 Monate, die meinem Leben gestohlen wurden? Niemand. Man meinte wohl, dass die 22 Monate, die ich im Gefängnis saß, nicht ausreichten, und so wurde neun Monate nach meiner Entlassung erneut ein Haftbefehl ausgestellt. „Entweder Gefängnis oder Mariza“, sagte die Justiz meines Landes. Ich habe mich für Mariza entschieden. Eines Morgens verließ ich mein Land und überquerte den Fluss Mariza (Evros). Danach wurde dann noch ein Haftbefehl mit dem „roten Bulletin“ ausgestellt ...



ZAFER ÖZSOY
JOURNALIST

ICH WURDE WIEDERHOLT VON DER POLIZEI SEXUELL BELÄSTIGT



ZEMO AĞGÖZ
ANKARA-KOR-
RESPONDENTIN
DER MEZOPOTAMYA
AGENCY

Nachdem ich 2018 bei der Mezopotamya Ajansı angefangen habe, wurde mir klar, dass Journalistin in Ankara zu sein, insbesondere für die kurdische Presse zu arbeiten, nichts mit dem an staatlichen Universitäten gelehrt „Journalismus“ zu tun hat. Wenn wir berichten wollen, erkennt die Polizei den Ausweis der Agentur, deren Reporter wir sind, nicht an, sie drohen uns. Persönlich wurde ich immer wieder von der Polizei beleidigt und sexuell belästigt. Besonders in Fällen, in denen es zu Übergriffen der Polizei auf Menschen kommt, richtet sich die Gewalt der Polizei auch gegen uns, die wir darüber berichten. Wir haben unsere Computer, Foto- und Videokameras immer bei uns. Denn wenn wir sie im Büro ließen, könnten sie die Räume durchsuchen und unsere Geräte beschlagnahmen. Aber trotz all dieser Schwierigkeiten wurde die freie Presse zur zuverlässigsten Informationsquelle für die Menschen. Aus diesem Grund wenden sich die Menschen an uns, wenn sie Rechtsverletzungen oder Folter erleben, egal wo, ob in verlassenen Wohnvierteln, auf dem Markt, im Dorf oder in der Fabrik. Ich versuche, der Wahrheit auf den Grund zu gehen und liebe den Journalismus.



ABDURRAHMAN GÖK
REDAKTEUR DER
MEZOPOTAMYA AGENCY

JOURNALISTEN HABEN ANGST, ENTFÜHRT ZU WERDEN

Die Schwierigkeiten, mit denen Journalisten in der Türkei konfrontiert sind, wurden mit dem Präsidialsystem noch unerträglicher. Schon in der Vergangenheit kostete es einen hohen Preis, über die Gesetzlosigkeit und Korruption der Regierung zu schreiben, aber jetzt ist er noch höher. Journalisten haben Angst, entführt zu werden. Ins Gefängnis zu gehen, verhaftet zu werden gilt jetzt schon nur noch als leichte Suppression! In den letzten fünf bis sechs Jahren haben Hunderte von Journalistenfreunden das Land verlassen müssen, weil sie ihre Arbeit nicht mehr ausüben konnten oder aus Angst. Die Türkei steht nun ganz oben auf der Liste der Risikoländer für Journalisten. Ich bin seit 2004 Journalist und es wurden mehr als 20 Klagen gegen mich eingereicht. 2009 verbrachte ich neun Monate im Gefängnis. Ich wurde bei einer Recherche festgenommen. Egal wohin ich ging, ich wurde ständig von der Polizei verfolgt und vernommen, besonders wenn ich eine Kamera dabei hatte. Mir droht jetzt eine 20-jährige Haftstrafe, weil ich Kemal Kurkut fotografiert habe, einen Universitätsstudenten, der 2017 bei den Newroz-Feiern in Diyarbakir von der Polizei getötet wurde.

ES IST SEHR SCHWER, EINE FRAU, EINE KURDIN UND EINE JOURNALISTIN ZU SEIN

Als Kind wollte ich immer Journalistin werden. Das war mein Traumberuf. Ich habe 2015 während meines Studiums als Journalistin bei der DIHA angefangen und später bei der JINHA und der Şujin gearbeitet. Derzeit bin ich bei JINNEWS. Unsere Agentur ist ein Medienunternehmen, dessen Team ausschließlich aus Frauen besteht, und unter dem Motto „Frauen mit dem Stift auf der Spur der Wahrheit“ den Fokus auf frauenorientierten Journalismus legt. Abseits der klassischen Mainstream-Medien, die das männlich dominierte System am Leben erhalten, sagen wir: „Wir sind auch noch da“, und versuchen das sowohl ideell als auch praktisch umzusetzen. An diesem Punkt sind wir jedoch auch vielen Schwierigkeiten ausgesetzt. 2017 wurde ich zusammen mit fünf meiner Freunde angezeigt, woraufhin eine Razzia bei uns zu Hause durchgeführt und ich festgenommen wurde. Ich wurde in meinem Berufsleben dreimal inhaftiert und es läuft derzeit ein Verfahren gegen mich. Die Politik versucht, uns Journalisten an der Ausübung unseres Berufs zu hindern, nicht nur durch Festnahmen, Inhaftierungen und Repressionen, sondern auch durch Razzien und die Beschlagnahme unserer Ausrüstung. Frau, Kurdin und Journalistin zugleich zu sein, bringt viele Schwierigkeiten mit sich.



HABİBE EREN JINNEWS

HASAN BOZKURT JOURNALIST ICH BIN NUR JOURNALIST

Am 17. Mai 2017 wurde ich zu Hause von der Polizei festgenommen und sechs Tage später wegen journalistischer Telefonate und eines Bankkontos inhaftiert. Eines Nachts wurde ich, ohne meine Familie informieren zu können, in ein Gefängnis in Denizli gebracht, 471 km von Ankara entfernt. Monatelang konnte ich mit meiner Familie nur per Telefon sprechen. Ich war mit 30 Leuten in einem 8-Personen-Haftraum untergebracht. Ich habe monatelang auf dem Boden geschlafen, weil es kein Bett gab. Toilettengänge und das Waschen wurden zur Qual. Nicht anders die Arztvisiten. Er untersuchte uns nur aus 10 Metern Entfernung!

DAS HAUPTZIEL SIND FREIE JOURNALISTEN

Am 24. November 2020 wurde bei mir zu Hause in Van eine Razzia durchgeführt und ich wurde von einem Sonderkommando der Polizei in Gewahrsam genommen. Ich kam wegen der Telefonate, die ich mit meinen Informanten führte, und der Reportagen, die ich machte, unter dem Vorwurf der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ in Untersuchungshaft. Meine erste Anhörung fand drei Monate später statt, und ich wurde freigelassen. Aber der Prozess geht weiter.

Meine Kollegen Adnan Bilen, Nazan Sala, Cemil Uğur und Şehirban Abi wurden auch festgenommen. Als Journalisten waren und sind wir in der Region die Stimme der beim Grenzhandel Getöteten und im Abschiebezentrum vergewaltigten weiblichen Flüchtlinge; wir erheben unsere Stimme bei Menschenrechtsverletzungen und bei Morden.

Es war ein tragisch-komischer Moment, als Präsident Erdoğan Frankreich in Bezug auf die Pressefreiheit kritisierte, den Druck, der in der Türkei auf die Presse ausgeübt wird, jedoch ignorierte. Als Journalist, der vor Gericht steht, möchte ich sagen, dass die AKP-Regierung und Erdoğan der Opposition sogar die Luft zum Atmen nehmen wollen. Als freie Journalisten in der Türkei stehen wir ganz vorne in der Schusslinie.



DİNDAR KARATAŞ
JOURNALIST

Gerichte in der Türkei fällen „Copy-Paste“-Entscheidungen!

In der Zeit, als der Journalist Deniz Yücel in Haft war, wurden meine zahlreichen Einsprüche gegen die Haft mit denselben Phrasen ohne jegliche Begründung abgewiesen. Mit dem Einverständnis meines Mandanten habe ich die rechtlichen Einwände in meinem Antrag auf Haftbeschwerde entfernt und einen Fußballartikel aus einer Zeitung eingefügt. Der Richter las den Inhalt der von mir eingereichten Petition nicht, so dass er beschloss, die Festnahme aus denselben Gründen fortzusetzen, ohne den Fußballartikel gelesen zu haben.. Allein dieses Beispiel wirft ein bezeichnendes Licht auf die türkische Justiz.



İSMAIL SAĞIROĞLU JAILED JOURNOS

Kennen Sie als Rechtsaktivist die Zahlen und Statistiken über JournalistInnen, die in der Türkei Opfer von Rechtsverletzungen geworden sind?

Wir, die MLSA (Media and Law Studies Association), verfolgen seit Jahren die Fälle von Journalisten, die inhaftiert wurden und gerichtlichen Schikanen ausgesetzt sind. Wir versuchen, Fälle von freier Meinungsäußerung zu überwachen und veröffentlichten Berichte im Rahmen unserer Case-Tracking-Arbeit. Derzeit befinden sich immer noch mindestens 60 JournalistInnen in türkischen Gefängnissen. Obwohl diese Zahl offenbar zurückgegangen ist, wurden seit dem Putschversuch vom 15. Juli mehr als 600 JournalistInnen verhaftet und wieder freigelassen. Es ist unmöglich, genaue Angaben über die Zahl der JournalistInnen zu machen, die nicht inhaftiert sind, sondern strafrechtlich verfolgt werden, aber wir schätzen, dass diese Zahl in die Tausende geht.

Inwiefern sind JournalistInnen, die in der Türkei festgenommen, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt werden, Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt?

In der Tat werden die Rechte von JournalistInnen in der Türkei verletzt, schon bevor ein Gerichtsverfahren gegen sie eingeleitet wird. JournalistInnen, die gegen die roten Linien der Macht verstoßen und Nachrichten verbreiten, werden vor allem von den so genannten Pro-Medien ins Visier genommen. JournalistInnen werden auch festgenommen und in der Regel nach unvoreilhafteten Medienberichten verhaftet. Wenn die festgenommenen und

verhafteten JournalistInnen unter dem Vorwurf des Terrorismus inhaftiert sind, ist es für sie in den ersten 24 Stunden nach ihrer Festnahme unmöglich, rechtliche Unterstützung durch Anwälte zu erhalten. Aus diesem Grund können die JournalistInnen in den ersten 24 Stunden psychischem und physischem Druck durch die Polizei ausgesetzt sein. Für in Gewahrsam genommene JournalistInnen ergeben sich Probleme in Bezug auf Gesundheit und Ernährung.

Die Situation der Festgenommenen ist sogar noch schlimmer. Zunächst einmal werden viele JournalistInnen in einem Gefängnis außerhalb der Stadt, in der sie leben, festgehalten. Diese Situation erschwert die Inanspruchnahme von Rechtsbeistand durch ihre Anwälte und macht Familienbesuche unmöglich. Die JournalistInnen werden nicht zu den Anhörungen gebracht, da diese in verschiedenen Städten stattfinden, und die Teilnahme wird über Videokonferenzen sichergestellt. Diese Situation bedeutet eine Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren.

JournalistInnen werden unter unhygienischen Bedingungen in den Gefängnissen festgehalten. Insbesondere während der Pandemie wurde das Recht auf Zugang zu medizinischer Versorgung erheblich beeinträchtigt. Auch viele Rechte, wie die Ausübung von Sport und die Nutzung der Bibliothek in den Gefängnissen, wurden aufgrund der Pandemie blockiert. JournalistInnen ist es nach wie vor verboten, regierungsunabhängige Zeitungen zu lesen oder Fernsehsender zu sehen.

SOGAR EIN FUSSBALLARTIKEL WURDE VERHAFTET

Können JournalistInnen gegen Rechtsverstöße Einspruch erheben und Ergebnisse erzielen? Werden Beamte bestraft, wird Entschädigung gezahlt? Auf welche Probleme stoßen Sie aufgrund Ihrer eigenen Erfahrungen?

Leider wird die Politik der Straflosigkeit in der Türkei immer stärker. Bei Verbrechen gegen JournalistInnen (Polizeigewalt, Mord usw.) sind, wenn der Täter ein Beamter ist, alle Mechanismen des Staates, einschließlich der Justiz, darauf eingestellt, den Täter zu schützen. In Fällen von Inhaftierung werden jedoch keine Einwände geprüft, und die Inhaftierung von JournalistInnen



WER IST VEYSEL OK?

Der 36-jährige Rechtsanwalt Veyssel Ok ist Experte für Presserecht und war Anwalt von Institutionen wie Taraf Newspaper, Alkim Publications, P24 Independent Journalists Association und Journalisten wie Deniz Yücel, Ahmet Altan, Şahin Alpay und Nedim Türfent. Seit zwei Jahren ist er Co-Direktor der Media and Legal Studies Association (MLSA) und bietet Journalisten unter dem Dach der Vereinigung rechtliche Unterstützung. Er führt Studien über die Lösung von Rechtsverletzungen in der Türkei durch. Er wurde in Deutschland mit dem Thomas-Dehler-Preis und im Vereinigten Königreich mit dem Index on Censorship Award für seine „Bemühungen um Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit“ ausgezeichnet.

wird mit Copy-Paste-Entscheidungen beschlossen, die nicht gerechtfertigt sind.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Als der Journalist Deniz Yücel inhaftiert war, wurden meine zahlreichen Einsprüche gegen die Inhaftierung mit denselben formelhaften Sätzen ohne jegliche Begründung abgewiesen. Mit der Zustimmung meines Mandanten habe ich die rechtlichen Einwände in meinem Antrag auf Haftbeschwerde entfernt und einen Fußballartikel aus einer Zeitung beigelegt. Der Richter las den Inhalt des von mir eingereichten Antrags nicht und beschloss, den Arrest aus denselben Gründen fortzusetzen, ohne den Fußballartikel gelesen zu haben. Allein dieses Beispiel gibt einen guten Eindruck von der türkischen Justiz.

DER EGMR KOMMT DER TÜRKISCHEN JUSTIZ ZUGUTE

Gibt es JournalistInnen, deren Fälle Sie vor den EGMR gebracht haben und die in der Türkei keine Ergebnisse in Bezug auf ihre Rechtsverletzungen erzielen konnten? Können Sie uns etwas über dieses Verfahren und die Probleme, die Sie dabei hatten, erzählen?

In der Türkei wenden wir uns vor allem dann an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, wenn wir in den Fällen inhaftierter Journalisten nach Ausschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel zu keinem Ergebnis kommen. Wir haben Dutzende von Anträgen gestellt, insbesondere für Ahmet und Mehmet Altan, Deniz Yücel, Şahin Alpay, Nedim Türfent, Idris Sayılğan, um nur einige zu nennen.

Damit diese Anträge gestellt werden können, müssen zunächst die nationalen Rechtsmittel ausgeschöpft werden. Denn - leider - definiert der EGMR das Rechtssystem in der Türkei immer noch als ein „effektives und funktionierendes“ Rechtssystem. Das ist der Grund, warum wir die Anträge erst nach langer Zeit stellen können und warum die ungerechte Behandlung der inhaftierten JournalistInnen so lange andauert. Jeder weiß, dass

die Justiz in der Türkei unter der Kontrolle der politischen Macht steht, aber der EGMR spricht der türkischen Justiz immer noch Anerkennung aus.

Auch bei den von uns eingereichten Anträgen dauert es Jahre, bis die Entscheidungen ergehen. Der EGMR zeigt leider keinen schnellen Reflex bei inhaftierten Fällen. So wurde beispielsweise die Entscheidung über den Antrag von Ahmet Altan fast vier Jahre später verkündet, und in diesem Fall wird die Inhaftierung von Journalisten nun zur Folter. Bei vielen unserer Anträge sind Jahre vergangen, ohne dass eine Entscheidung getroffen wurde.

Diese Langsamkeit des EGMR führt dazu, dass die Rechtsverletzungen in diesem Land noch lange andauern. Trotz all seiner Unzulänglichkeiten spielt der EGMR für uns jedoch eine äußerst kritische und wichtige Rolle.

DIE JOURNALISTEN SOLLTEN IHRE ARBEIT TROTZ DER HINDERNISSE FORTSETZEN

Was schlagen Sie gegen die Rechtsverletzungen vor, denen JournalistInnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit in der Türkei ausgesetzt sind?

Zunächst einmal gibt es trotz aller Schikanen der Justiz in der Türkei unzählige Journalisten, die ihre Arbeit ohne Angst machen. Man muss ihnen die Anerkennung für diese Arbeit zollen.

Mein wichtigster Rat an Journalisten, die ihre Arbeit machen, ist, trotz aller Hindernisse weiterzumachen und ihre rechtlichen Einwände gegen jede Behinderung zu nutzen. Denn eines Tages wird natürlich das Recht in dieses Land zurückkehren, und diejenigen, die Unrecht begangen haben, werden strafrechtlich verfolgt werden. Daher können mit rechtlichen Einwänden und Anmerkungen langfristige Ergebnisse erzielt werden, auch wenn es kurzfristig keine Ergebnisse gibt.

Meine zweite wichtige Empfehlung ist die Forderung, dass Journalisten sich organisieren und gewerkschaftlich organisiert sein sollten. Eine organisierte Berufsgruppe ist stärker gegen antidemokratische Hindernisse. ■

JOURNALISTEN IN DER TÜRKEI LEIDEN SCHWER UNTER DER AUTORITÄT VON ERDOĞAN

Gulnoza Said, die Koordinatorin des Programms für Europa und Zentralasien des Committee to Protect Journalists (CPJ), betont, dass die Türkei für sie ein sehr wichtiges Land sei, aber die Mediengemeinschaft in der Türkei habe unter der Führung von Präsident Erdoğan sehr gelitten habe.



TÜRKMEN TERZİ

Können Sie das CPJ und seine Arbeitsweise vorstellen? Was sind die jüngsten Herausforderungen, denen sich das CPJ beim Schutz von Journalisten in Ihrer Region gegenüber sieht?

Das CPJ ist eine Organisation, die sich für die Pressefreiheit einsetzt und ihren Sitz in New York hat, wo die meisten unserer Mitarbeiter, darunter auch ich, arbeiten. Wir haben auch ein Büro in Washington, D. C., und Vertreter und Korrespondenten auf der ganzen Welt. Wie unser Name schon sagt, widmen wir uns dem Schutz von Journalisten weltweit. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre Rechte respektiert werden, dass sie frei und sicher berichten können, dass sie freigelassen werden, wenn sie inhaftiert sind, und dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt, wenn sie ermordet werden. Das ist der sichtbarste Teil unserer Arbeit. Weniger sichtbar, aber ebenso wichtig ist die Unterstützung, die wir Journalisten in Notsituationen gewähren. Wir helfen ihnen, ihren Anwalt zu bezahlen, wenn gegen sie ermittelt wird oder sie wegen ihrer Arbeit inhaftiert sind, wir bezahlen ihre Arztrechnungen, wenn sie sich im Dienst verletzt haben, z. B. bei der Berichterstattung über Proteste, die gewalttätig wurden; wir helfen den Familien von inhaftierten Journalisten, sie im Gefängnis zu besuchen; wir unterstützen Journalisten bei der vorübergehenden Umsiedlung, wenn sie ihre Heimatstadt oder ihr Heimatland verlassen müssen, weil ihre Sicherheit aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit

gefährdet ist. Außerdem bieten wir Journalisten psychologische Unterstützung an, wenn sie aufgrund ihrer Arbeit ein Trauma erlitten haben und eine Beratung benötigen.

Die jüngste und laufende Kampagne ist, wie Sie sich leicht vorstellen können, die Unterstützung afghanischer Journalisten innerhalb und außerhalb ihres Heimatlandes bei der Umsiedlung und Ansiedlung in sicheren Ländern.

Die Türkei ist für uns ein sehr wichtiges Land. Die Journalisten- und Mediengemeinschaft in der Türkei hat unter Präsident Erdoğan sehr gelitten. Wir haben einen Sonderbeauftragten mit Sitz in Istanbul, der sich ausschließlich der Berichterstattung über Verletzungen der Pressefreiheit im Land und der Unterstützung türkischer Journalisten sowie anderer Journalisten in der Türkei widmet – seien es Journalisten, die aus ihren Heimatländern, z. B. Syrien oder Iran, geflohen sind und sich derzeit in der Türkei aufhalten, oder in der Türkei ansässige Journalisten, die für ausländische Medienunternehmen arbeiten.

Das CPJ wird kritisiert, weil es viele inhaftierte Medienschaffende, darunter einige bekannte türkische Journalisten, nicht als Journalisten anerkennt. Könnten Sie bitte die Methode des CPJ erläutern, mit der beschrieben wird, wer Journalist ist und wer nicht, insbesondere im Zeitalter der sozialen Medien und des Bürgerjournalismus? Bezeichnen Sie nur Journalisten, die einen offi-

ziellen Presseausweis besitzen, als Journalisten? Aus der Datenbank des CPJ geht hervor, dass in der Türkei nur 37 Journalisten inhaftiert wurden, die tatsächliche Zahl ist jedoch viel höher. Wie erklären Sie sich diesen Unterschied?

Ihre Frage ist genau richtig. Die Zahlen des CPJ zu den inhaftierten Journalisten in der Türkei können von den Zahlen anderer Organisationen abweichen, da jede Organisation eine andere Methodik anwendet.

Ob ein Journalist einen offiziellen Presseausweis hat oder nicht, spielt für uns keine Rolle. Das CPJ hat das System der Presseausweise in der Türkei kritisiert und die türkische Regierung aufgefordert, das Verfahren zur Ausstellung von Presseausweisen zu überarbeiten, da die derzeitige Politik die Journalisten daran hindert, frei und sicher zu berichten.

Einmal im Jahr, im Dezember, veröffentlicht das CPJ seinen Jahresbericht über Journalisten, die weltweit als direkte Vergeltungsmaßnahme für ihre Arbeit inhaftiert wurden. Die Liste der Journalisten, die wir veröffentlichen, ist eine Momentaufnahme der Situation in den Gefängnissen auf der ganzen Welt um 12:01 Uhr am 1. Dezember, d. h. jeder, der zu diesem Zeitpunkt wegen seiner journalistischen Tätigkeit inhaftiert war, ist in der Liste enthalten. Im Abschnitt über die Methodik unserer Zählung 2020 heißt es: „Das CPJ definiert Journalisten als Personen, die über Nachrichten berichten oder öffentliche Angelegenheiten in allen Medien kommentieren, einschließlich Printmedien, Fotos, Radio, Fernsehen und Online. In seiner jährlichen Gefängniszählung erfasst das CPJ nur die Journalisten, die nachweislich im Zusammenhang mit ihrer Arbeit inhaftiert wurden.“

Lassen Sie mich versuchen, es noch deutlicher zu machen: Das CPJ nimmt einen Journalisten in die Gefangenenzählung auf, wenn er als direkte Vergeltungsmaßnahme für seine journalistische Tätigkeit hinter Gittern gelandet ist. Wenn wir in der Türkei oder in einem anderen Land – recherchieren, untersuchen wir alle verfügbaren juristischen Dokumente zu dem Fall und befragen Anwälte, Kollegen und/oder die Familie des Journalisten, dessen Fall wir recherchieren, bevor wir entscheiden, ob wir ihn in unsere Gefängniszählung aufnehmen oder nicht. Wenn die Inhaftierung eines Journalisten nicht mit seiner Arbeit zusammenhängt, nehmen wir den Fall nicht in die Zählung auf, auch wenn er von Beruf Journalist ist.

Wenn die CPJ-Mitarbeiter keine Dokumente, z. B. Anklageschriften, beschaffen oder nicht mit Anwälten oder Familienangehörigen sprechen können, können wir den Fall nicht in die Zählung aufnehmen. Wenn wir jedoch zu einem späteren Zeitpunkt Zugang zu einer der Quellen erhalten, die uns eine bessere Vorstellung davon vermitteln, warum ein Journalist im Gefängnis sitzt, korrigieren wir die vergangenen Zählungen rückwirkend.

Die Zahlen des CPJ sind möglicherweise auch deshalb niedriger als die einiger anderer Organisationen, weil wir Medienmitarbeiter, z. B. Zeitungsverteiler, Druckereimitarbeiter und Büroangestellte, nicht in die Zählung einbeziehen, obwohl wir wissen, dass ihre Arbeit wichtig ist. Das ist unsere Methodik. Wir verwenden in allen Ländern der Welt die gleichen Kriterien. In diesen Tagen bearbeite ich zum Beispiel auch die Fälle von Journalisten, die in Belarus inhaftiert sind. Wie Sie wissen, gibt es Dutzende von ihnen, die unter dem repressiven Regime von Prä-



sident Alexander Lukaschenko gelitten haben. Aber wenn ich mir die Liste der inhaftierten Mitarbeiter einiger Medienunternehmen ansehe, kann ich nicht umhin, einige Namen aus der Liste zu streichen, weil ihre Rolle bei dem Medienunternehmen nicht die eines Journalisten war, sondern sie z. B. in der Werbung oder im Finanzwesen tätig waren oder als Anwälte des Medienunternehmens arbeiteten. Es ist klar, dass ihre Inhaftierung, genau wie die Inhaftierung der Reporter des Medienunternehmens, das Medienunternehmen enthaupet hat. Aber wir werden sie nicht in die Liste aufnehmen, denn so funktioniert unsere Methodik.

In der Türkei wurden laut CPJ „mindestens 37 Journalisten als direkte Vergeltung für ihre Arbeit am 1. Dezember 2020 inhaftiert“. „Mindestens“ bedeutet, dass dies die Fälle sind, die wir bestätigen konnten – dass ein Journalist wegen seiner Arbeit inhaftiert wurde – und dass es möglicherweise mehr Fälle gibt, die uns nicht bekannt sind oder für die wir keine Bestätigung erhalten konnten.

Die Türkei ist als das Land gelistet, in dem Frauen am meisten belästigt werden. Was können Sie über weibliche Journalisten in der Türkei sagen?

Unabhängige Journalisten in der Türkei arbeiten unter schwierigen Bedingungen, aber Journalistinnen sind aufgrund ihres Geschlechts mit einer Reihe zusätzlicher Herausforderungen konfrontiert – Sexismus, Frauenfeindlichkeit und Belästigung, sowohl online als auch offline. Als ich 2019 in der Türkei war, bevor die Pandemie die Welt erschütterte, besuchte ich eine Redaktion, in der nur Frauen arbeiteten, und hörte mir die Geschichten über die Herausforderungen an, mit denen die Journalistinnen, insbesondere die Straßenreporterinnen, täglich konfrontiert sind. Während der Pandemie hatte ich Online-Meetings mit türkischen Journalisten. Ich erinnere mich, dass es einmal einen Zoom-Raum voller Frauen gab. Aus meinen Gesprächen mit Journalistinnen aus der Türkei weiß ich, dass türkische Frauen stark, einflussreich und unabhängig sind und bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen.

Vielleicht erinnern Sie sich an den Fall einer Journalistin, die in einem türkischen Gefängnis keine Hygieneartikel für Frauen bekam und während ihrer monatlichen Periode alles benutzen musste, was sie finden konnte. Doch dann verwendete sie ihr Menstruationsblut, um Kunst zu schaffen. Das zeigt, wie stark und einflussreich sie war. ►

Die am längsten inhaftierte Journalistin der Welt ist in der Türkei

Nach den Recherchen des CPJ ist Hatice Duman die am längsten inhaftierte Journalistin der Welt. Seit 2003 ist sie inhaftiert und verbüßt eine lebenslange Haftstrafe. In den letzten Monaten haben wir versucht, Informationen über ihre Situation und ihren Gesundheitszustand zu erhalten.



Journalistin Hatice Duman

► Da wir gerade über Journalistinnen sprechen, möchte ich Ihnen den Fall von Hatice Duman schildern. Nach den Recherchen des CPJ ist sie die am längsten inhaftierte Journalistin der Welt. Sie verbüßt seit 2003 eine lebenslange Haftstrafe. In den letzten Monaten haben wir versucht, Informationen über ihren Zustand und ihre Gesundheit zu erhalten. Wenn Ihre Leser uns etwas mitteilen können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Außerdem sollten Journalisten wie Sie und ich auf verschiedenen Veranstaltungen und Plattformen über ihren Fall berichten. Stellen Sie sich eine Frau vor, die wegen ihres Journalismus ins Gefängnis geworfen wurde, als sie in den 20ern war, und jetzt ist sie Ende 40, wenn ich mich nicht irre. Sie hat für ihre Freilassung gekämpft. Ende 2019 entschied das türkische Verfassungsgericht, dass ihr Recht auf ein faires Verfahren verletzt wurde und sie erneut vor Gericht gestellt werden sollte. Aber das ist nicht geschehen. Ich weiß nicht, warum. Die türkischen Behörden sagen es uns nicht, obwohl sie sie gar nicht erst hätten inhaftieren dürfen.

Die türkische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) lässt den Journalisten keinen Raum, um ihren Beruf frei auszuüben. Die AKP-Regierung nutzt die politisch motivierte Justiz, um kritische Berichte zu verhindern. Die der AKP nahestehenden paramilitärischen Gruppen schikanieren, foltern und schlagen kritische türkische Journalisten in der Türkei und auch in Europa. Die türkische Polizei schrei-

tet nicht gegen die Gewalt dieser Gruppen gegen die Journalisten ein. Was kann das CPJ tun, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben, damit sie die persönliche Sicherheit dieser Journalisten schützt und dafür sorgt, dass diese Journalisten ihre Arbeit ungehindert fortsetzen können?

Das CPJ hat sich seit Jahren gegen die Verschlechterung des Umfelds für die Pressefreiheit in der Türkei ausgesprochen, sogar schon vor dem Putschversuch von 2016, als die Behörden das harte Vorgehen gegen unabhängige Medien auf eine neue – brutale – Stufe stellten. Wir haben auch versucht, eine Art Dialog mit den Behörden zu führen, um sie aufzufordern, die Verletzung der Rechte von Journalisten zu beenden und eine größere Medienvielfalt zuzulassen. Das CPJ und mehrere andere Organisationen für Pressefreiheit werden im nächsten Monat eine gemeinsame Mission in die Türkei unternehmen, und wir wollen uns mit Regierungsvertretern treffen, um genau das zu besprechen. Es wird die dritte Medienvertretungsmission in die Türkei sein, die das CPJ zusammen mit anderen Organisationen in Folge durchführt.

Darüber hinaus wenden wir uns mit unseren Erklärungen und über die Plattform des Europarats für die Sicherheit von Journalisten, deren Mitglied das CPJ ist, öffentlich an die Behörden. Die Türkei ist eines der wenigen Mitglieder des Europarats, das nicht auf die Warnungen der Plattformmitglieder über Verletzungen der Pressefreiheit reagiert.

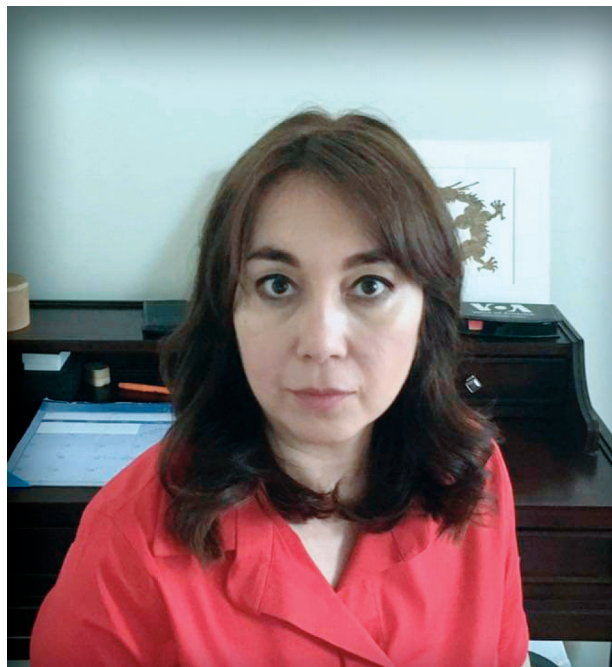
Zu unseren Bemühungen gehört auch

Lobbyarbeit auf internationaler Ebene – von Washington bis Brüssel –, um die Weltgemeinschaft auf die Probleme der Pressefreiheit in der Türkei aufmerksam zu machen.

Ich glaube, dass die Türkei ein starkes Land ist, das seine Probleme mit der Pressefreiheit überwinden und mit einer freien Medienatmosphäre, die ohne Angst vor Repressalien seitens der Behörden funktioniert, gedeihen kann. Ich möchte auch die Journalisten loben, die trotz aller Hindernisse noch in der Türkei arbeiten, und hoffe, dass sie weiterhin unabhängig berichten werden. Wir sind bereit, sie zu unterstützen und ihnen zu helfen, wann immer sie es brauchen.

Welche anderen Methoden hat die türkische Regierung neben der politischen Verfolgung angewandt, um kritische Medien zum Schweigen zu bringen? Wie ist die türkische Regierung im Vergleich zu anderen autokratischen Staaten in der Welt?

Unter der AKP-Regierung hat die Türkei die Medienvielfalt verloren, die sie einst hatte. Es gibt zwar noch einige mutige kritische Medien in der Türkei, die unschätzbare Arbeit leisten, aber es ist klar, dass heute viel weniger Nachrichten und Meinungen in den Medien frei geäußert werden als noch vor zehn Jahren. Das Fernsehen ist für die Menschen in der Türkei nach wie vor das wichtigste Medium, um Nachrichten zu empfangen, und die große Mehrheit der bestehenden Kanäle ist offen regierungsfreundlich. Einige der kritischen Medien in der Türkei wurden von regierungsnahen Akteuren aufgekauft, und viele wurden nach dem gescheiterten Putschversuch von 2016 per Regierungsdekret geschlossen. Dies führt dazu, dass in der heutigen Türkei die meisten kritischen Medien im Internet agieren und die wenigen verbliebenen kritischen Medien in Fernsehen, Radio und Printmedien unter ständigem Druck der Justiz stehen. In dieser Hinsicht ist die Erdogan-Regierung ein sehr typisches autoritäres Regime. Ihre Instrumente mögen sich in einigen Nuancen von denen der russischen, belarussischen oder chinesischen Behörden unterscheiden, aber



ihr Ziel ist das gleiche: kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und die Mediensphäre streng zu kontrollieren.

Wie kann das CPJ unabhängigen Journalisten, die im Exil im Ausland leben und von denen viele Flüchtlinge sind, einen Weg aufzeigen, wie sie sich an das Land, in dem sie leben, anpassen und wieder ihrer Arbeit nachgehen können?

Das ist eine sehr gute Frage, denn die Anpassung an eine neue Umgebung, nachdem man gezwungen wurde, sein Heimatland zu verlassen, ist kein einfacher oder schneller Prozess. Journalisten im Exil sind ein wichtiger Teil der Arbeit des CPJ. Das Emergency Response Team (ERT) des CPJ bietet schnelle Unterstützung für Journalisten, die dringend Hilfe benötigen, auch bei der Umsiedlung, wenn Journalisten um ihr Wohlergehen und ihr Leben fürchten. Das Team, das über unsere Website cpj.org kontaktiert werden kann, hat zum Beispiel unermüdlich daran gearbeitet, afghanischen Journalisten zu helfen, aus Afghanistan zu fliehen und sich in neuen Ländern niederzulassen. In den letzten Monaten haben mein Team und ERT auch vielen Journalisten aus verschiedenen Ländern – von der Türkei über Belarus und Aserbaidschan bis Kasachstan – geholfen, sich umzusiedeln und einen sicheren Hafen zu finden. ■

Die Regierung Erdoğan ist ein sehr typisches autoritäres Regime. Ihre Instrumente mögen sich in einigen Nuancen von denen russischer, weißrussischer oder chinesischer Behörden unterscheiden, aber ihr Zweck ist derselbe: kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und eine strenge Kontrolle über die Medien auszuüben."

Der Journalist Abdullah Bozkurt (links) wurde vor seinem Haus und Erk Acarer von 3 Personen im Garten seines Hauses in Berlin angegriffen.



Sind türkische Journalisten in Europa noch sicher?

Die Türkei ist das Land mit den meisten inhaftierten JournalistInnen der Welt. JournalistInnen werden nicht nur inhaftiert, um „zum Schweigen gebracht“ zu werden. Manchmal werden sie auch mit mafiösen Methoden geschlagen und bedroht. Es wird behauptet, dass es sogar eine Liste von „zu tötenden JournalistInnen“ gibt.

İSMAİL SAĞIROĞLU

Taut dem von der türkischen Journalistengewerkschaft im April 2021 veröffentlichten Bericht wurden in der Türkei im vergangenen Jahr 44 JournalistInnen körperlich angegriffen. Zehn dieser Angriffe wurden mit Waffen verübt. In Bursa tötete eine Person den 46-jährigen Radiomoderator Hazım Özsu, den er nach eigenen Angaben nicht mochte, indem er ihm mit einem Gewehr in die Brust schoss und sagte: „Ich werde jetzt seine Stimme zum Schweigen bringen.“ Der oppositionelle Journalist Levent Gültekin wurde mitten auf der Straße angegriffen, als er auf dem Weg zu einer Sendung von Halk TV war. Der Yeniçağ Ankara-Vertreter und Schriftsteller Orhan Uğuroğlu wurde vor seinem Haus von drei Personen mit Stöcken angegriffen.

ANGRIFFE AUF TÜRKISCHE JOURNALISTEN IN EUROPA

Angriffe auf JournalistInnen sind in der Türkei alltäglich geworden. Die Bedrohungen nehmen von Tag zu Tag zu. Die Drohungen und Angriffe sind jedoch nicht mehr auf die Türkei beschränkt. Der in Berlin lebende Kolumnist der Zeitung BirGün, Erk Acarer, wurde von drei Personen im Garten seines Hauses angegriffen. Die Angreifer konnten ihre Waffen nicht einsetzen, da die Gegend sehr belebt war. Sie benutzten jedoch Stöcke und brachten Acarer ins Krankenhaus. Einer der Angreifer schrie: „Du wirst nicht schreiben.“ In einer nach dem Angriff abgegebenen Erklärung wies Acarer darauf hin, dass der AKP-Abgeordnete Metin Külünk hinter den Vorfällen stecke, ohne jedoch einen Namen zu nennen. Külünk ist bekannt als „Erdoğan's Mann, der für die Türken in Deutschland zuständig ist.“ Es wurde behauptet, dass Külünk mit dem Geld, das er von der Mafia erhalten hat, in Europa lebende türkische Jugendliche organisiert und bewaffnet. Der Name von Metin Külünk wurde in den Ermittlungen der hessischen Polizei gegen die kriminelle Vereinigung Osmanen Germania häufig genannt. Die politische Dimension des Vorfalls konnte jedoch

nicht aufgedeckt werden, sowie wie diese Organisation finanziert wurde, welche Beziehungen sie zur AKP oder zur Regierung unterhielt oder ob sie von der Türkei aus geleitet wurde.

„WIR KRIEGEN SIE, AUCH WENN SIE IM AUSLAND SIND“

Der Chefredakteur von Nordic Monitor, Abdullah Bozkurt, der in Schweden lebt und in englischer Sprache über die Türkei berichtet, wurde tagsüber von drei Unbekannten im Alter von 20 bis 25 Jahren vor seinem Haus überfallen. Bozkurt, der nach den Schlägen blut überströmt war, wurde in ein Krankenhaus gebracht und behandelt. Bozkurt wies auf den türkischen Geheimdienst MIT als Urheber des Angriffs hin: „Selbst wenn du im Ausland bist, werden wir dich kriegen, unsere langen Arme werden dich überall finden.“ Diese Botschaft sei überbracht worden.

Bozkurt erzählte unserem Magazin von dem Vorfall: „Es wurde erwartet, dass ich mein Haus verlasse. Kaum war ich draußen, wurde ich von hinten angegriffen. Es war ein geplanter Angriff. Ich vermutete, dass die Angreifer türkischer Herkunft sind. Leute, die ich nicht kenne, die ich noch nie gesehen habe. Sie schlugen auf mich ein und ich fiel zu Boden. Die polizeilichen Ermittlungen zu diesem Vorfall dauern an. Sie haben mir auch keine Einzelheiten mitgeteilt. Ich weiß nicht, wann die Klage eingereicht werden wird. Nach dem Vorfall habe ich meine eigenen Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Polizei hat auch einige Vorschläge gemacht. Ich war nicht persönlich erschüttert, aber meine Familie schon. Meine Frau und meine Kinder waren psychisch erschüttert. Aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen mussten sie in einer eingeschränkten Umgebung leben. Unsere Freiheit wurde eingeschränkt.“

WER STECKT HINTER DEN EREIGNISSEN?

Erdoğan und seine Unterstützer, ihre Verbündeten. Ich denke, sie haben einen solchen Anschlag verübt, um über ihre Nebenstellen in Schweden Oppositionelle einzuschüchtern. Sie gaben die Botschaft: „Schreibt nicht, seid vorsichtig, was ihr schreibt.“

Auf einer Kundgebung hielt Erdoğan eine Rede, in der er in Bezug auf die Dissidenten betonte: „In Europa gibt es keinen Trost für sie.“ Eine ähnliche Situation haben wir nach der iranischen Revolution erlebt. Die Dissidenten, die nach der iranischen Revolution ins Ausland gehen mussten, wurden ermordet, entführt, terrorisiert und bedroht. Derzeit verhält sich die türkische Regierung wie ein postrevolutionärer Iran. Er wendet deren Methoden und Taktiken an. Die New York Times schrieb in ihrem Leitartikel, dass Erdoğan der einzige Führer ist, der offen mit seinen illegalen Entführungen prahlt. Wir haben es mit einem Regime zu tun, das stolz auf Taten ist, die internationale Verantwortung mit sich bringen, und das illegale Handlungen sogar billigt. Kein anderes Land hat solche Taten so offen begangen. Es ist also mit allem zu rechnen.“

TODESLISTE!

Die Ereignisse beschränken sich nicht nur auf Angriffe auf Journalisten. Es gibt zwei „Hinrichtungslisten“, auf denen 43 Personen und 21 Personen, die sich gegen die Regierung stellen, aufgeführt sind; auf diesen Listen finden sich Namen von in Europa lebenden regimiekritischen JournalistInnen, KünstlerInnen, Intellektuellen und SchriftstellerInnen. Die Künstlerin Hilal Nesin, die Morddrohungen erhalten hat, gab bekannt, dass die französische Polizei nach einem sicheren Unterschlupf für sie sucht. Die in der Türkei geschaffene Atmosphäre der Angst breitet sich allmählich in ganz Europa aus. Diejenigen, die diese Listen veröffentlichen und Oppositionelle bedrohen, verwenden die Codenamen der Killer, die der tiefe Staat in der Vergangenheit eingesetzt hat. Einer davon: Mahmut Yıldırım, Codename „Green“. Mahmut Yıldırım ist eine Person, die zahlreicher ungeklärter Morde beschuldigt wird und auf mysteriöse Weise verschwunden ist, ohne dass jemand etwas von ihm gehört hat. Von dem Konto „jitemkurt“ werden Drohbotschaften unter dem Namen der Gendarmerie-Nachrichtenorganisation JITEM verschickt, die angeblich mit Yıldırım verbunden ist. Der Name JITEM steht im Gedächtnis des kurdischen Volkes für „Tod“. Durch die Verwendung dieser Namen versuchen sie, Angst zu verbreiten und die Dissidenten „zum Schweigen zu bringen“.

Im Jahr 2007 wurde der Journalist Hrant Dink, Chefredakteur der Zeitung Agos, auf offener Straße erschossen, nachdem er ähnliche Morddrohungen erhalten hatte. Der Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Uğur Mumcu, der 1993 ähnliche Drohungen erhielt, wurde getötet, als eine Bombe in seinem Auto platziert wurde. Wenn die Angriffe und Drohungen gegen Journalisten in Europa jetzt nicht verhindert werden, wenn nicht die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, werden Attentate der nächste Schritt sein.



JOURNALIST TARK TOROS:

Diejenigen, die die Angriffe durchführen, sind die Regimekräfte des türkischen Staates

Der Journalist Tark Toros lebt aufgrund der Ermittlungen gegen Dissidenten in der Türkei seit fast 5 Jahren in London. Toros' Name steht auf der Liste der „zu tötenden Namen“, die im Internet kursiert. Ein Journalist, der unter ständiger Bedrohung leben muss. Wir haben ihm Fragen dazu gestellt.

Wie erhalten Sie Drohbotschaften?

Seit 2013 werde ich vor allem in sozialen Netzwerken mit anonymen/offenen Konten massiv bedroht. Tod, Schläge, Freiheitsberaubung, all das gibt es. Während der Zeit, in der ich in der Türkei lebte (2013-2016), gab es einige Belästigungen oder Warnungen auf der Straße/im Cafe, aber das waren relativ wenige. Seit 2016 erhalte ich fast täglich Hunderte von Drohbotschaften, einige davon melde ich den Account-Managern, einige blockiere ich, es ist nicht möglich, sie auf Null zu stellen, weil der Sumpf da steht.

Weiß die Polizei in Ihrem Ort von den Drohungen gegen Sie? Haben sie eine Warnung ausgesprochen?

Ich lebe seit dem 10. März 2016 im Vereinigten Königreich. Ich hatte in dieser Angelegenheit weder direkt noch indirekt Kontakt mit einer Sicherheitseinrichtung. Ich weiß nicht, ob sie Nachrichten haben, ich habe auch nicht nachgefragt. Denn ich war keiner physischen Bedrohung ausgesetzt. Einige Journalisten wurden angegriffen, zuletzt in Wales. Von dort habe ich erfahren, dass die britische Polizei über gefährdete Journalisten Bescheid weiß. Sicherlich kennen sie auch mich. Denn wir wissen, dass die fraglichen Hinrichtungslisten von den Geheimdiensten Englands, der Niederlande und Deutschlands ausgewertet wurden.

Welche Vorkehrungen haben Sie gegen die Möglichkeit eines Anschlags getroffen?

Ich gehe nicht auf die Straße und reise nur, wenn es nötig ist, weder in der Türkei noch hier. Ich habe keine Waffe, keinen Schutz. Es ist nie etwas passiert. Ich gehe nicht an verlassen, verwunschenen Orten ein und aus. Das soziale Umfeld, in dem wir uns als Familie bewegen, ist ebenfalls sehr begrenzt. Abgesehen davon: Egal, welche Vorsichtsmaßnahmen man trifft, jemand, der einem Schaden zufügen will, wird auf jeden Fall einen Weg finden, dies zu tun. Was können wir über unsere persönlichen Vorsichtsmaßnahmen hinaus tun?

Wer oder was steckt Ihrer Meinung nach hinter diesen Drohungen? Was sind ihre Ziele?

Darüber habe ich keine Informationen. Wie jeder andere verfolge ich die einschlägigen Veröffentlichungen so genau wie möglich. Wenn ich meine Gefühle mit Informationen auswerte und analysiere, komme ich natürlich zu folgendem Schluss: Die Regimekräfte des türkischen Staates. Gruppen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, im internen Machtkampf „reinen Tisch“ zu machen. Attentats- oder Hinrichtungskommandos mit geheimdienstlichen und militärischen Verbindungen ... In meinem Ranking gehören die AKP und das Erdoğan-Regime nicht zu den Top 3 weltweit.

Sie fluchen nur auf Twitter. In einer digital globalisierten Welt wird es immer Menschen geben, die daran denken, diejenigen zu eliminieren, die sie stören, weil sie es nicht geschafft haben, sie zu diskreditieren.

Die Journalistin Meltem Oktay sprach vor dem Türkei-Tribunal in Genf über den Druck und die Schikanen, denen sie in der Türkei ausgesetzt war.



JournalistInnen berichten in Genf über den Druck auf die Medien

Oktay: Ich wurde zweimal einer Leibesvisitation unterzogen



HASAN CÜCÜK

Nach dem Korruptionsskandal vom 17./25. Dezember wurde die Atmosphäre in der Türkei für die Medienvertreter, die von der „Putsch, nicht Korruption“-Rhetorik des damaligen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan nicht überzeugt waren, immer düsterer. Die oppositionelle Presse wurde Schritt für Schritt zum Schweigen gebracht. Dutzende von Medienunternehmen wurden geschlossen. Die Türkei wurde nach China zum Land mit den meisten inhaftierten JournalistInnen der Welt.

Mit dem letztes Jahr in Belgien gegründeten Türkei-Tribunal, dem ehemalige RichterInnen des EGMR und auf Menschenrechte spezialisierte ProfessorInnen angehören, wurde ein Volksgerichtshof geschaffen, der über die Gesetzlosigkeit des Erdogan-Regimes urteilt. Die Rechtswidrigkeit und die Folterungen vor und nach dem 15. Juli wurden der internationalen Gemeinschaft zum ersten Mal vor Augen geführt. Die Medienfreiheit wurde in der 3. Sitzung des Türkei-Tribunals diskutiert. Meltem Oktay und Cevheri Güven sprachen vor dem Gericht über den Druck, der auf JournalistInnen ausgeübt wird, und welches zum ersten Mal vom 20. bis 24. September in Genf tagte.

EIN AUTORITÄRES SYSTEM

Dem Tribunal wurde ein Bericht von Philippe Leruth, dem ehemaligen Präsidenten der Internationalen Journalisten-Föderation, vorgelegt. Leruths Bericht wies darauf hin, dass die Türkei ein Land ist, in dem die Presse- und Meinungsfreiheit derzeit nicht gewährleistet ist: „Die Standards einer funktionierenden Demokratie werden nicht eingehalten. Eine funktionierende Demokratie ist ohne eine effektiv garantierte Pressefreiheit unmöglich.“

„Bestenfalls können wir die Türkei als ein ‚wettbewerbsfähiges autoritäres System‘ betrachten, nicht als eine Demokratie“, so Leruth. In seinem Vortrag vor dem Gerichtshof betonte er, dass der Putschversuch vom 15. Juli 2016 und der am 20. Juli 2016 verhängte Ausnahmezustand zu einer verstärkten Druckkampagne auf Journalisten geführt haben.

HELFE SIE UNS, RETTEN SIE IHRE EIGENE ZUKUNFT

Meltem Oktay, die für die in Diyarbakır ansässige Dicle News Agency arbeitet und sich zunächst als Kurdin und Alevitin bezeichnete, war die erste Zeugin im Zeugenstand. Oktay, die während der Ausgangssperren im Jahr 2015 als Journalistin in Nusaybin gearbeitet hat, hat in dieser Zeit viel durchgemacht. Sie wurde wegen „terroristischer Propaganda“ für die von ihr verfassten Nachrichten zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Journalistin Oktay gab an, dass 15 Spezialeinheiten der Polizei am 29. Tag der Ausgangssperre eine Razzia in ihrem Haus durchführten, während sie in Nusaybin im Dienst war, und sie wurde festgenommen. Meltem Oktay berichtete, dass sie auf dem Polizeirevier von einer Polizistin zweimal einer Leibesvisitation unterzogen wurde: „Sie brachten mich zu einer informellen Befragung auf die Polizeiwache. Sie boten mir indirekt an, zu spionieren, denn ‚du bist jung, du hast eine Familie, komm und hilf



**JOURNALIST
CEVHERİ
GÜVEN:**

Ich stehe auf der Hinrichtungsliste

uns, rette deine eigene Zukunft‘ Als sie das ablehnte, brachten sie sie in die Haftanstalt“, sagte sie.

„Die Nachricht, die ich in der Haft geschickt habe, hat mir das Leben gerettet. Meine Agentur hat darüber berichtet. Ein Polizeibeamter in der Haft sagte mir: ‚Beten Sie, dass über Sie in der Presse berichtet wurde, sonst können Sie sich gar nicht vorstellen, was mit Ihnen passiert wäre.‘“

Obwohl sie vor Gericht erklärte, dass sie Journalistin ist und mit jedem spricht, wurde sie bestraft, weil sie Mitglied einer Organisation ist und Propaganda für die Organisation macht. Die von Oktay aufgenommenen Bilder und Fotos wurden als Beweismittel gegen sie verwendet, weil sie die Militäroperation „entschlüsselt“ hatte. Von den 9 Personen, die über sie ausgesagt haben, haben 8 ihre Aussage zurückgezogen, da sie nach eigenen Angaben unter Folter ausgesagt haben. Sie wurde nach 4 Monaten Haft nur aufgrund der Aussage eines MIT-Agenten aus der Untersuchungshaft entlassen.

IN BULGARIEN WURDE ICH GESCHLAGEN UND ZURÜCKGESCHICKT

Oktay fügte hinzu, dass es in der Türkei nicht mehr möglich sei, Journalismus zu betreiben, und sie beschloss, ins Ausland zu gehen, um nicht erneut ins Gefängnis zu kommen:

„Wir wurden in Bulgarien verprügelt, unsere Sachen wurden beschlagnahmt und wir wurden inoffiziell in die Türkei abgeschoben. In der Türkei wurde ich erneut vor Gericht gestellt und ins Gefängnis von Edirne gebracht. Ich wurde einen Monat vor Ablauf meiner Strafe entlassen. Mit dem Risiko, erneut bestraft zu werden, beschloss ich, ins Ausland zu gehen. Im Januar 2020 reiste ich illegal nach Griechenland. Ich habe 4 Länder zu Fuß durchquert und in der Schweiz Asyl beantragt, weil ich dachte, dass Griechenland nicht sicher für mich ist.“

VERÖFFENTLICHTES COVER HAT GESTÖRT

Die zweite Person, die als Zeuge vernommen wurde, war der Journalist Cevheri Güven, ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift Nokta. Güven wurde 2013 von der Zeitung, für die er arbeitete, gefeuert, weil er über die Korruption berichtet hatte, in die der damalige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Partei verwickelt waren.

Güven begann mit der Herausgabe des Magazins Nokta, das aufgrund des Drucks der Soldaten nicht veröffentlicht werden konnte. Ende 2015 veröffentlichte die Zeitschrift Nokta ein Titel-

bild, das ein mit Photoshop bearbeitetes Bild von Erdoğan zeigte, der ein Selfie vor dem Sarg eines türkischen Soldaten machte, als Hinweis auf Erdoğan's Bemühungen, die Zusammenstöße zwischen der Armee und militanten Kurden politisch auszunutzen. Die Zeitschrift wurde von der Polizei gestürmt. Anzeigenkunden wurden bedroht, und es wurden Klagen eingereicht.

ÜBER 60 JAHRE STRAFE

Cevheri Güven, der im November 2015 verhaftet wurde, verbrachte zwei Monate in Isolationshaft im Silivri-Gefängnis, dem neuen Ort für JournalistInnen. Der erfahrene Journalist betonte, dass die Polizei auf dem Weg dorthin Erdoğan's Wahlkampfhymne spielte, um ihn dazu zu zwingen, sich das vom Gericht bis ins Gefängnis anzuhören und sagte, dass er zwei Monate später vom Gericht freigelassen wurde, aber der Druck auf das Magazin weiter ging. Güven beschrieb den Vorgang wie folgt:

„Unsere Zeitschrift wurde nach dem Putschversuch geschlossen. Gegen mich und meinen Assistenten Murat Çapan wurde ein Haftbefehl erlassen. Aus Angst vor Folter setzten wir mit meiner Familie in einem Flüchtlingsboot nach Griechenland über und riskierten dabei unser Leben. Murat Çapan wurde jedoch gefasst. Der Staatsanwalt und die Geschworenen wurden ausgetauscht. Er wurde zu 22,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Çapan ist seit mehr als 5 Jahren im Gefängnis. Gegen mich sind derzeit mehr als 60 Jahre Haft angesetzt.“

MEIN NAME STEHT AUF DER TODESLISTE

Güven schilderte den tragikomischen Vorfall, den er während des Prozesses erlebte, wie folgt: „Als ich den Staatsanwalt fragte: ‚Sie beschuldigen mich, Propaganda für eine terroristische Organisation zu machen. Welche terroristische Organisation? Ich werde mich dementsprechend verteidigen‘, sagte er: ‚Ich bin derjenige, der vor Gericht die Fragen stellt‘ Sechs Monate lang konnten wir nicht herausfinden, welcher terroristischen Organisation wir angeklagt waren. Dann beschuldigte man uns der Propaganda für die terroristische Organisation PKK. Eine zweite Klage wurde eingereicht. In diesem Fall wurden schwere Anschuldigungen erhoben, wie der Umsturz der Republik Türkei und der Versuch, einen bewaffneten Aufstand anzuzetteln.“

Cevheri Güven erklärte, dass sein Name auf der Exekutionsliste von 21 Personen stehe, darunter in Europa lebende JournalistInnen und AkademikerInnen, und dass seine Familie in der Türkei unter Druck gesetzt worden sei. ■

ÜBER JOURNALISTEN-FREIHEIT SOLLTE NICHT VERHANDELT WERDEN MIT TAYYIP ERDOĞAN

Die neue Regierung in Deutschland sollte Druck auf den NATO-Partner Türkei ausüben, unsere inhaftierten Kollegen freizulassen. Dieses Thema ist mit Erdoğan nicht verhandelbar, es ist keine Frage des Feilschens. In der Türkei herrscht ein Willkürregime, das kritischen Journalismus, Pressefreiheit und Menschenrechte vernichtet und systematisch unterdrückt.

ERKAN PEHLIVAN

Pressefreiheit bleibt weiterhin ein wichtiges Thema. Auch in Europa gibt es weiterhin Druck auf Journalisten. Wie beurteilen Sie die Lage in Belarus?

Wir machen uns große Sorgen um unsere Kolleg*innen in Belarus. Seit dem Beginn der Massenproteste wurden nach Angaben der belarussischen Journalistengewerkschaft BAJ mehrere Hundert Medienschaffende festgenommen, viele von ihnen wurden auch Opfer staatlicher Gewalt. Selbst vor Folter schreckt das Regime nicht zurück. Belarus ist nach der Türkei das zweite große „Journalistengefängnis“ in Europa. Besonders deprimierend ist, dass wir den Betroffenen nur unzureichend Hilfe leisten können, weil das Lukaschenko-Regime auf jede Form direkter Unterstützung mit weiteren Repressalien reagiert.

Auch in Ungarn sieht es nicht gut aus. Dort sind die klassischen Medien Print, Radio und Fernsehen überwiegend in Regierungshand. Das Land ist Mitglied der EU. Was erwarten Sie von Brüssel?

ten Sie von Brüssel?

Die EU ist ja nicht nur ein Wirtschaftsraum, sondern eine Wertegemeinschaft. Unsere Erwartung ist deshalb, dass die EU die Regierung Orban mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zwingt, rechtsstaatliche Prinzipien einzuhalten. Dazu gehört natürlich auch die Pressefreiheit. Wir brauchen in der EU endlich wirksame Werkzeuge gegen die Aushöhlung der Medienfreiheit – nicht nur in Ungarn.

Auch in Deutschland gibt es vermehrt Angriffe auf Journalist:innen. Immer wieder gibt es bei Demonstrationen der sog. Querdenker Angriffe auf Kolleg:innen. Wie beurteilen Sie diese Übergriffe und was wünschen Sie sich vom Staat?

Diese Übergriffe sind nicht hinnehmbar. Vor wenigen Wochen erst wurde unsere Berliner dju-Geschäftsführer Jörg Reichel am Rande einer „Querdenker“-Demo ange-



griffen und krankenhausreif geprügelt. Es gibt inzwischen Sender, die ihre Teams nur noch mit Personenschutz zu Demonstrationen von sogenannten Querdenkern, Rechtspopulisten und Faschisten schicken. Das ist zwar sehr anerkennenswert, kann aber keine Lösung sein. Journalist:innen müssen bei ihrer Arbeit von den dafür Zuständigen geschützt werden – von der Polizei und notfalls von den Gerichten. Wir wünschen uns, dass auch die polizeilichen Einsatzkräfte und ihre Vorgesetzten Pressefreiheit als ein unverzichtbares Gut anerkennen und helfen, dieses Grundrecht durchzusetzen. Leider erleben wir immer wieder, dass Polizist:innen Medienschaffende bei Demonstrationen als Störfaktor wahrnehmen und nicht als Menschen, die eine für unsere Gesellschaft fundamentale Arbeit leisten. Unser Eindruck ist, dass bundesweit bei der Polizei ein erheblicher Nachholbedarf in Sachen Pressefreiheit besteht. Dieses wichtige Thema muss mehr Raum bei der polizeilichen Ausbildung einnehmen. Wir stehen da als größte europäische Mediengewerkschaft gern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Vier Journalisten haben unterstützt von der Deutschen

Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di eine Klage gegen den Freistaat Bayern beim Verwaltungsgericht München eingereicht. Diese waren auf dem Gelände der Internationalen Automobilausstellung (IAA) von Polizeibeamten angehalten und kontrolliert worden, trotz Hinweisen auf eine bereits am Eingang erfolgte Kontrolle und ihre ordnungsgemäße Akkreditierung sowie des Vorzeigens ihrer Presseausweise wurden sie in Gewahrsam genommen. Einzelfall? Wie bewerten Sie das?

Bedauerlicherweise sind die Vorfälle rund um die IAA kein Einzelfall. Immer häufiger müssen wir als dju in ver.di Journalistinnen und Journalisten dabei unterstützen, deutsche Behörden gerichtlich zu zwingen, sich an rechtsstaatliche Grundsätze zu halten und das Grundrecht der Pressefreiheit zu achten. Dass Kolleg:innen an der Berichterstattung gehindert wurden, haben wir beim G20-Gipfel in Hamburg 2017 ebenso erlebt wie bei den Protesten am Hambacher Forst in NRW. Erst im Juni dieses Jahres ist es bei einer Demonstration gegen das geplante NRW-Versammlungsgesetz in Düsseldorf sogar zu gewalttätigen Übergriffen von Polizisten auf Journalist:innen gekommen. Das ist nicht hinnehmbar.

Derzeit scheint das Sorgenkind Afghanistan zu sein. Viele Kolleg:innen sind weiterhin im Land und schaffen es nicht heraus. Die Taliban haben viele von ihnen verhaftet. Was erwarten Sie von der Bundesregierung und Staatengemeinschaft?

Die Rettung der afghanischen Medien- und Kulturschaffenden hat derzeit absolute Priorität, wird von der Bundesregierung aber nicht mit dieser gebotenen Dringlichkeit vorangetrieben. Unsere Kolleg:innen und Kollegen schweben in akuter Gefahr für Gesundheit und Leben und die Sicherheitslage verschlechtert sich stetig. Deutschland und die anderen demokratischen Staaten der internationalen Gemeinschaft müssen alles in ihrer Macht stehende tun, um die gefährdeten Menschen sowie ihre Angehörigen aus Afghanistan herauszuholen und ihnen eine sichere Aufnahmeperspektive zu bieten.

Auch die Türkei bleibt weiterhin ein gefährliches Land für Journalist:innen. 300 Kolleg:innen sind nach dem Putschversuch ins Ausland geflüchtet, ca. 100 Medienschaffende sind weiterhin im Gefängnis und die Bundesregierung scheint tatenlos zuzusehen. Was erwarten Sie von einer zukünftigen Bundesregierung?

Unsere Erwartungen an die künftige Bundesregierung sind die gleichen wie an die derzeitige: Sie muss ihren Einfluss auf den Nato-Partner Türkei nutzen, um zu erreichen, dass unsere Kolleg:innen freigelassen werden. Es darf keine Deals und faulen Kompromisse mit Staatspräsident Erdoğan geben. Die Türkei ist ein Willkürregime, in dem kritischer Journalismus kriminalisiert und Menschenrechte wie die Pressefreiheit systematisch unterdrückt werden. Wenn die Bundesregierung es mit ihren proklamierten Werten ernst meint, dann darf es an einen solchen Staat keine Zugeständnisse geben. ■

FÜR JOURNALISTEN IST DAS ÜBERLEBEN GENAUSO SO WICHTIG WIE NACHRICHTEN

Journalismus wird jeden Tag zu einem noch gefährlicheren Beruf. In den letzten 18 Monaten wurden weltweit mindestens 50 Medienvertreter aufgrund ihres Berufes getötet. Die Akten, an denen die meisten der ermordeten Journalisten arbeiteten, waren Korruption, organisierte Kriminalität oder Umweltmassaker ...



ENGİN SAĞ

Journalismus, der von Natur aus ein schwieriger Beruf ist, wird von Tag zu Tag gefährlicher. Die Morde an Journalisten nehmen weltweit spürbar zu. Im Jahr 2020 und in den ersten 6 Monaten des Jahres 2021 wurden weltweit mindestens 50 Medienvertreter wegen ihres Berufes getötet.

Viele der ermordeten Journalisten wurden gezielt für Recherchen zu Themen wie Korruption, organisierte Kriminalität oder Umweltschäden eingesetzt. Darüber hinaus starben mehr als zwei Drittel der getöteten Journalisten außerhalb der Konfliktzonen.

Das schrecklichste Ereignis für Journalisten fand in den letzten Tagen des Jahres 2020 statt.

OPPOSITIONELLER JOURNALIST IM IRAN HINGERICHTET

Der regimekritische Journalist Ruhollah Zem, der 2017/18 der Anstiftung zu regierungsfeindlichen Demonstrationen beschuldigt wurde, wurde am 12. Dezember 2020 im Iran hingerichtet. Die Vollstreckung der Todesstrafe, bei der zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Pressevertreter verurteilt wurde, sorgte weltweit für großen Protest.

Es wurde registriert, dass in den ersten 6 Monaten des

Jahres 2021 insgesamt 18 Journalisten getötet wurden.

Am 19. Februar 2021 wurde Borhan Uddin Muzakir, Korrespondent der Nachrichtenportals Barta Bazar und der Zeitung Samachar aus Bangladesch, in den Hals geschossen, als er Straßenkämpfe zwischen zwei Fraktionen der regierenden Awami-Liga-Partei im Bezirk Companiganj beobachtete.

Am 8. August 2021 wurde Chennakeshavalu, ein Journalist des lokalen Nachrichtensenders EV5-TV, in Kurnool, Indien, von einem Polizisten und seinem Bruder erstochen. Nach Angaben der Polizei hatte der Journalist einen Bericht veröffentlicht, in dem er dem mutmaßlichen Mörder die Beteiligung an illegalen Glücksspielen und Tabakverkäufen vorwarf. Augenzeugen brachten den verletzten und verstorbenen Journalisten ins Krankenhaus. Die mutmaßlichen Mörder wurden festgenommen.

Am 16. Juli 2021 wurde bekannt, dass der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Fotojournalist Danish Siddiqui der Nachrichtenagentur Reuters bei einem Zusammenstoß zwischen Taliban-Soldaten und Sicherheitskräften in der afghanischen Provinz Kandahar getötet wurde. Der indische Journalist hat mit seinem Objektiv viele Ereignisse festgehalten und mit der Welt geteilt, insbesondere die Kriege in



Afghanistan und im Irak, die Rohingya-Flüchtlingskrise, die Proteste in Hongkong und die Erdbeben in Nepal.

Am 26. April 2021 wurde David Beriain, Multimedia-Direktor der in Spanien ansässigen 93 Metros, zusammen mit dem spanischen Journalisten und Kameramann Roberto Fraile von unbekannten Angreifern in Burkina Faso entführt.

Beriain und Fraile wurden ermordet aufgefunden. Beide Journalisten drehten einen Dokumentarfilm über das Leben in der wilden Natur.

Am 4. Juni 2021 kamen der aserbaidjanische staatliche Nachrichtenagentur AzerTag-Reporter Muharrem Ibrahimov und der aserbaidjanische Staatsfernsehen AzTV-Kameramann Siraj Abishov ums Leben, als sie im aserbaidjanischen Bezirk Kelbajar in der Nähe von Berg-Karabach auf eine Mine traten.

Lokman Slim wurde am 3. Februar 2021 im Libanon getötet

Jamal Farah Adan wurde am 1. März 2021 in Somalia getötet

Sisay Fida wurde am 9. Mai 2021 in Äthiopien getötet

Am 3. Juni 2021 wurde Mina Khairi in Afghanistan getötet

Am 13. Juni 2021 wurde Sulabh Srivastava in Indien getötet

Gustavo Sánchez Cabrera wurde am 17. Juni 2021 in Mexiko getötet

Am 22. Juli 2021 wurde Renante Cortes auf den Philippinen getötet

Am 22. Juli 2021 wurde Ricardo Domínguez in Mexiko getötet

Manish Kumar Singh wurde am 8. August 2021 in Indien getötet

Am 13. August 2021 wurde Joël Mumbere Musavuli in der Demokratischen Republik Kongo getötet

Jacinto Romero Flores wurde am 19. August 2021 in Mexiko getötet

EIN LEIDVOLLES JAHR

Die gefährlichsten Länder für Journalisten im Jahr 2020

waren Mexiko, der Irak, Afghanistan, Indien und Pakistan. Acht Journalisten wurden 2020 in Mexiko getötet, wo acht bis elf Journalisten aufgrund ihrer Berichterstattung seit 2015 pro Jahr ihr Leben verloren haben. Die Recherche der Beziehungen zwischen Drogenkartellen und Politik ist für mexikanische Journalisten besonders gefährlich.

Im Jahr 2020 verloren sechs Journalisten ihr Leben, als sie versuchten, im Irak zu berichten. Fünf Journalisten wurden in Afghanistan getötet, die Täter der Morde konnten nicht gefunden werden. Vier Journalisten, die in Indien zu Korruption und Drogenhandel berichten wollten, wurden ermordet. In Pakistan wurden vier Journalisten getötet, die über den Drogenhandel berichteten.

Zudem starb 2020 und 2021 ein Journalist an Covid 19. Weltweit soll diese Zahl über 600 liegen. Experten betonen jedoch, dass es schwierig ist festzustellen, wie viele dieser Journalisten sich bei ihrer Arbeit infiziert haben.

HIER SIND EINIGE DER JOURNALISTEN, DIE IM JAHR 2020 GETÖTET WURDEN

Abdiwali Ali Hassan wurde am 16. Februar 2020 in Somalia getötet

Abdul Nasser Haji Hamdan wurde am 20. Februar 2020 in Syrien getötet

Am 10.01.2020 wurde Ahmed Abdul Samad im Irak getötet

Am 4. Februar 2020 wurde Amjad Anas Aktalati in Syrien getötet

Am 22. Juni 2020 wurde Christoff Griffith auf Barbados getötet

Am 12. November 2020 wurde Elyas Dayee in Afghanistan getötet

Am 1. Juli 2020 wurde der German Vallecillo Jr. in Honduras getötet

Am 12. Dezember 2020 wurde Hussein Khattab in Syrien getötet. ■

Quelle: Die Angaben wurden aus den Berichten von Reporter ohne Grenzen (RSF) und vom Komitee für den Schutz der Journalisten (CPJ) entnommen.



SHABNAM DAWRAN AFGHANISCHE TV-SPRECHERIN

Leider sind wir weit entfernt von Frieden

Die Geräusche der Kampfjets klingen noch immer in meinen Ohren. Meine Schwester und ich konnten vor lauter Angst bis zum Morgen nicht schlafen. In den ersten Morgenstunden sammelten wir die Patronenhülsen aus dem Garten des Hauses und verkauften sie an Schmiede. Wir freuten uns über die Patronenhülsen, denn wir wussten nicht, wie viele Leben diese Hülsen gekostet hatten ...

Wenn ein Kind auf die Welt kommt, egal ob es ein Mädchen oder ein Junge ist, steht es unter dem Einfluss der Familie und der Gesellschaft.

In einem Land, in dem man bei der Erwähnung Afghanistans zuerst an Krieg und Opfer denkt, hat mein Vater seine Hochschulausbildung im militärischen Bereich abgeschlossen und dem Land als Pilot in der Armee gedient.

Ich erinnere mich noch gut an meine Kindertage, als Hamid Karsai Chef der Übergangsregierung wurde und die Spuren der Taliban beseitigt wurden. Die Geräusche der Kampfjets klingen noch immer in meinen Ohren. Meine Schwester und ich konnten vor lauter Angst bis zum Morgen nicht schlafen. In den ersten Morgenstunden sammelten wir die Patronenhülsen auf, die in den Garten des Hauses fielen, und verkauften sie an Schmiede. Und mit dem Geld, das wir verdienten, kauften wir uns Fastfood. Wir freuten uns über die Patronenhülsen, denn wir wussten nicht, wie viele Leben diese Hülsen gekostet haben ...

Mein Vater, der schon lange im Dienst war, kam eines Tages blutüberströmt nach Hause. Während des Einsatzes hatte ihn eine Kugel in den Fuß getroffen. Da wir klein waren, kümmerte uns die Wunde meines Vaters nicht, wir freuten uns nur über die Geschenke, die er mitbrachte.

Wir sind vier Schwestern. Wir durften nie nach draußen gehen. In unserer Stadt gab es keine Mädchenschule. Als meine jüngste Schwester geboren wurde, zogen wir in eine andere Stadt. In der Nachbarschaft unseres neuen Hauses gab es eine Schule, ein Krankenhaus und einen Basar.

Wir konnten kein Persisch, weil wir aus einer paschtunischen Familie stammten. Da ich kein Persisch konnte, mochte ich die Schule nicht und wollte nicht hingehen. Zu dieser Zeit hatten die Schulen noch keine Gebäude. Wir folgten dem Unterricht bei heißem Wetter auf einem Wachstuch auf dem Boden.

Nach einer Weile begannen wir mit dem Unterricht in einem von UNICEF zur Verfügung gestellten Zelt. US-Soldaten kamen zu Besuch in unsere Schule. Sie schenkten mir ein Notizbuch, einen Stift und ein Spielzeug, da ich auf Englisch bis zehn zählen konnte. Sie machten ein Foto von meiner Schwester und mir. Am nächsten Tag wurde dieses Foto in der Zeitung veröffentlicht. Zum Glück ist mein Vater ein gebildeter Mann. Während er die Nachricht als normal erachtete, kritisierten meine Verwandten es und sagten, es sei „eine Schande“, dass die Fotos der Mädchen in der Zeitung veröffentlicht wurden.

DER GRUPPENDRUCK HAT ZUGENOMMEN, WEIL ICH EINE ANSAGERIN WAR

Wenn ich mit meinem Vater fernsah, träumte ich immer davon, wie die Ansager auf dem Bildschirm Nachrichten zu präsentieren. Ich war immer der Moderator, wenn in der Schule ein Programm organisiert wurde.

Ich konnte mich in meiner Muttersprache Paschtu gut schriftlich und mündlich ausdrücken. Nach meinem Schulabschluss begann ich, Morgensendungen bei einem privaten Fernsehsender zu moderieren. Das war mein Einstieg in die Medienwelt.



Ich sah mich mit dem Druck der Gemeinschaft konfrontiert, weil ich Programme im Fernsehen präsentierte. Viele unserer Verwandten haben aufgehört, uns zu kontaktieren, weil ich die Sendung moderiert habe. Ich habe meine Arbeit ungeachtet der Gerüchte fortgesetzt. Ich habe weder meinen Job noch meine Ziele aufgegeben. Meine Eltern haben mir immer ihre Unterstützung zugesagt.

Wir hatten wirtschaftliche Schwierigkeiten. Mein Vater war nicht mehr berufstätig. Meine Schwester und ich arbeiteten und verdienten unseren Lebensunterhalt zu Hause. Weil ich hart arbeitete, durfte ich die Nachrichten präsentieren. Nachrichtensprecher zu sein, bedeutet auch eine Gehaltserhöhung. Ich moderierte zwei Jahre lang eine Nachrichtensendung im Fernsehsender Jowandon, wo ich meinen ersten Job antrat.

AUF DEN SENDER, FÜR DEN ICH ARBEITE, WURDE EIN SELBSTMORDATTENTAT VERÜBT

Dann erhielt ich ein Jobangebot von der Shamshad-Gruppe, einem bei den Paschtunen beliebten Fernsehsender. Ich wurde in der Öffentlichkeit mehr und mehr bekannt. Das machte mich sehr glücklich.

Das Selbstmordattentat auf das Fernsehgebäude von Shamshad war einer der schlimmsten Momente, die ich je erlebt habe. Zum Zeitpunkt des Anschlags moderierte ich gerade eine Sendung. Mit einem lauten Knall wurde das Studio erschüttert. Durch die Wucht der Explosion entstand ein großes Feuer. Ich überlebte den Anschlag, aber einige meiner Freunde starben und wurden verletzt. Nach dem Anschlag brachten wir unsere verletzten Freunde vor die Kamera. Wir haben der Welt die Botschaft übermittelt: „Ihr könnt die Presse und die Meinungsfreiheit nicht zum Schweigen bringen.“

Mein Leben hat sich mit dem Jobangebot von Tolonews, dem bekanntesten Sender in Afghanistan, verändert. Meine Popularität nahm zu, während ich dort war. Ich habe dann aus persönlichen Gründen gekündigt und einen Job beim staatlichen Fernsehen bekommen.

UNSER LEBEN VERÄNDERTE SICH MIT DEN TALIBAN

Mit dem unaufhaltsamen Vormarsch der Taliban in vielen Regionen des Landes hat sich unser Leben verändert. Niemand hat vorausgesagt, dass die Taliban in der Lage sein würden, das Land in kurzer Zeit zu erobern. Jeder hat schlechte Erinnerungen an die Taliban in der Vergangenheit. Deshalb ist die Angst in der Bevölkerung groß.

Ich hatte an dem Tag, bevor die Taliban Kabul übernahmen, eine Aufgabe im Sender. Ich präsentierte die Nachrichten um 19 und 22 Uhr. Als ich die Nachricht las, dass die Taliban vorgeückt waren und viele Provinzen eingenommen hatten, war meine Hoffnung gering. Meine Verzweiflung spiegelte sich auch auf dem Bildschirm wider. Das waren die letzten Nachrichten, die ich im Fernsehen präsentierte. Am nächsten Tag nahmen die Taliban Kabul ein.

Die Taliban hatten bei den Friedensgesprächen mit den Vereinigten Staaten in Katar erklärt, sie würden sich nicht in die Rechte der Frauen und die Bildung der Mädchen einmischen. Das Ergebnis war, dass meine Schwester und ich arbeitslos wurden.

DIE ÄRA DER AMIRATE HAT BEGONNEN

Nachdem die Taliban die Macht übernommen hatten, begann sich das Leben zu normalisieren. Die Menschen gingen nach draußen und arbeiteten. Also ging ich zum Sender. Als ich zum Haupteingang kam, zeigte ich dem Taliban an der Tür meine Karte. Er ließ mich nicht rein und sagte: „Die Zeit der Republikaner ist vorbei, die Zeit der Amirate hat begonnen. Ihr könnt euch eine Weile zu Hause ausruhen.“

Als ich nach Hause kam, berichtete ich von dem Vorfall in den sozialen Medien. Ich habe die Schikanen dargestellt. In kürzester Zeit fand ich in meinem Postfach Zuspruch aus dem In- und Ausland. Ich begann zu erzählen, was in der Live-Sendung passiert war. Ich erhielt eine Antwort auf diese Anrufe vom britischen Büro für Flüchtlinge. Sie boten mir an, mich aus Afghanistan herauszuholen. Das Chaos auf dem Flughafen von Kabul war Thema in der ganzen Welt. Nachdem wir zwei Tage auf dem Flughafen verbracht hatten, erreichten wir das Vereinigte Königreich. Ich ließ alle meine Ersparnisse zurück. Es herrscht Frieden und Vertrauen in diesem Land. Ich wünschte, Afghanistan wäre so. Leider sind wir vom Frieden noch weit entfernt. ■

DIE JOURNALISTINNEN WAREN DIE ERSTEN OPFER DER TALIBAN

HAMIDULLAH SADIK

Die größte Sorge haben die Journalist*innen in Talibans Afghanistan. Während viele von ihnen das Land verlassen mussten, hören die Hinterbliebenen entweder mit ihrem ausgeübten Beruf auf oder kämpfen unter schwierigen Bedingungen ums Überleben. Diejenigen, die ihren Beruf ausüben müssen, finden keine Ansprechpartner mehr.

Nach dem amerikanischen Rückzug, herrschte das Chaos im von den Taliban regierten Afghanistan. Wegen der Angst vor den Taliban mussten zigtausende Menschen das Land verlassen und auch die Medien erlebten ihre dunkelsten Tage. Manche Journalist*innen verließen das Land, um nicht ermordet zu werden, während die Hinterbliebenen sich beschwerten, dass sie keine Ansprechpartner von bei den Taliban finden.

Im letzten Monat hatten es die Taliban auf den afghanischen Reporter der Deutsche Welle abgesehen. Die Wohnung des Journalisten wurde von Taliban überfallen. Bei dem Überfall kam eine Person um und eine wurde verletzt.

30 MEDIENMITARBEITERINNEN WURDEN GETÖTET

Auf der ersten Pressekonferenz der Taliban nach ihrer Eroberung verkündeten sie, dass die Medien offenbleiben dürfen, solange sie „den islamischen Werten folgen, neutral bleiben und die nationalen Interessen schützen“. Die Zeit wird es zeigen, ob mehr als 170 Rundfunksender und mehr als 100 Zeitungen und dutzende Fernsehsender weiterarbeiten dürfen. Es muss aber auch betont werden, dass in den letzten vier Monaten mindestens 50 Sendeanstalten geschlossen und seit Anfang des

Jahres mindestens 30 Medienmitarbeiter*innen getötet wurden. Heutzutage verstecken sich die afghanischen Journalist*innen oder geben den Journalismus auf. Sie löschen ihre Social-Media-Konten oder versuchen einfach das Land zu verlassen. Der Bericht der Vereinten Nationen (VN) bestätigt, dass die Androhungen gegen Journalist*innen zunehmen. Laut Human Rights Watch (HRW) verfolgen die Taliban Journalist*innen, schicken ihnen Nachrichten auf Facebook und nehmen sie in Gewahrsam. Es ist nun völlig normal, dass Journalist*innen in Gewahrsam, oder während sie ihre Arbeit tun, gefoltert werden.

„AFGHANISTAN VERLIERT SEINEN SCHATZ“

„Großer Verlust für Afghanistan“, sagte der Journalist T. O. über die anderen, die das Land verließen (der Name wurde wegen der Sicherheitsgründen abgekürzt). „Afghanistan verliert seinen Schatz. Seit 20 Jahren wurde in diese Menschen investiert und jetzt müssen diese Menschen das Land verlassen und in den anderen Ländern Asyl beantragen, weil sie keine Lebenssicherheit mehr haben. „Die Journalist:innen, die das Land nicht verlassen können, verstecken sich einfach“, sagte der Journalist. Dazu erzählte der Journalist T. O., dass er das Land verlassen möchte, weil



die Atmosphäre für ihn auch gefährlich ist, er auch keine Sicherheit hat und es auch finanziellen Probleme gibt.

„BERICHTEN IST NUN SEHR SCHWIERIG“

„Es ist jetzt schwieriger, ein Journalist zu sein“, sagte der Journalist S. K. Es sei noch nie so schwierig für ihn gewesen zu berichten. S. K., der Journalist mit 13-jähriger Erfahrung: „Das war immer ähnlich aber es war nie so schwierig, die Quellen zu erreichen. Jetzt sind wir gelähmt. Manchmal ist es nicht mal möglich, auf der Straße etwas aufzunehmen, da wir bedroht werden und Gewalt erleiden.“

„WIR FINDEN KEINE ANSPRECHPARTNER FÜR UNSERE FRAGEN“

Es ist klar, was die Taliban über Journalisten denken. Der Wortführer der Taliban hatte im Mai schon erklärt, dass die Journalist:innen die Konsequenzen tragen würden, wenn sie einseitige Berichte verfassen und mit den Geheimdiensten in Konflikt geraten. Der Journalist A. K. betonte, dass es schwierig ist, die Nachrichten zu erreichen und zu bestätigen. „Schwierigen Tage des Journalismus liegen vor uns. Nicht nur die Redefreiheit, sondern auch die Meinungsfreiheit ist in Gefahr. Man bekommt einfach keine Antwort von den Taliban, wenn man über ein The-

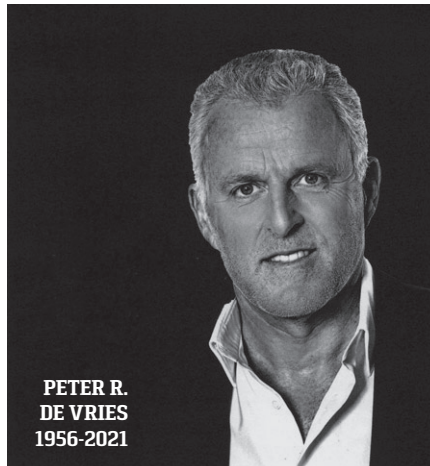
ma Information erhalten möchte. Man findet einfach keinen Ansprechpartner. Am Ende gibt man auf“, sagte A.K.

„SCHAU MICH NICHT AN! DU LÄSST MICH SÜNDIGEN!“

Trotz allen Aussagen der Taliban, dass Frauen einfach weiterarbeiten dürfen, werden Journalistinnen bedroht. Manche Journalistinnen sagen, dass sie Todesdrohungen erhalten und sich vor den Taliban verstecken. Journalistinnen haben Angst nach all diesen Anschlägen gegen Journalistinnen. „Journalismus war früher schwierig, aber jetzt ist es schwieriger. Wir haben als Frauen überhaupt keine Rechte. Wir sind jetzt in einer Phase, in der wir nicht mal unser Gesicht zeigen dürfen, und die Frauen nur hinter dem Vorhang sich ausbilden lassen“, sagte die Journalistin und Aktivistin K. A.

Die Journalistin K. A. fragte noch: „Ich wollte mit einem Taliban-Mitglied ein Interview führen. Er sagte mir: ‚Schau mich nicht an! Du verleitest mich zum Sündigen.‘ Wie kann eine Journalistin in so einem Regime arbeiten?“

So ist die Lage in Afghanistan unter der Taliban-Regierung. Mehr als 1200 Journalist:innen verloren ihre Arbeit, weil die Arbeitsplätze geschlossen oder sie mit Taliban-Anhängern besetzt wurden. Die neuen Medien machen einfach nur Taliban-Propaganda. ■



NACH DER ERMORDUNG DES NIEDERLÄNDISCHEN JOURNALISTEN PETER R. DE VRIES

Peter R. de Vries, ein 64-jähriger niederländischer Journalist, der mit einem Emmy ausgezeichnet wurde, und der eine Schlüsselrolle bei der Entschlüsselung von Organisationen des organisierten Verbrechens spielte, wurde im vergangenen Juli ermordet. Der Mord an einem solchen Journalisten im Herzen Europas ist eigentlich auch eine Warnung für andere Journalisten.



BASRI DOĞAN

Das Land trauerte, nachdem am Dienstagabend (6. Juli) in Amsterdam auf den 64-jährigen Peter R de Vries, spezialisiert auf Strafsachen und einer der bekanntesten Sicherheits- und Justizreporter der Niederlande, geschossen wurde. Er wurde bei diesem Anschlag so schwer verletzt, dass er eine Woche später, starb. In einer schriftlichen Erklärung zum Tod des Journalisten vom RTL-Sender, bei dem De Vries arbeitet, hieß es: „Peter hat bis zum Ende gekämpft, aber diesen Krieg konnte er nicht gewinnen. Er hat sein Leben verloren, während er bei den Menschen war. Unser Schmerz ist so groß.“ Und die Angehörigen von De Vries schrieben: „Peter hat bis zum Ende gekämpft, aber den



Krieg nicht gewonnen. Er starb mit all seinen Lieben an seiner Seite. Peter lebte nach dem Glauben: ‚Es gibt keine Möglichkeit, auf die Knie zu gehen und frei zu sein.‘ Seine Familie, seine Frau und seine Angehörigen möchten ihn in Frieden bei-setzen und wir laden alle ein, dies zu respektieren.“

EINREICHUNGEN VOM MÖRDER GEFANGEN

Nach dem Vorfall wurden am selben Abend auf der Autobahn Amsterdam-Den Haag Gelano D., 21, und Kamil Pawel E., 35, ein polnischer Staatsangehöriger, festgenommen. Gelano D. soll ein Rapper sein, doch laut Aussage seiner Familie befindet er sich seit seiner Kindheit im falschen Freundeskreis. Es wurde festgestellt, dass dies die Person war, die die Waffe gezogen hatte. Während die Haftzeit verlängert wurde, wurden mehr als 20 Detektive ernannt, um den Mord in allen Einzelheiten aufzudecken. Der 64-jährige Journalist, der eine wichtige Rolle bei der

Entschlüsselung von Organisationen der organisierten Kriminalität in den Niederlanden spielte, war bekannt für seine mutigen Nachrichten über die Unterwelt. De Vries gewann 2008 auch einen internationalen Emmy-Award in der Kategorie „Aktuelles“ für seine Untersuchung des Verschwindens von Natalee Holloway auf Aruba im Jahr 2005. Der 64-jährige De Vries, ein gefragter Kommentator von Fernsehsendungen, ist bekannt für seine strafrechtlichen Ermittlungen in den Niederlanden. De Vries hat viele hochkarätige Fälle bearbeitet, darunter die Entführung von Freddy Heineken im Jahr 1983.

Der niederländische Journalist, der schutzbedürftigen Menschen, insbesondere illegalen Einwanderern, Gehör verschafft hat, war in den letzten Jahren auch Botschafter der „Meet Kate Foundation“, die von seiner Tochter Kelly gegründet wurde, um armen Kindern in Ghana zu helfen. De Vries, verheiratet und Vater eines Kindes, wollte trotz Drohungen keinen Schutz. ■



RANJENI MUNUSAMY *

Der Preis, die Wahrheit zu sagen

Tn seinem 2019 erschienenen Buch „The Enemy of the People: A Dangerous Time to Tell the Truth“ erzählte der CNN-Moderator und Chefkorrespondent Jim Acosta einen öffentlichen und außergewöhnlichen Austausch zwischen ihm und dem ehemaligen Präsidenten Donald Trump.

Das Ereignis geschah in Charlottesville, Virginia im August 2017, als die Rassisten marschierten, um die Rechtsextremen und Neo-Nazis zu vereinen und mit Gegendemonstrant*innen zusammenstießen.

Anstatt die rassistischen Gangster zu verurteilen, sagte Trump, dass Hass, Fanatismus und Gewalt „auf vielen Seiten“ waren.

Die Reporter*innen, einschließlich Acosta, zogen Trump zur Verantwortung dafür. Das brachte der ehemalige Präsident dazu, seine legendäre und kindische Theatralik zurückzugreifen, was seine Präsidentschaft definierte.

„Du bist Fake News!“, beschimpfte er Acosta.

Der Journalist ließ nicht locker und ging am nächsten

Tag erneut gegen Trump an und erlebte den folgenden Austausch:

TRUMP: Ja, ich glaube, dass beide Seiten Schuld haben. Wenn du auf die beiden Seiten guckst – ich denke, dass die beiden Seiten Schuld haben. Und daran habe ich überhaupt keinen Zweifel, Sie haben auch keinen. Das hätten Sie sonst schon gesagt.

ACOSTA: Die Neo-Nazis fingen damit an. Sie protestierten in Charlottesville ...

TRUMP: Entschuldigen Sie. Sie bezeichneten sich nicht als Neo-Nazis – und da gab es sehr schlechte und sehr guten Menschen in dieser Gruppe. Auf beiden Seiten. Sie waren einfach Menschen.

ACOSTA: Nein, Herr Präsident. Es gab keine guten Menschen unter den Neo-Nazis.

Wie Acosta in seinem Buch erklärte, stellte er keine Fragen an den Präsidenten. Dies ist was ein Großteil der Welt für die Rolle von Journalist*innen hält.

Stattdessen konfrontierte er Trump mit der Wahrheit.

Das ist leichter gesagt als getan. Besonders auf einer Welt wo Desinformation, populistische Rhetorik, gesponsorte Propaganda, Chauvinismus, Online-Belästigung und Verleugnung herrschen.

In diesem Zusammenhang können die Journalist*innen das Thema „auf vielen Seiten“ nicht einfach fragen und berichten. Die Mainstream-Medien stehen an der vordersten Front im globalen Informationskrieg und müssen daher Beschützer der Wahrheit sein.

Jahrelange gefährliche Desinformationskampagnen manifestierten sich in vielen Teilen der Welt in schwierigen politischen Konsequenzen – vom Brexit in Großbritannien über den Aufstieg des weißen Nationalismus in Europa und den USA, bis hin zum Angriff auf die Bürgerrechte in der Türkei.

Sich gegen die Tyrannen, Rassisten, Schurken, Frauenfeinde, Despoten, Missbraucher, Impfgegner und Klimawandelleugner zu stellen ist eine schwere Belastung für Journalist*innen.

Es ist besonders schwierig, diejenigen zu konfrontieren, die Macht haben.

Manche zahlen den Preis mit ihrem Leben und ihrer Freiheit. Das ist was den Hunderten von Medienmitarbeiter*innen passierte.

Die anderen wurden mit Belästigung und Rufmord konfrontiert. Journalistinnen bekamen Vergewaltigungsdrohungen und erlitten sexuelle Übergriffe.

In einer starken Demokratie haben die Medien und die Bürgergesellschaft die Möglichkeit, sich zu wehren.

Nach einem anderen unleidlichen Austausch wurde Acostas White-House-Akkreditierung widerrufen. Danach ging es vor dem Gericht weiter und sein Presseausweis wurde in einer Woche wiederausgestellt.

In China, der Türkei und vielen Ländern Afrikas wäre der Versuch, die Medienfreiheit und andere bürgerlichen Freiheiten gerichtlich wiederherzustellen, ein mutiger Schritt.

2018 war ich unter fünf Journalist*innen, die durch das South African National Editors Forum vorm „Gleichheitsgericht“ (Equality Court) unseres Landes vor einer Menge beleidigender und gefährlicher Bedrohungen von der zweitgrößten oppositionellen Partei „The Economic Freedom Fighters (EFF)“ und ihren Anhängern Schutz suchten.

Der Antrag war aber anscheinend fehlerhaft, da er statt an das Gleichheitsgericht, an ein normales Gericht gerichtet werden musste. Laut südafrikanischem Grundgesetz brauchen Journalist*innen keinen Spezialschutz gegen Diskriminierung.

Der unglückselige Antrag ermutigte nur die EFF und ihre Anhänger. Es führte bei einigen Journalist*innen zu einer sichtbaren Selbstzensur, um sich vor Angriffen zu schützen. Manche versuchten die Bedrohungen herunterzuspielen und behaupteten, dass sie keine „Milchbubis“ sind und die Angriffe gegen die Medien in den anderen Teilen Afrikas deutlich schlimmer waren.

Während des Einspruchs gegen den Antrag verkündete der Justitiar der EFF, dass die Journalist*innen sich dran gewöhnen sollen, mit Angriffen zu leben. Leider denken manche Kolleg*innen genauso. Eine der Konsequenzen der Covid-19-Pandemie ist, dass die Menschen über den emotionalen Tribut von Isolation, Krankheit und Tod offener sprechen konnten.

Über das Thema Angst und Stress sprachen die Journalist*innen auch offener. Einige von ihnen, die früher draufgängerisch waren, erkennen jetzt wie wichtig die psychische Gesundheit und Selbstsorge im Beruf sind.

Seit dem Ausbruch von Covid-19 fühlten die Menschen emotionale Erschöpfung, die sich von anderen Menschen distanzieren und mit einer schweren Krankheit und Tod kämpfen mussten, ihren Lebensunterhalt verloren und sich an ein neues Leben gewöhnen mussten. Hoffentlich gibt es bald Erholung und Normalität, wenn mehrere Menschen sich impfen lassen.

Wird es aber beim Journalismus auch Erholung geben? Wird es normal sein, die Wahrheit zu zeigen und ohne Angst die Machthaber zur Verantwortung zu rufen?

Oder müssen die Journalist*innen immer die Belastung tragen, ungeachtet der Konsequenzen?

Für die meiste Zeit meiner journalistischen Karriere kannte ich die Antwort für diese Frage. Jetzt tue ich es nicht mehr. ■

Ranjeni Munusamy ist seit über 20 Jahren Journalistin in Südafrika. Zuvor arbeitete sie als Mitherausgeberin und Kolumnistin bei Sunday Times und Daily Maverick.



BORIS GORETSKY BELARUSIAN ASSOCIATION OF JOURNALISTS

Belarus: Eine gnadenlose Niederlage und das Jahr des Auferstehens

Tm letzten Jahr zerstörte die belarussische Regierung fast alle unabhängigen gesellschaftspolitischen Medien in Belarus. Etwa 30 Journalisten wurden hinter Gittern gebracht. Viele Medien mussten das Land verlassen, damit sie weiterarbeiten können und ihre Zielgruppe nicht verlieren.

Vor einem Jahr protokollierte die „Belarusian Association of Journalists“ einen massiven Anstieg der Unterdrückung gegen die Journalisten in ihrem Land. Am Anfang sah es so aus, als ob die Hunderten Verhafteten und Verprügelten, die Schusswunden und willkürlichen Inhaftierungen das Schlimmste wären, das den Journalismus in Belarus treffen könnte. Aber geschehen ist doch viel mehr.

Letztes Jahr im November waren die Autoritäten erfolgreich, die Sonntag-Massenproteste abzuschaffen. Dann begannen die Sicherheitskräfte die Journalisten gezielt zu unterdrücken und zu verfolgen. Nachdem einer der Proteste aufgelöst wurde, haben sich Hunderte von Menschen in ihren Wohnungen und Kellern eingeschlos-

sen, wo sie sich versteckten. Die Sicherheitskräfte suchten den Bezirk „Ploshchad Peremen“ die ganze Nacht ab, wo der oppositionelle Aktivist Roman Bondarenko zu Tode verprügelt wurde. Die ganze Nacht versteckten sich die Menschen, einschließlich der Journalisten, vor den Sicherheitskräften in Kellergeschossen.

Am gleichen Tag wurden Dutzende von Journalisten in Polizeigewahrsam genommen. Katsiaryna Andreyeva und Daria wurden zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie den Protest im Belsat TV live übertrugen.

Ab diesem Tag fingen die Autoritäten an, die Medien komplett zu zerstören. Mehr als 150 Redaktionsbüros und Wohnungen wurden durchsucht, viele Menschen verfolgt und 28 Journalisten verhaftet. Während des Frühlings und Sommers zerstörten die Autoritäten alle großen unabhängigen Medien und das bekannteste Medium Belarus TUT.BY wurde erst gesperrt, danach als „extremistisch“ abgestempelt. 14 Mitarbeiter:innen, vor allem die Chefredakteurin Marina Zolotova, befinden sich seit Mai im Gefängnis.



FOTOGRAPH: BAJ

NEUES LEBEN

Die beliebtesten Medien brachten endlich wieder die Kraft auf, um aufzuerstehen. Die meisten großen Nachrichtenredaktionen zogen in Nachbarländer um und nahmen ihre Arbeit trotz der Inhaftierung ihrer Redakteure wieder auf. TUT.BY-Team drückte auf den Knopf für das Zerkalo.io Projekt. Auch „Naša Niva“, „Euroradio“ (europäischer Rundfunk für Belarus), Belsat TV als TV-Kanal, Kyky.org als Verlag fingen wieder an.

Während des Umzugs betrafen die Redaktionsbüros und Journalisten eine Reihe von Herausforderungen: Vorenthaltung der Werbeeinnahmen ihrer Medien, Schwierigkeiten am neuen Ort und während des Umzugs, Wiederaufbau des redaktionellen Prozesses. Außerdem konnten nicht alle Journalisten eine neue Arbeit finden. Kollegen zu helfen ist eine der

Hauptaktivitäten der Belarusian Association of Journalists. Es muss auch nicht immer eine große Hilfe sein. Manchmal kontaktieren unsere Kollegen uns aus anderen Ländern unter der press@baj.by E-Mail-Adresse. Sogar diese kleine Hilfe kann für einen belarussischen Journalisten hilfreich sein, der in Schwierigkeiten geriet.

Das Positive in dieser Geschichte ist, dass das belarussische Publikum die Arbeit unterstützt und die Wahrheit sucht. Leserquoten zeigen, dass es einen stabilen Anstieg bei der Anzahl der Menschen gibt, welche die neugestalteten und unabhängigen Medien nutzen.

Die belarussische Bevölkerung legt weiterhin viel Wert auf qualitativ hochwertigen und unabhängigen Journalismus, was für eine bessere Zukunft hoffen lässt. ■



SERHIY SHTURKHETSKYY VORSITZENDER DER UNABHÄNGIGEN MEDIENGEWERKSCHAFT DER UKRAINE

Sicherheit von Journalisten in Zeiten von COVID und Post-COVID: neue Herausforderungen

Mitte September ... In diesen Tagen gedenken ukrainische Journalisten ihrer KollegInnen, die während der vergangenen 20 Jahre bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ums Leben gekommen sind. In diesen Tagen ist es an der Zeit, die Regierung und die Strafverfolgungsbehörden zu fragen, in diesen Tagen ist es an der Zeit, dass wir in unserem beruflichen Umfeld nachdenken. Wie kann man also seinen Beruf aufrechterhalten und gleichzeitig überleben?

Die Frage der Sicherheit von JournalistInnen hängt eng mit der allgemeinen Situation im Land zusammen, und natürlich wurde die Zunahme tragischer Vorfälle und der Gewalt gegen JournalistInnen im Jahr 2014 in der Ukraine gerade durch die politische Konfrontation und den bewaffneten Konflikt verursacht. Besonders schmerzlich für die Ukrainer ist die Krim, wo die Verletzung der Rechte von JournalistInnen inzwischen System hat und sogar eine Art traurige Unvermeidbarkeit darstellt.

Die Jahre sind vergangen und die „heiße“ Phase des Konflikts scheint nicht mehr JournalistInnen zu betreffen, aber die Frage der Sicherheit ist nicht nur die Fähigkeit zu überleben, sondern auch die Fähigkeit zu leben und gleichzeitig im Beruf zu bleiben. Und natürlich ist dies ein komplexes Thema, das nicht nur die physischen Aspekte der Sicherheit von JournalistInnen umfasst.

Unsere Gewerkschaft (Independent Media Trade Union of Ukraine, IMTUU) arbeitet in Zusammenarbeit mit der International Federation of Journalists (IFJ) an der Sicherheit von JournalistInnen in der Ukraine. In welche Richtung geht diese Arbeit?

Erstens haben wir in letzter Zeit damit begonnen, uns mit den Problemen der digitalen Gefährdung von JournalistInnen zu befassen, insbesondere mit denen, die für Online-Publikationen arbeiten. Diskreditierung, Mobbing, Beschämung, Überwachung,

Datendiebstahl und finanzieller Betrug sind nur einige der Bedrohungen und Probleme, die sich in der digitalen Welt nach den JournalistInnen zu richten scheinen. Aus diesem Grund haben wir darauf geachtet und führen seit 2016 Schulungen zur digitalen Sicherheit durch, und alle Schulungen zur digitalen Sicherheit beinhalten nun auch eine Unterrichtseinheit zu digitalen Fähigkeiten für JournalistInnen.

Übrigens hat der Aspekt der digitalen Sicherheit während der Quarantänezeit mehr denn je an Bedeutung gewonnen und wird natürlich auch in der Zeit nach COVID relevant sein. Schließlich hat der Anteil der Online-Aktivitäten und Online-Informationen in der Welt zugenommen, so dass die JournalistInnen gezwungen sind, mit diesen Trends Schritt zu halten und sie manchmal sogar zu übertreffen. Daher diktiert die Online-Zeit neue Anforderungen an die Online-Sicherheit.

Zweitens haben wir die schwerwiegenden Auswirkungen der COVID-Situation auf die psychische Stabilität (Resilienz) der Menschen und insbesondere der JournalistInnen erlebt, die große Mengen an Informationen erhalten und verarbeiten. Gefälschte Informationen haben stark zugenommen und auch ihr Einfluss hat zugenommen, sie wurden sogar als Infodemie bezeichnet - wenn die Auswirkungen von Informationen vor dem Hintergrund einer viralen Pandemie spürbare zerstörerische Folgen haben und nicht nur die psychologische, sondern auch die physische Sicherheit einer Person und der gesamten Gesellschaft bedrohen können. Seit 2011 bieten wir im Rahmen unserer gewerkschaftlichen Sicherheitstrainings gesonderte Unterrichtseinheiten und sogar gesonderte Trainings zur psychischen Belastbarkeit für Journalistinnen an. In den Jahren 2014-2015 zeigte sich die Notwendigkeit, Journalistinnen zu helfen, die im Kriegsgebiet arbeiteten oder



die besetzten Gebiete besuchten. Jetzt, mit dem Ausbruch der Pandemie, haben wir erneut die Komponente der psychologischen Sicherheit in unsere Schulungen aufgenommen.

Als Reaktion auf die modernen Herausforderungen für JournalistInnen haben wir daher ein zweitägiges, umfassendes Sicherheitstrainingsprogramm eingeführt, das wir in Zusammenarbeit mit der IJF im Dezember 2020 durchgeführt haben und das wir 2021 zu wiederholen hoffen. Dieses Training wird Schulungen zu den Themen digitale Sicherheit, Rechtskenntnisse, psychische Stabilität, physische Sicherheit und Verhalten bei Massenunruhen sowie die Arbeit eines Journalisten unter Einhaltung der hygienischen Anforderungen bei einer Pandemie umfassen. Die umfassende Schulung, an der die besten Fachleute aus der Ukraine und dem Vereinigten Königreich teilnehmen werden, hat bereits ein positives Feedback erhalten und wurde zur Grundlage für einen Videokurs über die Sicherheit von JournalistInnen, den wir demnächst der Fachwelt vorstellen werden. ■



Medienvertreter in der Ukraine protestieren vor dem Innenministerium zur Unterstützung des Fotojournalisten Oleksandr Kujelny, der während der Dreharbeiten vor dem Präsidentenamt angegriffen wurde. Journalisten, die ihre Kameras am Boden gelassen hatten, forderten, dass bei Angriffen auf Medienvertreter die gesetzlich vorgeschriebenen Strafen verhängt werden. FOTO: YUNUS ERDOĞDU

Ukrainische Journalisten, die im Dezember 2019 am Seminar „Gewerkschaftsführungstraining“ teilnehmen, das von IMTUU mit Unterstützung der Internationalen Journalistenvereinigung (IJF) organisiert wurde. (oben)



HADEER MEKAWY JOURNALISTIN

Wir schreiben, bis bessere Zeiten kommen

„Ich erinnere mich gut an den Slogan der Revolution in Ägypten: Brot, Freiheit, Gerechtigkeit und menschenwürdiges Leben“

Viele schmerzhafteste Jahre sind vergangen, aber wir geben nicht auf, unser Recht auf Leben zu fordern. Ein würdevolles Leben, ohne Demütigung und Unterdrückung, ist das Recht eines jeden Menschen. Das Recht auf Leben bedeutet, Tag für Tag für den eigenen Lebensunterhalt, für die familiären und häuslichen Bedürfnisse sorgen zu können. Es bedeutet, Ihren Kindern zu ermöglichen, eine Ausbildung zu erhalten, und alle ihre Bedürfnisse zu stillen.

Ich erinnere mich gut an den Slogan der Revolution in Ägypten: Brot, Freiheit, Gerechtigkeit und menschenwürdiges Leben.

Brot bedeutet für mich, dass der Mensch etwas für seine Arbeit zurückerhält. Jeder Einzelne in der Gesellschaft sollte eine Arbeit haben, in die er Zeit und Kraft einbringen kann. Die Bezahlung sollte sich nach den Bedürfnissen richten. Man sollte nicht schon zur Monatsmitte darüber nachdenken müssen, was man noch zu Essen hat, was man anzieht, wie man die Kosten für die Schule deckt, wie man den Nachhilfeunterricht für die Kinder sowie Miete, Strom- und Wasserrechnungen bezahlt.

BROT UND GERECHTIGKEIT

Niemand sollte unter der Armutsgrenze leben. Niemand sollte der täglichen Nahrung und Kleidung erman-
geln. Niemand sollte obdachlos sein. Bürgersteige sollten keine Obdachlosenunterkünfte sein.

Niemand sollte seinen Einfluss nutzen, um die Freiheit eines anderen zu beschneiden. Es sollte wirtschaftliche, soziale und politische Freiheit geben. Ein Mensch sollte Zugang zu allem haben, was zum Leben nötig ist.

Ein Mensch sollte sein ganzes Leben lang fair behandelt werden, ohne politische oder soziale Verfolgung erdulden zu müssen. Wenn dieser Slogan verwirklicht wird, werden Freiheit und Menschenwürde die Grundlage für ein gerechtes Leben sein. Ich glaube fest an diesen Slogan.

Viele Jahre sind seitdem vergangen, geändert hat sich jedoch nichts. Alle Slogans, die wir riefen, verpufften. Es braucht Menschen, die den Mut haben, ihnen Leben einzuhauchen. Es wird jeden Tag schlimmer. Despotismus und Verfolgung haben sich längst etabliert. Mit Armut und Hunger nahmen Gier und Diebstahl im Land zu. Die Gesellschaft ist Opfer dieser vorsätzlichen Korruption geworden.

Die Situation ist so schlimm, dass eine große Anzahl von Menschen ein noch miserableres Leben führt als das Leben, in dem die Gesetze des Dschungels gelten. Das kann man kaum Leben nennen. Erst wenn sich die Führer des Landes von Despotismus, Verfolgung und Ignoranz lossagen, werden die Jahre des Wandels beginnen.

Heute zahlen viele von uns den Preis für diese falsche Politik. Die Befürworter des Wandels und ich denken über die Zukunft unserer Kinder nach – das haben wir versprochen. Wir werden nie aufhören, die Wahrheit zu sagen, auch wenn wir aus unserem Land geflohen sind, weil wir die Wahrheit geschrieben haben und befürchten mussten, verhaftet zu werden.

Wir sind entschlossen, diesen Marsch bis zu unserem letzten Atemzug zu Ende zu führen. Selbst wenn wir nicht in unsere Heimat zurückkehren könnten, werden wir nicht aufhören, von guten Zeiten zu träumen.

Ich werde nicht aufhören zu träumen, dass einmal jedes Kind eine Zukunft haben wird und nicht in einer Heimat aufwachsen muss, die ihm seine Rechte nimmt – Rechte, die es noch nicht einmal kennt. Wir werden nicht zulassen, dass Ägypten und andere Despotenländer unsere Träume stehlen. Und wir werden alles versuchen – bis wir eine lebenswerte Welt bekommen, wie wir sie uns erträumen.

Wir werden arbeiten, bis wir eine Welt haben, in der es keine Verfolgung und Korruption gibt oder in der nicht mehr einige wenige Menschen versuchen, ihre persönlichen Interessen auf dem Rücken anderer durchzusetzen. Als freie Journalisten werden wir schreiben, bis wir unsere Länder in einem lebenswerten Zustand sehen.

Wir werden die Entwicklungen verfolgen, bis wir ein Land haben, in dem sich der Soldat in seine Kaserne zurückzieht, seine Schutzfunktion wahrnimmt und sich nicht in die Regierung einmischet. Sobald die unfähigen Herrscher aufhören, das Volk im Namen ihrer Interessen zu täuschen, werden unsere Träume wie von selbst Wirklichkeit werden.

FÜR EIN LEBENSWERTES LAND

Wenn die Regierungen auf junge Menschen gehört hätten, die anders dachten als sie, statt deren Leben auszulöschen, statt Journalisten und Anwälte für ihre Arbeit zu inhaftieren, statt Bürger einzusperren, weil sie sich der Unterdrückung

widersetzten, wäre dieses Land ein lebenswerteres geworden.

Ich wünschte, ein Lehrer müsste sich keine Sorgen machen, wie er seinen Lebensunterhalt verdient. Wie schön und lebenswert wäre das Land, wenn die Gesetze befolgt würden, die erlassen wurden, um Korruption, Diebstahl, Vergewaltigung und sexuelle Übergriffe zu verhindern.

Wenn Kindertagesstätten nicht mehr „Folterorte“ wären. Wenn die Behörden das Wort „Heimat“ nicht in den Mund nehmen würden, wenn es um ihre persönlichen Interessen geht. Wenn Gefängnisse, auch für Kriminelle, nicht zu Gräbern würden. Wenn die Intellektuellen, Ökonomen, Politiker, Anwälte und Journalisten eines Landes die Stellung bekämen, die sie verdienen. Wenn die Eliten des Landes nicht in den Kerkern, sondern neben uns ständen. Wenn diese Menschen, die ihrer Freiheit beraubt worden sind, bald befreit wären. Wir werden nicht lockerlassen, bis ein Vater, der über Selbstmord nachdenkt, weil er kein Brot mehr nach Hause bringen kann, mehr Zeit mit seinem Kind verbringt ...

Wir werden jeden Ihrer Schritte verfolgen. Bis das Vaterland alle seine Kinder umarmt ... Bis Menschen, die aus Angst vor Unterdrückung, Tod, Hunger und Verhaftung aus ihrer Heimat fliehen mussten, in ihre Heimat zurückkehren ... Bis zu dem Moment, in dem wir ohne Angst in sozialen Medien und Zeitungen schreiben ... Bis keiner mehr in den Gefängnissen vor sich hin vegetiert ... Bis die Märtyrer, die für ihre schönen Träume ihr Leben gaben, zu ihrem Recht kommen ... Wir werden trotz aller Schmerzen weiter schreiben und träumen, bis bessere, gute Zeiten für die Menschheit kommen. ■

WER IST HADEER MEKAWY?

Die ägyptische Journalistin begann ihre journalistische Karriere im Jahr 2012. Sie wurde in Ägypten verhaftet und später freigelassen. Neben ihrer Arbeit als Journalistin ist sie auch als Menschenrechtsaktivistin tätig. Sie war Teil des Teams, das die Bewegung „Journalismus ist kein Verbrechen“ ins Leben gerufen hat. Sie verließ ihr Land und lebt seither in Europa.



CILENE VICTOR *

Gewalt gegen Journalisten in Brasilien

Der Kreislauf der Bedrohungen und Verfolgungen durch staatliche Akteure

Viele glauben, dass die Berichterstattung über bewaffnete Konflikte und Kriege für Journalisten viel gefährlicher ist als andere Arten der Reportage. Ebenso wird angenommen, dass Journalisten nur unter autoritären Regimen staatlicher Gewalt ausgesetzt sind. Es besteht kein Zweifel daran, dass Medienschaffende bei der Berichterstattung über Kriege und gewalttätige Konflikte sowie bei der Arbeit unter totalitären Regimen nicht sicher sind, aber entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sind auch Demokratien für Journalisten, Fotografen und andere Medienschaffende unsicher geworden.

In der brasilianischen Demokratie zum Beispiel werden Medienschaffende und die Presse täglich verfolgt, schikaniert und diffamiert. Der Hauptangreifer ist Präsident Jair Bolsonaro, der es vor allem auf Journalistinnen abgesehen hat, die er bei Live-Interviews beschimpft, um sie einzuschüchtern, zu beschämen und öffentlich zu demütigen.

In diesem Fall handelt es sich nicht um Wahrnehmungen oder Anschuldigungen ohne Beweise oder fundierte Daten. Die verschiedenen Formen der Gewalt gegen Journalisten haben in dem Land exponentiell zugenommen. Mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) und Journalistengewerkschaften haben Daten über diese Praxis der Einschüchterung und Verletzung der Pressefreiheit zusammengetragen. Zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen gehört der Nationale Verband brasilianischer Journalisten (FENAJ), eine Institution, die seit den 1990er-Jahren Daten über Gewalt und andere Bedrohungen der Presse sammelt.

Die jüngste Ausgabe des von der FENAJ veröffentlichten Berichts über Gewalt gegen Journalisten und Pressefreiheit in Brasilien zeigt, dass es im Jahr 2020 428 Fälle von Angriffen auf Journalisten gab, was einem Anstieg von 105,77 % im Vergleich zu 2019 entspricht, als 208 Fälle registriert wurden. Nach Angaben der FENAJ war 2020 das gewalttätigste Jahr für die Presse seit den 1990er-Jahren, als die historische Reihe des Berichts begann.

Dem Bericht zufolge war Präsident Jair Bolsonaro in 175 von 428 Fällen der Hauptangreifer, was 40,89 % der Gesamtzahl entspricht. Es folgen die öffentlichen Angestellten einschließlich der Direktoren der brasilianischen Kommunikationsgesellschaft (EBC) mit 86 Fällen (20,09 %), Politiker mit 39 Fällen (9,11 %), Internetnutzer mit 21 Fällen (4,91 %),

Zivilisten mit 18 Fällen (4,21 %) und Richter/Staatsanwälte mit 17 Fällen (3,97 %). Die Polizei und Demonstranten waren jeweils für 14 Fälle (3,27 %) verantwortlich. Zu den anderen Aggressoren gehören Medienunternehmer, Hacker und Sicherheitsbeamte. Drogenhändler waren für einen registrierten Fall (0,23 %) verantwortlich. Diese Zahlen erfordern ein genaues Verständnis der Komplexität der Gewalt und ihrer Auswirkungen auf die Presse, die strukturell geworden ist und als politische Taktik eingesetzt wird. In dem Maße, in dem die Regierung unter Druck gesetzt wird, neben der Bekämpfung der Pandemie auch die wirklichen Probleme des Landes wie Arbeitslosigkeit, Hunger und extreme Armut anzugehen, wird sie immer aggressiver. Die Angriffe zielen darauf ab, die Presse zu diskreditieren – eine der schlimmsten Bedrohungen für Demokratien.

Die Gewalt ist physisch, moralisch, emotional und psychisch. Angriffe und Drohungen können von Angesicht zu Angesicht oder virtuell erfolgen. Dem Bericht der FENAJ zufolge wurden folgende Arten von Gewalt registriert: Morde (2 Fälle), körperliche Angriffe (32), verbale Angriffe und virtuelle Angriffe (76), Zensur (85) und Fälle von Diskreditierung der Presse (152), wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht.

Der Plan der Regierung, die Presse zu diskreditieren, die eine entscheidende Rolle beim Schutz des Lebens der Bevölkerung während der Pandemie gespielt hat, ist offensichtlich. Als sich die Regierung im Jahr 2020 weigerte, die täglichen Daten über die Pandemie zu aktualisieren und zu veröffentlichen, gründeten Presseorgane zu diesem Zweck ein Konsortium und führen die Arbeit bis heute durch. Die Angriffe des Präsidenten auf die Presse nehmen in dem Maße zu, wie er sich unter Druck gesetzt sieht, weil er das Fortschreiten der Pandemie im Land nicht unter Kontrolle hat, weil er den Kauf von Impfstoffen verzögert und sich gegen sanitäre Maßnahmen und wissenschaftliche Ratschläge gestellt hat und weil der Verdacht auf Unregelmäßigkeiten in seiner Regierung und im politischen Mandat seiner drei Söhne Carlos, Eduardo und Flavio besteht.

Ein Beispiel dafür waren die verbalen Angriffe gegen die junge Journalistin Victoria Abel von Radio CBN. Am 25. Juni hörte die parlamentarische Untersuchungskommission (CPI), die die Rolle der Regierung bei der Pandemie untersuchen soll, in der Hauptstadt Brasília Luis Ricardo Miranda an, den Leiter der Importabteilung des Gesundheitsministeriums, der ein

** Die Autorin ist brasilianische Journalistin, Forscherin und ordentliche Professorin an der Universität Metodista, wo sie die Arbeitsgruppe Humanitärer Journalismus und Medieninterventionen leitet. Als Journalistin hat sie über humanitäre Themen berichtet und war unter anderem als internationale Gesandte in Iran, Irak, Libanon, Marokko, Türkei, Polen, Frankreich, Belgien, Deutschland, Japan und Ecuador tätig. Sie hat einen Dokortitel in Public Health (USP) und ein Post-Doc in Planung und Gebietsmanagement.*

betrügerisches Vorgehen beim Kauf des Impfstoffs Covaxin anprangerte, das nicht nur aufgrund dieser offiziellen Beschwerde durchgeführt wurde. Neben dem Whistleblower stand sein Bruder Luis Miranda, ein Kongressabgeordneter, der mit dem Präsidenten sprach und ihm mitteilte, dass sein Regierungschef in den verdächtigen Plan verwickelt war. Am selben Tag nahm Bolsonaro an einer Veranstaltung in Sorocaba im Bundesstaat São Paulo teil. Als er von Victoria Abel auf den Kauf des Impfstoffs Covaxin angesprochen wurde, griff der Präsident sie mehrmals verbal an: „Sie schon wieder? Sie müssen zurück an die Universität gehen. Sie müssen wieder in die Schule gehen, in den Kindergarten. Sie müssen wiedergeboren werden. Das ist lächerlich! Wo arbeiten Sie?“ Mit aggressiven Gesten versuchte er herauszufinden, für welches Presseorgan die Journalistin arbeitet.

Ein emblematischer Fall betraf die Journalistin Patrícia Campos Mello von der Zeitung Folha de S. Paulo. Die Autorin eines Artikels, der über einen betrügerischen Plan zur massiven Verbreitung von Fake News über WhatsApp berichtete, wurde Ende 2018, dem Jahr von Bolsonaros Wahlsieg und somit vor seinem Amtsantritt, ständig und intensiv vom Präsidenten, seinen Söhnen und Anhängern verfolgt. Unter den Angriffen nahm ein Übergriff sexueller Natur in den sozialen Medien große Ausmaße an, der die sexuelle Belästigung auf die Spitze trieb und zu Morddrohungen führte. Patrícia Campos Mello, die über Kriege und Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt berichtete, musste eine Zeit lang auf Leibwächter zurückgreifen.

Die Zunahme der Gewalt und die Verletzungen der Pressefreiheit verweisen auf eine Vergangenheit, die die demokratischen Institutionen Brasiliens erneut bedroht. Die Regierung ist so militarisiert, wie es in einer Demokratie noch nie der Fall war. Im Jahr 2020 gab es 6.157 Militärs, die zivile Positionen in der Regierung besetzten, davon 3.029 aktive Militärs. Im Jahr 2019 waren es 3.515 und im Jahr 2018, dem letzten Jahr der Regierung Michel Temer, waren es 2.765.

Einer dieser Militärs und Urheber mehrerer Angriffe auf Journalisten war Eduardo Pazuello, Gesundheitsminister für 10 Monate, von Mai 2020 bis März 2021. Auf die Vernachlässigung und die schwerwiegenden Fehler im Umgang mit der Pandemie, wie z. B. der Mangel an Sauerstoff in den Krankenhäusern im Amazonasgebiet, reagierte Pazuello mit Aggression und dem Abqualifizieren der Pressearbeit. Schon als Militär beteiligte sich der General an politischen Aktionen zur Unterstützung von Bolsonaro, was für einen aktiven Soldaten verboten ist. Zwar wurde in den Streitkräften darüber diskutiert, ob er bestraft werden sollte, aber es geschah nichts.

Bolsonaro, ein Hauptmann der Armee im Ruhestand, hat nie einen Hehl aus seinem autoritären Profil und seiner Bewunderung für Diktatoren gemacht. Im Jahr 2016, während des Amtsenthebungsverfahrens gegen Präsidentin Dilma Rousseff, stimmte Bolsonaro, damals Bundesabgeordneter, für die Amtsenthebung der Präsidentin und würdigte während der Abstimmung Oberst Carlos Brilhante Ustra, der von 1970 bis 1975 eine der repressivsten Institutionen des Militärregimes (1964–1981) im Land leitete. Ustra war der Folterer von Präsidentin Dilma, die 1970 verhaftet und wegen ihrer Beteiligung an Widerstandsbewegungen als politische Gefangene festgehalten wurde.

Die Vergangenheit droht erneut, aber wir haben gesehen, dass Tragödien nicht plötzlich auftreten. Sie bauen sich allmählich auf. Bolsonaro ist das Ergebnis mehrerer Fehler, wie etwa der mangelnden Kontrolle und Rechenschaftspflicht seitens großer internationaler Unternehmen, die soziale Medien, Messaging-Apps und Streaming-Plattformen betreiben. Von

ihnen werden nicht nur Desinformationen und Fehlinformationen mit Geschwindigkeit und Intensität verbreitet, sondern auch Hasstiraden gegen demokratische Institutionen und insbesondere die Presse. Bolsonaro ist das Ergebnis der antipolitischen und antilinken Ideologien. Er ist das Ergebnis des Aufstiegs der extremen Rechten, die Brasilien und mehrere andere Teile der Welt bedroht.

Bolsonaro wird nicht aufgeben. Für die Wahlen im Jahr 2022 hat der Präsident seine Warnung hinterlassen: „Ich habe drei Alternativen für meine Zukunft: verhaftet werden, getötet werden oder siegen.“

In diesem Jahr haben der Präsident und seine Anhänger wiederholt das elektronische Wahlsystem Brasiliens in Frage gestellt. Obwohl das Unterhaus des brasilianischen Kongresses die Verfassungsänderung zur Umstellung des Wahlsystems auf Papierwahlen abgelehnt hat, ist dies keine Garantie dafür, dass diese Diskussion 2022 nicht wieder aufkommt. Und wir dürfen die Risiken und Bedrohungen für demokratische Wahlen nicht unterschätzen, wie es in den Vereinigten Staaten geschehen ist und mit einer Invasion des Kapitols endete.

Es ist nicht möglich, die von Trump eingesetzten Waffen mit denen zu vergleichen, die Bolsonaro im Jahr 2022 einsetzen kann. Es sollte jedoch beachtet werden, dass der brasilianische Präsident, je mehr er seine Anhänger verliert, umso gewalttätiger gegenüber der Presse wird und die brasilianische Demokratie umso stärker bedroht.

Am 7. September, dem Tag der Unabhängigkeit Brasiliens, nahm Bolsonaro an einer Veranstaltung mit seinen Anhängern teil. Bei dieser Gelegenheit sprach er Drohungen gegen die demokratischen Institutionen aus, und ein Teil seiner Anhänger glaubte und feierte die Möglichkeit, dass der Präsident den Notstand ausrufen könnte. Seine Anhänger forderten ein Eingreifen des Militärs, die Schließung des Obersten Gerichtshofs und die Wiedereinführung des AI-5 (Institutionelles Gesetz Nr. 5), das die politischen Bürgerrechte in Brasilien ersticken und das diktatorische Regime noch repressiver machen würde.

Umfragen zufolge liegt die Ablehnung Bolsonaros bei 64 %, aber er ist noch kein kleines Problem. Die Militarisierung einer zivilen Regierung muss als tägliche Warnung verstanden werden, dass die Vergangenheit die Gegenwart und Zukunft der brasilianischen Demokratie erneut bedroht.

Bolsonaro zu stürzen mag nicht allzu schwierig sein, aber seine Ideologie, der „Bolsonarismo“, die mit dem Faschismus verglichen wurde, muss insgesamt zu Fall gebracht werden. Wenn wir nicht beide bekämpfen, wird der Präsident den Staffstab an seine Anhänger und ihre Wähler weitergeben, und die Gewalt gegen Journalisten wird sich fortsetzen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Gewalt gegen Journalisten in Brasilien zu lenken, bevor sie sich einbürgert und unterschätzt wird, da sie bereits vom Präsidenten der Republik ausgeübt und gebilligt wird.

Die Situation in Brasilien ist Teil einer weltweiten Realität, wie wir in den Karten der Gewalt gegen Medienschaffende sehen können. Im Jahr 2018 hat die UNESCO die Beobachtungsstelle für getötete Journalisten ins Leben gerufen, eine Datenbank, die seit 1993 Informationen über die gerichtlichen Ermittlungen zu jedem Mord sammelt, um die chronische Straflosigkeit für diese Verbrechen anzuprangern und zu bekämpfen. Diese Initiative steht im Einklang mit der Rolle der UNESCO bei der Überwachung der Fortschritte und der Wirksamkeit des Ziels 16 der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, das im September 2015 einstimmig von allen 193 UN-Mitgliedstaaten angenommen wurde. ►

Brasilien

► Das SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und wirksame Institutionen – zielt darauf ab, „friedliche Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern, den Zugang zur Justiz für alle zu gewährleisten und wirksame, inklusive und rechenschaftspflichtige Institutionen auf allen Ebenen aufzubauen“. Laut UNESCO liegt der Schwerpunkt auf dem Ziel 16.10, nämlich „den Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen zu gewährleisten und die Grundfreiheiten im Einklang mit der nationalen Gesetzgebung und internationalen und inklusiven Vereinbarungen zu schützen“, und dessen Indikator 16.10.1, „Anzahl der überprüften Fälle von Morden, Entführungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen und Folter von Journalisten, zugehörigem Medienpersonal, Gewerkschaftsmitgliedern und Menschenrechtsverteidigern in den letzten 12 Monaten“.

Trotz internationaler und lokaler Protokolle, Agenden und Verpflichtungen stellt die Gewalt gegen Journalisten eine ständige Bedrohung dar. Laut dem jüngsten Bericht der UNESCO-Beobachtungsstelle „Intensified Attacks, New Defences“ wurden zwischen 2018 und 2019 156 Journalisten ermordet. Obwohl die Zahl der Morde im Jahr 2019 mit 57 auf den niedrigsten Stand seit einem Jahrzehnt gesunken ist, haben andere Formen der Gewalt gegen Journalisten, insbesondere gegen Frauen, zugenommen, etwa Angriffe und Belästigungen im Internet, wie wir in Brasilien gesehen haben. Eine weitere Tatsache, die mit dieser Diskussion zusammenhängt, ist das Überwiegen von Morden in Ländern ohne Kriege oder bewaffnete Konflikte, was zeigt, dass politische Berichterstattung, Korruption und Verbrechen gefährlicher sind als Kriegsberichterstattung. Von den insgesamt 57 Morden ereigneten sich 22 in Lateinamerika und der Karibik, 15 im asiatisch-pazifischen Raum und 10 in arabischen Ländern.

Die Daten des Schattenberichts über die Umsetzung des Indikators 16.10.1 des Ziels für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen in Lateinamerika im Jahr 2020, der als „unabhängige Bewertung von Voces del Sur für das Hohe Rangige Politische Forum der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2021“ vorgelegt wurde, zeigen, dass Voces del Sur (VdS) im Jahr 2020 3350 Warnungen registriert hat, wobei der Schwerpunkt auf 13 Ländern der Region liegt. Der Hauptverursacher von Gewalt gegen Journalisten, Medien und die Pressefreiheit war der Staat, wie die folgenden Bilder im Detail zeigen (VdS).

NUMBER OF ALERTS PER INDICATOR IN 2020

VDS INDICATOR	2020
Abusive use of state power.....	138
Agressions and attacks.....	1630
Arbitrary detention.....	279
Criminal and civil legal processes.....	200
Enforced disappearance.....	4
Internet restrictions.....	376
Kidnapping.....	14
Killing.....	17
Legal framework contrary to international standards.....	13
Restrictions in access to information.....	279
Stigmatizing discourse.....	397
Torture.....	3
Total.....	3350

PERPETRATORS PER COUNTRY IN 2020

Country	State	Non-state	Outlaws	Not available& unidentified	Total
Argentina	30	9	0	9	48
Bolivia	15	66	0	36	117
Brazil	312	92	0	15	419
Colombia	199	87	79	134	499
Cuba	328	6	0	10	344
Ecuador	69	44	0	16	129
Guatemala	6	0	0	106	112
Honduras	76	9	0	32	117
Mexico	349	167	39	137	692
Nicaragua	204	46	1	31	282
Peru	29	20	0	8	57
Uruguay	9	14	0	1	24
Venezuela	352	116	4	38	510
Total	1978	676	123	573	3350
%	59%	20%	4%	17%	100%

Nach Angaben des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPI) wurden zwischen 1992 und 2021 2.077 Medienschaffende ermordet, darunter 1.962 Journalisten, wobei bei 1.400 nachweislich ein Motiv für einen Mord vorlag. Die Datenbank verfügt über einige wichtige Filter für Kreuzungsinformationen, die jedoch nur für diese 1.400 Personen gelten, deren Todesursachen überprüft wurden. Von dieser Gesamtzahl starben 308 bei Querschlägern, davon 92 als Freiberufler und 216 als Angestellte; 187 bei gefährlichen Einsätzen und 894 durch Mord.

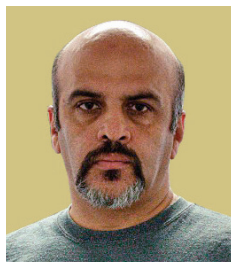
TÄTIGKEITSBEREICHE MIT DER HÖCHSTEN ZAHL AN GETÖTETEN JOURNALISTEN 2001–2021, UNESCO-Beobachtungsstelle für getötete Journalisten

POLITIK	KRIEGE	MENSCHENRECHTE	KORRUPTION	VERBRECHEN
550	470	256	222	206
Getötete Journalisten.....				1704

Neben der Gewalt, mit der sich Mord, Inhaftierung und Folter verbinden, sind Journalisten von PTBS und seelischen Verletzungen betroffen. Das Handbuch von Reporter ohne Grenzen, Safety Guide for Journalists – a handbook for reporters in high-risk environments, ist zweifellos eines der umfassendsten Dokumente über die Richtlinien, die Journalisten bei der Berichterstattung über humanitäre Tragödien wie Kriege, bewaffnete Konflikte, Katastrophen und Pandemien beachten müssen.

Angesichts der humanitären Krise, die in vielen Ländern, wie z. B. in Brasilien, im Zuge der Pandemie entstanden ist und den Druck auf die Medienschaffenden weiter erhöht hat, müssen wir über die Komplexität der Covid-19-Berichterstattung wie auch über die physische und emotionale Sicherheit von Journalisten nachdenken. ■

FOLTER VON JOURNALIST:INNEN IN DER TÜRKEI



ERKAN PEHLIVAN

Laut UN-Antifolterkonvention ist Folter jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt wird. Genau das passiert an vielen Orten der Welt und Journalist:innen sind nicht davon ausgenommen. Allerdings versucht man bei Journalist:innen das möglichst zu vertuschen. Es wird also nicht „grob“ gefoltert, etwa durch Schläge, sondern auf versteckte Weise. Zu groß ist die Angst der Peiniger, dass sich die Weltgemeinschaft mit den Opfern solidarisiert und sie später vor internationalen Gerichten verantworten müssen. Besonders die Türkei achtet darauf, dass Journalisten auf „besondere“ Weise gefoltert werden.

IBRAHIM KARAYEĞEN

Der Journalist Ibrahim Karayegen musste lange Zeit leiden. Mehr als sechs Monate war der Mitarbeiter der Zeitung „Zaman“ in Isolationshaft. Erst nach 14 Monaten hinter Gittern teilte die Staatsanwaltschaft mit, was ihm konkret vorgeworfen wird. „Wir sind das Gesetz“, riefen die Polizisten vom Polizeipräsidium „Vatan Emniyet“ in Istanbul. In dem Präsidium wurde der Journalist immer wieder in Ecken geschlagen, wo keine Kameras zugegen waren.

PSYCHISCHER DRUCK

Immer wieder werden die politischen Häftlinge unter massiven psychischen Druck gesetzt. So fand die erste Befragung von Karayegen durch Beamte der Antiterrorpolizei TEM um 5 Uhr Morgens statt. Wegen massiver gesundheitlicher Probleme bei dem Journalisten musste diese jedoch abgebrochen werden. Auch wurde der Journalist wie viele seiner Kolleg:innen immer wieder von Beamten bedroht.

KIBRIYE EVREN

Auch die kurdische Journalistin Kibriye Evren hat während ihrer Haft Schreckliches erlebt. In ihrem Essen befand sich Mäusekot und auch Glasscherben. „Evren beteuert wie Hunderte ihrer Kolleg:innen, dass sie, egal wo, nur ihre Arbeit als Journalistin getan hat. Die Staatsanwaltschaft wirft der

Mitarbeiterin von „Jin News“ Mitgliedschaft in einer Terrororganisation sowie Propaganda für eine Terrororganisation vor. Dass Hunderte anderer ihrer Kolleg:innen mit demselben Vorwurf vor Gericht gestellt wurden, macht die Sache nicht wesentlich besser. Ihre Gesundheit leidet an der willkürlichen Verfolgung durch die türkische Regierung.

ZIYA ATAMAN

Auch der Journalist Ziya Ataman gehört zu den Opfern des Systems in der Türkei. Am 11. April 2016 wurde der Mitarbeiter der kurdischen Nachrichtenagentur „DIHA“ verhaftet und sitzt seither hinter Gittern. Während seiner Haft hat sich auch sein Gesundheitszustand verschlechtert. Mangelnde medizinische Versorgung, schlechte Ernährung und die Gewissheit, wegen seiner journalistischen Arbeit eingesperrt zu sein, verschärfen die Situation der Gefangenen. Durften am Anfang der Pandemie rund 90.000 verurteilte Verbrecher die Gefängnisse vorzeitig verlassen, bleiben politische Häftlinge weiterhin eingesperrt. Der DIHA-Korrespondent wurde zu einer Haftstrafe von 14 Jahren und 3 Monaten verurteilt, auch wegen „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation“.

WARUM?

Journalisten sind für Autokratien und Diktaturen gefährlich. Sie decken Missstände auf, in denen Regierungen und ihre Mitglieder involviert sind. Zum einen werden durch Verhaftung und Folter Kritiker:innen mundtot gemacht, zum anderen schüchtert man andere Journalist:innen ein. In der Türkei verzichtet man zwar bei der Folter von Journalist:innen auf „rohe Gewalt“, was nicht minder gefährlich für die Opfer ist. Stattdessen werden ärztliche Versorgung und Medikamente verweigert, Hygienevorschriften missachtet, schlechtes und unzureichendes Essen gegeben und psychischer Druck ausgeübt. Journalist:innen wie Karayegen, die es ins Ausland geschafft haben, müssen auch Jahre später weiterhin in ärztliche Behandlung. Die Spuren an Körper und Seele werden noch Jahre anhalten, für viele sogar ihr Leben lang. ■



DR. KAMAL SIDO NAHOST-REFERENT DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (GFBV)

Angriffe auf Medienschaffende in der Türkei müssen beendet werden

Jedes Jahr am internationalen „Tag zur Beendigung der Straflosigkeit bei Verbrechen gegen Journalisten“ (2. November) erinnern wir an das Schicksal von Journalist*innen, die in Haft oder frei sind, aber verschiedensten Bedrohungen bis hin zum Mord ausgesetzt werden. An diesem Tag machen wir auf die weltweit niedrige Verurteilungsrate für Gewaltverbrechen gegen Journalist*innen und Medienschaffende aufmerksam. Denn die Täter kommen oft frei davon, wenn sie Journalist*innen angreifen. Nur jedes zehnte Verbrechen wird aufgeklärt und geahndet. Dies führt dazu, dass junge Menschen sehr genau überlegen, bevor sie sich für die Arbeit als politische Journalistin oder politischer Journalist entscheiden. Die Arbeit in diesem Bereich ist aber von großer Bedeutung. Medienschaffende spielen hier eine entscheidende Rolle beim Informieren und Beeinflussen der Öffentlichkeit zu wichtigen gesellschaftlichen Themen. Die Straffreiheit für Angriffe auf Medienschaffende hat besonders schädliche Auswirkungen auf das öffentliche Bewusstsein.

Weltweit nehmen Angriffe auf Medienschaffende zu. Diese Angriffe reichen von Cyber-Mobbing über illegale Inhaftierungen bis hin zu Mord. Veranlasst werden sie durch die Regierungen der Länder, aus denen Exilant*innen, auch oft Medienschaffende, stammen. So definiert Freedom House den von Menschenrechtler*innen geprägten Begriff Transnational Repression (dt. Transnationale Unterdrückung). Gründe für die Zunahme dieser im 21. Jahrhundert sind vor allem der

technische Fortschritt, die Kooperation zwischen Staaten gegen Migrant*innen und der Mangel an internationalen Richtlinien. Autoritäre Staaten nehmen Aktivitäten der Exilant*innen als Bedrohung für das von ihnen aufgebaute System im Heimatland wahr. Folglich greifen sie auf transnationale Unterdrückung zurück, um Exilant*innen einzuschüchtern und Exempel zu statuieren. Freedom House schätzt in einem Bericht vom Februar 2021, dass weltweit 3,5 Millionen Menschen von transnationaler Unterdrückung betroffen sind. Formen der transnationalen Unterdrückung können in vier Kategorien eingeteilt werden:

- 1) Direkte Angriffe wie physische Angriffe, Verschleppungen und Attentate
- 2) Die Mithilfe anderer Länder, die sich zum Beispiel durch unrechtmäßige Abschiebungen beteiligen
- 3) Mobilitätsbeschränkungen wie die Annullierung von Reisepässen, die zu Inhaftierungen führen kann
- 4) Drohungen aus der Ferne, zum Beispiel durch Cyber-Mobbing oder die Bedrohung Angehöriger im Heimatland.

Auch die von der Türkei ausgehende transnationale Unterdrückung hat sich dem weltweiten Trend angeschlossen und stark zugenommen. Waren es früher Kurd*innen insbesondere aus den Reihen der verbotenen kurdischen PKK, die vom türkischen Geheimdienst mit Hilfe „freundlicher Staaten“ in die Türkei verschleppt oder entführt worden sind, so sind es heute vermehrt die Anhänger*innen des im amerika-



FOTO: ENGIN AKYURT, PIXABAY.COM

nischen Exil lebenden türkischen Predigers Fethullah Gülen. Die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan wirft Gülen vor hinter dem Putschversuch von 2016 zu stecken, der einen enormen und geographisch weitreichenden Anstieg der transnationalen Unterdrückung durch die türkische Regierung auslöste: In 31 Ländern, sowohl in Asien, Afrika, im Nahen Osten, Nord- und Südamerika und Europa wurden Exilant*innen Opfer dieser.

Während Russlands Kampagne der transnationalen Unterdrückung stark auf Attentate ausgerichtet ist und China sich allen vier Kategorien der transnationalen Unterdrückung bedient, ist die Türkei führend was Verschleppungen angeht.

In den letzten Jahren richteten sich die Angriffe der türkischen Regierung größtenteils gegen Personen mit Verbindung zur Gülen-Bewegung. Auch diese Bewegung wird von der Regierung in der Türkei als „terroristisch“ eingestuft und für den Putschversuch 2016 verantwortlich gemacht. In Nachforschungen von Freedom House konnten 58 Fälle von Verschleppungen, willkürlichen Festnahmen und Folter in 17 Ländern seit 2014 identifiziert werden. Zahlen der UN und der

türkischen Regierung selbst sind jedoch circa doppelt so groß, womöglich da sich viele Fälle außerhalb der Öffentlichkeit abspielen. Ohne klaren legalen Prozess werden Exilant*innen in ihrem Aufenthaltsland festgenommen und an die Türkei ausgeliefert. Derartige Fälle ereigneten sich beispielsweise im Libanon und in Kirgisistan in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen.

Doch die Türkei verheimlicht ihre Entführungskampagne nicht. Die Opfer werden stolz in den Medien präsentiert, denn die Festnahmen werden als legitime Mittel der Terrorismusbekämpfung dargestellt. So veröffentlicht die Pro-Regierungs-Zeitung Daily Sabah regelmäßig Artikel zur Entführungskampagne unter der Rubrik War on Terror. Auch die Gülen-Bewegung wurde nun ebenfalls als Terrororganisation eingestuft, womit diverse Formen der transnationalen Unterdrückung von Mitgliedern oder scheinbar Verbündeten der Bewegung gerechtfertigt werden. Alle 110 Fälle physischer transnationaler Unterdrückung durch die türkische Regierung, die Freedom House feststellen konnte, stehen in Verbindung mit einem Terrorismusvorwurf.

Abschließend möchte ich auf Praktiken der türkischen Polizei im Umgang mit inhaftierten Journalist*innen aufmerksam machen. Der Journalist Ibrahim Karayeğen wurde während der U-Haft im Polizeipräsidium in Antalya von Polizisten beschimpft und bedroht. Er wurde in einen Raum gesperrt, in dem Fäkalien waren. Ihm wurde kein Gang zur Toilette erlaubt. Während der Haftzeit durfte der chronisch kranke Mann drei Monate keinen Arzt sehen. Er bekam seine Medikamente nicht und seine Nieren funktionierten nur noch zu 45 Prozent. Nach einer OP wurde der Mann im Winter nackt in einen Raum bei offenem Fenster gesteckt, „Sie wollten, dass ich sterbe“, sagte er. Nach der schnellen OP musste er wieder in seine Gefängnis-Zelle, obwohl er nicht einmal allein aufs WC konnte. Die Mitinsassen mussten ihm sieben Tage beim Toilettengang helfen. Sein Rechtsanwalt durfte ihn nur selten besuchen. Bei den Besuchen durch den Rechtsanwalt war immer ein Wächter dabei, der die Gespräche aufzeichnete. Auch seine Frau durfte ihn nur selten besuchen. Auch diese Gespräche wurden aufgezeichnet. Die Inhalte dieser Gespräche waren auch Gegenstand der Anklage.

Ähnliches erlebte der Journalist Yüksel Durgut. Während seiner Haft musste er am Herzen operiert werden. Nach seiner OP wurde er in ein Zimmer gesteckt, in dem Kranke mit ansteckenden Krankheiten lagen. „Das Bett war verdreckt und die Laken waren mit Blut verdreckt“, sagt der Journalist. ■

MEDIENFREIHEIT UNTER DEM ERDOĞAN-REGIME



PROF. DR. VEDAT DEMİR

Die AKP kam bei den Wahlen 2002 an die Macht und wurde zur dominierenden Partei, indem sie bei den folgenden Wahlen eine Hegemonie erlangte. Die Persönlichkeit von Erdoğan spielte eine wichtige Rolle für den Erfolg der AKP. Er und seine Partei gewannen die Unterstützung der Masse der Bevölkerung, die sich aufgrund seiner Herkunft mit ihm identifizierte.

Die AKP-Herrschaft seit 2002 lässt sich in mehrere Perioden unterteilen. Die Reformperiode beschränkte sich auf die ersten drei Jahre und endete 2005. Zwischen 2005 und 2007 konzentrierte sich die AKP-Regierung auf die Stärkung ihrer Macht und konnte diese bei den Präsidentschaftswahlen 2007 erfolgreich unter Beweis stellen. Im Jahr 2011 begann Erdoğan, an der Verwirklichung seines Ziels einer Ein-Mann-Regierung zu arbeiten.

DIE ZEIT VON ERDOĞANS AUTORITÄREM REGIME

Im Vergleich zur ersten Amtszeit der AKP verloren der EU-Prozess und die Demokratisierungsreformen nach dem zweiten Wahlsieg der AKP im Jahr 2007 an Schwung. Nach dem Referendum von 2010 über eine Reihe von Änderungen an der türkischen Verfassung und dem Sieg bei den Parlamentswahlen 2011 begannen Erdoğan und die AKP, ihre eigene Agenda zur Errichtung eines autoritären Ein-Mann-Regimes zu verfolgen.

Die AKP gewann drei aufeinanderfolgende Wahlen und verfügte über eine stabile Mehrheit im Parlament. Die politischen Herausforderungen seitens der Opposition, der kemalistischen Zivilgesellschaft und Organisationen sowie der Armee, die zu diesem Zeitpunkt die größte Bedrohung darstellte, wurden alle erfolgreich bewältigt.

Als die AKP in der zweiten Periode der AKP immer mehr an Macht gewann, hatte sich das System der türkischen Regierung in die persönliche Herrschaft von Erdoğan verwandelt. In dieser Zeit wurden die ersten Anzeichen von Monopolisierungstendenzen deutlicher, und Erdoğan begann, in der Öffentlichkeit religiöse Anspielungen und moralisch herablassende Bemerkungen zu machen.

DIE FREIHEIT DER MEDIEN NACH DEM PUTSCHVERSUCH VOM 15. JULI

Erdoğan und der AKP gelang es, eine sklerotische, halb-auto-

ritäre Regierungsform, ein Regime der militärischen Vormundschaft und die Identität der informellen Machthaber des Regimes aufzubrechen. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Struktur des Regimes selbst aufzubrechen. Nachdem Erdoğan das frühere Regime und seine Instrumente überwunden hatte, begann er sofort mit dem Aufbau einer neuen halb-autoritären Regierungsform, indem er ein Präsidialsystem förderte, in dem er der alleinige Herrscher ohne Kontrolle und Gegengewichte sein würde.

EIN GESCHENK GOTTES

Die Gründe für den Putschversuch vom 15. Juli und die Einzelheiten bleiben bis heute ein Rätsel. Bekannt ist nur, dass er von Erdoğan als „Geschenk Gottes“ bezeichnet wurde und ihm einen Vorwand bot, eine umfassende Säuberung und ein hartes Durchgreifen gegen alle Oppositionellen durchzuführen und gleichzeitig seinen Einfluss auf den Staat auszuweiten. Kurz nach dem Putschversuch verhängte die Regierung für drei Monate den Ausnahmezustand, der mehrfach verlängert wurde und schließlich im Juli 2018 nach langer Zeit endete. Mit dem Ausnahmezustand umging Erdoğan das Parlament und verhinderte, dass es vor dem Verfassungsgericht angefochten werden konnte.

Obwohl nicht klar war, wer genau hinter dem Putschversuch steckte, zeigten Erdoğan, seine Regierung und die regierungsnahen Medien mit dem Finger auf die Gülen-Bewegung, die von der Regierung als „Fethullah-Terror-Organisation (FETO)“ bezeichnet wird und die als einzige Kraft hinter dem Komplott beschuldigt wird. Daraufhin begann eine groß angelegte Säuberungsaktion, die sich gegen jeden richtete, der auch nur im Entferntesten verdächtig war, mit den Gülenisten in Verbindung zu stehen.

HEXENJAGD AUF JOURNALISTEN

Die Regierung erließ Dekrete, die die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit untergruben, indem sie vorgaben, Bedrohungen der „nationalen Sicherheit und Einheit“ zu bekämpfen. Damit war der Weg frei für willkürliche Verhaftungen und Entlassungen sowie für direkte Eingriffe der Regierung in das Justizsystem. Die Hexenjagd richtete sich gegen vermeintlich regierungsfreundliche Medien und Journalisten, aber auch gegen Vertreter kurdischer, säkularer und linker Medienunternehmen.

MASSEVERHAFTUNGEN VON JOURNALISTEN

In den ersten zwei Monaten des Ausnahmezustands wurden Dutzende renommierter Journalisten, darunter führende Reporter und Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften, inhaftiert oder verhaftet, und insgesamt 620 Presseausweise wurden annulliert. Das Ausmaß der Razzien gegen inhaftierte Journalisten war erstaunlich. So wurden am 25. Juli 42 Haftbefehle gegen Journalisten erlassen, zwei Tage später weitere 47. Reporter ohne Grenzen (RSF) analysierte die erhaltenen Vernehmungsprotokolle und stellte fest, dass „viele Journalisten vor allem deshalb ins Visier genommen werden, weil sie für Medien arbeiten, die mit der Gülen-Bewegung sympathisieren. Ihre Arbeit als Journalisten wird mit einer Mitgliedschaft in der Bewegung gleichgesetzt, was wiederum mit einer Mitschuld am Putschversuch gleichgesetzt wird“.

Nach dem Putschversuch wurden 160 Medien, die angeblich mit der Gülen-Bewegung oder kurdischen Medien in Verbindung stehen, durch Regierungsdekrete geschlossen. Mitte November stieg die Zahl der Journalisten, die aufgrund ihrer schriftstellerischen und journalistischen Tätigkeit in Untersuchungshaft sitzen, auf 144, womit die Türkei weltweit führend bei der Inhaftierung von Journalisten ist. Viele dieser Reporter und Kolumnisten wurden ohne jegliche Beweise inhaftiert.

DIREKTE BEFEHLE VON ERDOĞAN

Obwohl die staatlichen Medien stets Erdoğan's Anhänger waren und direkte Anweisungen von ihm erhielten, wurden auch Hunderte von Mitarbeitern der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu und des staatlichen Rundfunksenders TRT entlassen und wurden somit Opfer von Erdoğan's Säuberungsaktionen.

DIE METHODEN UND INSTRUMENTE ZUR UNTERDRÜCKUNG DER MEDIEN

Die türkischen Medien waren ein deutliches Beispiel für die Vorherrschaft der AKP im öffentlichen Bereich. Die AKP setzte die Chefs privater Medien unter Druck und nutzte die Gesetze gegen Verleumdung und die Verbreitung terroristischer Propaganda, um schließlich die gesamten türkischen Medien mit Ausnahme einiger weniger Sender und Verlage in den Griff zu bekommen.

Die langjährigen Angriffe auf unabhängige Medien und das harte Durchgreifen gegen die Pressefreiheit wurden von der Regierung nach dem Putschversuch im Jahr 2016 verschärft. Journalistische Zensur war schon immer eine Methode, aber Präsident Erdoğan und die AKP-Regierung haben kreativere Methoden angewandt, um Kritiker zum Schweigen zu bringen.

VERLAGERUNG DES MEDIENEIGENTUMS

Viele Medienkonglomerate waren aufgrund der türkischen Wirtschaftskrise von 2001 bereits zusammengebrochen, und so war der Staat der größte Medienchef in der Türkei, als die AKP 2002 an die Macht kam. Erdoğan nutzte diese Situation zu Gunsten seiner Regierung und seiner Anhänger. Er übergab die staatlichen Medienunternehmen an Geschäftsleute, die mit ihm in Verbindung standen. Diese übertragenen Medienunternehmen wurden nach und nach zu Propagandaorganen der AKP-Regierung, dem folgte die Entlassung kritischer Kolumnisten und Journalisten.

Die türkischen Medien spielten eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Unterstützung für die AKP, und daher war es für Erdoğan entscheidend, die gesamten Medien zu kontrollieren. Er und seine Partei übten die Kontrolle über alle Medien aus, indem sie Druck auf private Eigentümer ausübten,

die keine Anhänger von Erdoğan waren. Sie nutzten die staatliche Macht zu ihrem Vorteil und erließen willkürliche Gesetze gegen Aufwiegelung, Verleumdung und die Verbreitung von „terroristischer Propaganda“. Schließlich war nur noch eine kleine Anzahl von Rundfunkanstalten und Nachrichtenverlagen in der Lage, Erdoğan's Vorgehen in der Türkei zu kritisieren.

UNTERDRÜCKUNG DURCH DIE JUSTIZ

Die Ausnutzung des Strafrechtssystems ist eine weitere Methode Erdoğan's zur Unterdrückung freier Medien. Der Kern aller Menschenrechtsprobleme in der Türkei, einschließlich der durch die mangelhafte Rechtsstaatlichkeit verursachten Verletzungen der Pressefreiheit, ist ein tiefgreifendes strukturelles Problem. Ohne dieses Problem anzusprechen, ist es unmöglich, irgendeine Frage in Bezug auf die Grundrechte in der Türkei zu erklären. Der ständige Missbrauch in der Justiz während des letzten Jahrzehnts hat die Justiz zu einem Instrument der Regierung gemacht. Nachdem die AKP das Verfassungsreferendum 2010 gewonnen hatte, übernahm sie die Kontrolle über den Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte.

Nach der Korruptionsuntersuchung vom Dezember 2013 wurden Redakteure, Journalisten und Kolumnisten, die mit der Gülen-Bewegung in Verbindung stehen, sowie einige andere kritische Journalisten, die sich zu den kurdischen und linken Journalisten (die in der Vergangenheit die Hauptopfer langwieriger Untersuchungen wegen Terrorismusvorwürfen waren) gesellten, verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Nach dem gescheiterten Putschversuch erreichte die Verfolgung von Journalisten, die mit der Gülen-Bewegung in Verbindung gebracht wurden, einen Höhepunkt. Fast 80 Journalisten wurden wegen Verbindungen zur Gülen-Bewegung oder dem gescheiterten Putschversuch in Untersuchungshaft genommen. Im Oktober 2016 wurden elf leitende Mitarbeiter der Zeitung Cumhuriyet und ihr Chefredakteur unter dem Vorwurf verhaftet, sowohl mit der PKK als auch mit der Gülen-Bewegung in Verbindung zu stehen.

GEWALT GEGEN JOURNALISTEN

Viele oppositionelle Journalisten und ihre Familien wurden von Erdoğan-Anhängern und auch von Erdoğan selbst bedroht und angegriffen. Diese Angriffe zielten darauf ab, Regierungskritiker zum Schweigen zu bringen und sie ins Exil zu zwingen. Eine weitere Methode der Regierung, um Kritiker zum Schweigen zu bringen, war die Anordnung, oppositionelle Fernsehsender von der Satellitenverbreitung und den digitalen Plattformen zu entfernen, was schließlich zur Schließung dieser Fernsehsender führte.

ERDOĞAN'S HASSREDE UND EINMISCHUNG IN MEDIENINHALTE

Der Inhalt türkischer Zeitungen und Fernsehsender wurde ständig von Erdoğan beeinflusst. Dies war deutlich in einer der durchgesickerten Aufnahmen zwischen Erdoğan und einem leitenden Angestellten von Habertürk zu sehen, die auf YouTube und Twitter verbreitet wurden. Die Aufnahme zeigt, wie Erdoğan die Berichterstattung des privaten Fernsehsenders Habertürk kontrolliert. Er beleidigt und schreit den leitenden Angestellten am Telefon an, weil er die Ansichten eines Oppositionspolitikers über den Nachrichtenticker verbreitet hat. Als Folge des Telefonats wurde der Beitrag über den Oppositionspolitiker schnell aus dem Nachrichtenticker entfernt. ■

IN DER TÜRKEI WURDEN DIE MEDIEN ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT

In der Türkei wurden nach 2016 **34 TV-Kanäle, 53 Zeitungen, 37 Radiosender, 6 Nachrichtenagenturen, 20 Magazine und 29 Verlage** durch die Dekrete der AKP-Regierung geschlossen. Hunderte Journalisten wurden wegen ihrer Artikel verurteilt und festgenommen.



Ayşenur Parıldak
Zaman



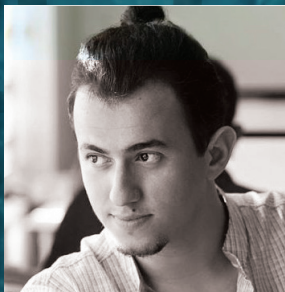
Ali Ünal
Zaman



Vahit Yazgan
Zaman



Tuncay Akkoyun
Zaman



Cihan Acar
Bugün



Ahmet Torun
TRT



Cetin Çiftçi
Özgür Gündem



Alaattin Kaya
Zaman



Aytekin Gezici
Serbest Gazeteci



Ali Ahmet Böken
TRT



Ercan Baysal
Star



Mesut Mercan
Zaman



Ercan Gün
Fox TV

DIE TÜRKEI IST EIN GEFÄNGNIS FÜR JOURNALISTEN

Nach dem Pressefreiheitsindex von „Reporter ohne Grenzen“ ist die Türkei auf Platz **154** unter 180 Staaten. 2002 lag das Land noch auf Platz 99. Weil es in der Türkei keine fairen Gerichtsverhandlungen gibt, sind mehr als **200 Journalisten** aus dem Land geflohen. **34 Journalisten** wurden des Landes verwiesen. Die Presseausweise von **3.804 Journalisten** wurden storniert.



Gültekin Avcı
Bugün



Faruk Akkan
CHA



Hamza Günerigök
TRT



**Mehmet Baransu
Taraf**



Erkan Akkuş
Bugün TV



Hidayet Karaca
Samanyolu TV



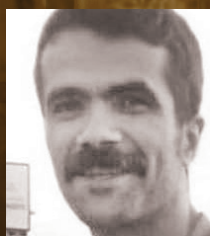
Mehmet Bilal Çolak
TRT



Muhsin Gün
Habertürk



Kazım Canlan
CHA



İsmail Çoban
Azadiya Welat



Fevzi Yazıcı
Zaman



Murat Çapan
Nokta

JOURNALISTEN WERDEN GETÖTET

Seit 2016 wurden in der Türkei mehr als 400 Journalisten festgenommen und es befinden sich derzeit noch 63 Journalisten im Gefängnis. Die Journalisten hinter Gittern sind systematischer psychologischer Folter ausgesetzt. Der Journalist Mevlüt Öztaş ist als gesunder Mann ins Gefängnis gekommen. Nach 874 Tagen wurde er „unter Zwang“ entlassen. 57 Tage später verstarb er.



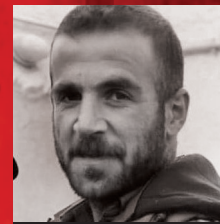
Mevlüt Öztaş
Zaman



İlhan Toprak
AA



Harun Çimen
Zaman



Ziya Ataman
DİHA



Nuh Gönültaş
Bugün



Mustafa Ünal
Zaman



Aladdin Akkaşoğlu
Akis



Yakup Şimsek
Zaman



Zafer Özcan
Bugün



Ali Demirel
Bugün TV



Sedat Laçiner
Haberdar.com



Hatice Duman
Atılım



Nedim Türfent
DİHA